Nr. 305. 21. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 29. Dezember 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Kulturpreußen.

Pfiffige Journalisten haben die Losung ausgegeben, die bürgerliche Presse möge über den sozialdemokratischen Preußentag nicht berichten; diese Verhandlungen könnten ja doch nur Worte produzieren, zu Taten sei die Sozialdemokratie in Preußen nicht befähigt, dank dem Schutzwall des Dreiklassen-Wahlsystems. Diese grausame Mahnung, der mühseligen Arbeit der bürgerlichen Berichterstatter das Geschäft zu verderben, verrät zweierlei.

Einmal zeigt sie, was diese Vertreter des bürgerlichen christlichen Idealismus, die ebenso gern wie einfältig auf den groben Materialismus der Sozialdemokratie schelten, in Wirklichkeit von der Macht der Idee, der Kraft des Geistes halten. Schwindel ist ihnen Idee und Geist, solange der Gedanke nicht die Vollstreckungsgewalt der Tat hat. Und weil sie sich noch sicher fühlen hinter der brutalen Gewalt des Geldes, der Gesinde-Ordnung, der Kirche, des Dreiklassensystems, und letzten Endes der Bajonette, darum erlauben sie sich, die sozialistische Propaganda zur Abwechselung einmal unbeachtlich zu finden. In diesem Hohn über die Wahrheit, die keine Gewalt hat, erweisen sich aber die Todfeinde des Proletariats als ihre eindringlichsten Erzieher: sie weisen mit Fürsten auf die Notwendigkeit der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat hin, in der der sozialistische Geist erst Körper gewinnt.

Aber der Spott ist doch nur äußerlich. Im Grunde verbirgt sich — und das ist der zweite Grund dieses Totschweige-Rezepts — das schlechte Gewissen des herrschenden Preußen. Man weiß nur zu genau, daß der preußische Staat moralisch sein Dasein von der Interesselosigkeit der öffentlichen Meinung am Landtage fristet. Die preußischen Zustände vertragen nicht einmal die Kritik eines ernsthaften, bei uns freilich ausgestorbenen Liberalismus, geschweige denn das sozialistische Urteil. Hier in Preußen, wo die wichtigsten Kulturfragen, deren Wirkungen jedem unmittelbar in Herz und Hirn fühlbar werden, entschieden werden, erweist sich wie auf keinem anderen Gebiete der schrille Gegensatz der beiden Welten: Das kulturhemmende und kulturzerstörende herrschende Preußen und die erlösende Schöpferarbeit des sozialistischen Kulturpreußen. Die Empfindung erschreckt die Kronenwächter der preußischen Reaktion, daß eine sozialistische Kritik der preußischen Kulturprobleme auch in das trübste Bewußtsein den Erkenntnisfunken weht, wie der verschriene Umsturz in Wahrheit Schöpferarbeit, die Auflösung alles Bestehenden die Erstehung einer neuen Welt bedeute. Und wenn die Narren den Sozialismus immer wieder mit der Frage tot zu kitzeln suchen, wie denn dieser sozialistische Zukunftsstaat aussehe — dann brauchen wir nur das Füllhorn unserer Forderungen zu öffnen, die ja Vorschläge positiver Arbeit sind, und auch das rückständigste Denkvermögen sieht ein, daß nur der Sozialismus den Weg zur Zukunft zielsicher zu führen vermag, während alle anderen sich im Teufelskreise blind und gierig drehen, ohne einen Ausweg zu finden.

Schon der erste Tag unseres Preußentages bewies, daß der Instinkt für die Selbsterhaltung der Tierheit unsere Gegner wohl beriet, wenn sie durch läppischen Spott und verlogenes Totschweigen unsere Veranstaltung aus dem Wege zu räumen rieten — seit dem Wahltriumph der drei Millionen hat die Sozialdemokratie keinen erhebenderen und glücklicheren Erfolg erzielt, als ihr dieser erste Versuch beschied, über der preußischen Barbarei in schaffender Kritik das Idealbild eines sozialistischen Kulturpreußens zu errichten. Der Sängerchor, der zur Eröffnung der Verhandlungen: „Empor zum Licht!" machtvoll vortrug, gab in Wahrheit die Losung zu unserer Arbeit. Sonne und Freiheit für die Leiber, Sonne und Freiheit für die Köpfe — das war die Seele und die Sehnsucht dieser achtstündigen Verhandlungen, deren sachlicher Ernst und wissenschaftliche Gründlichkeit belebt waren durch die Kraft der großen einheitlichen Ueberzeugung.

Empor zum Licht — ihr in Höhlen hausenden Leiber, so klang es am Vormittag aus dem Referat über die Wohnungsfrage, das Genosse Heimann in einer das unerschöpfliche Material kritisch ordnenden und durchdringenden Darstellung erstattete. Tatsache reihte sich an Tatsache. So ist es, keine Schönfärberei, keine schwächliche Halbheit schafft diese unerbittlichen Wirklichkeiten von den Türen der kapitalistischen Gesellschaft; keine Kanalisation durch die Afterwissenschaft von der Förderung der Grundrente schwemmt diese Wahrheit mehr unter Tag! So kann es sein, so muß es sein, nur die Vernunft, getröstet und gestärkt an der Reinheit ihres flügelweiten Denkens, gelobt ihrer Einsicht die Tat . . .

Empor zum Licht — ihr in dumpfer Knechtschaft gebannten Hirne — so klagte es an, so weckte es auf, als am Nachmittag Genosse Arons seinen umfassenden Vortrag über die Schulfrage hielt. Wieder reden Tatsachen und abermals Tatsachen, aber die dürren Zahlen werden lebendig und formen sich zu einem düsteren Heer, das Wüstenei und Schrecken verbreitet, wo Frucht und Freude üppig gedeihen könnte. Ein Wort Fichtes, des Philosophen, des Enthusiasten für die Kulturmöglichkeiten der Volksgemeinschaft, schwebt licht über der Schilderung des heutigen Schul-Elends und begleitet es zu der befreiten Schule der sozialistischen Zukunft. Es gibt keine Widerlegung dieses zwingenden Materials, dessen ruhige Darlegung der Redner bisweilen durch einen temperamentvollen Ausbruch der Empörung, durch ein aufzuckendes Blitzlicht eines satirischen Epigramms unterbricht und steigert.

Und auf der Höhe des Referats bleibt die Diskussion, die sich daran knüpft. Man fühlt, wie innerlich das Interesse an dieser Frage ist, wie leidenschaftlich der Tatendrang ist. Von allen Seiten gibt man bemerkenswerte Anregungen, um die vorgelegte Resolution zu ergänzen. Hatte Arons die Befreiung der Schule von der Kirche als aktuellste Entscheidung in den Vordergrund gerückt, so wünschen andere, daß die Einheitsschule, mit ihrer Konsequenz der gemeinsamen Erziehung, zum Ausgang der Propaganda gemacht werde. Andere weisen auf die Wichtigkeit der Uebernahme der Schulkosten auf den Staat hin und regen einen Protest gegen den Mißbrauch der Schule zur zwangsweisen Ausrottung nationaler Minderheiten an. Die Entartung der Schulen zu Kasernen des rohen Mordspatriotismus und des läppischen Byzantinismus wird gegeißelt. Es wird mit Gründen darauf hingewiesen, daß es nicht genüge, die Schule von dem religiösen Lehrstoff zu befreien, es gelte auch positiv im Geiste einer freien Weltanschauung zu erziehen, damit die Kinder nicht außerhalb der Schule um so sicherer der Kirche verfallen, die nicht zum mindesten gerade die Religion verdirbt.

An der Diskussion beteiligen sich auch die Frauen. Grell hebt sich von dem herrschenden Unwesen unsere Schule der Zukunft ab. Verwilderung, Geistesarmut und — Komik sind die Zeichen der herrschenden Kulturpflege, die bei der Wohnungsfrage den gemeinsamen Abort als höchsten Stolz der Sozialpolitik, und bei der Schulfrage die moralische Geschichte von dem Prinzen, der sich nicht waschen lassen will, als Triumph der monarchisch untertänigen Pädagogik erzeugt!

Mit regster Aufmerksamkeit folgen die Freunde im Publikum das jedes freie Plätzchen einnimmt, den ernsten Verhandlungen der acht vollen Stunden. Draußen, irgendwo im Nebel, erscheinen der Phantasie schattenhaft preußische Minister, Abgeordnete, Herrenhäusler sogar. Seltsam, sie sollen wirklich noch leben! Das Wunder ist möglich, daß eine Stadt, eine Zeit Gesellschaftsschichten zugleich in sich birgt, die nichts gemein mit einander haben, wie durch ein Jahrtausend der Kulturentwicklung geschieden. Wo die einen heilig glühen, ersticken die anderen schier in Hammersteinschem Bettgelächter oder sie hetzt der Verfolgungswahn der Todesfurcht.

Die pfiffigen Berater der bürgerlichen Presse haben recht. Man soll den Herrschenden der preußischen Barbarei nichts von dem Preußentag der Sozialdemokratie reden. Selbst an ihrem Gelächter über uns vergiften sie sich. Dafür lärme man von dem Niedergang der Sozialdemokratie. Das erquickt die Aermsten, und uns freut die Unkenkunde ganz besonders während einer Aktion, die uns das Bewußtsein aufs neue kräftigt, wie viele, reiche und fruchtbare Arbeit wir zu leisten haben, was alles wir verrichten können und werden in Einheit und Hingebung an die gewaltige Sache. Mögen sie immerhin von ohnmächtigen Worten reden, Begeisterung und Erkenntnis ist Tat. . . .

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

Aus seiner Festungszeit.

Als der Fähnrich Hüssener am Ostertag 1903 in Essen den Einjährig-Freiwilligen Hartmann niederstach, weil er ihn nicht gegrüßt habe, da glaubte der Jüngling, durch militärische Ehrbegriffe verdreht, eine „harte Soldatenpflicht" erfüllt zu haben. Juristisch lag der Fall sehr schwierig, die Anklagebehörde beantragte sechs Jahre Zuchthaus, die erste Instanz des Militärgerichts in Kiel erkannte auf vier Jahre Gefängnis und Degradation, die Berufungsinstanz konnte zwar den Getöteten nicht wieder zum Leben erwecken, verurteilte aber den Totschläger zu zwei Jahren Festung ohne Degradation.

In Dessau wurden Soldaten, weil sie die Notwehr gegenüber einem betrunkenen Unteroffizier überschritten haben sollen, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, und keine Woche vergeht, ohne daß ähnliche furchtbare Urteile von Kriegsgerichten auf Grund des Militär-Strafgesetzbuchs gefällt werden. So ist das „Recht" für die Jugend des Volkes, die ihre Kraft dem Vaterland giebt: Hier wegen geringer Verfehlung, bei der niemand Schaden nahm, fünf Jahre ins Zuchthaus, Menschenleben grausig gemartert und zerstört; dort der frivole Fähnrich, der einen Menschen getötet, auf zwei Jahre in die „Ehrenhaft" der Festung!

Und wie behaglich und vergnüglich ist diese „Ehrenhaft". Schon früher wurde davon gemeldet, wie angenehm der Hüssener seine Tage auf Ehrenbreitstein zubringen darf, und wie er reichlichen Urlaubs in anderen schönen Städten des schönen Rheinlandes genießt. Jetzt werden recht interessante Einzelheiten bekannt von der Art, wie die sonst so harte staatliche Gerechtigkeit den Festungshäftling „straft".

Es wird in einigen unserer Parteiblätter ein Bild gedruckt, zu dem die Aufnahme im Zimmer eines Gefangenen auf der Festung Ehrenbreitstein und zwar bei Blitzlicht um — 12½ Uhr nachts gemacht wurde. Das Bild zeigt drei Gefangene, die sich bei gefüllten Gläsern hinter einer Batterie geleerter Flaschen wohl sein lassen. Am wohlsten von den dreien ist aber dem Jüngling auf der rechten Seite des Bildes, der zudem besonderen Anspruch auf unser Interesse machen darf, als es sich eben um die militärhistorische Persönlichkeit des Fähnrichs Hüssener handelt.

So bereitet die Festungsstrafe, durch die das Militärgericht den Totschlag zu sühnen glaubte, dem jungen Helden gar angenehme Stunden im Kreise froher Zecher. Aber auch sonst darf er sich wohl befinden. Nach den für die preußischen Festungen maßgebenden Bestimmungen hat auch in Ehrenbreitstein jeder Gefangene mit „ehrenvoller Haft" die Erlaubnis, sich täglich bis zu fünf Stunden innerhalb und außerhalb der Festungswerke zu bewegen, und zwar ohne Aufsicht, er kann während dieser Zeit Besuche empfangen und — allerdings nur mit Genehmigung des Kommandanten — auch in der Stadt Besuche machen. In Ehrenbreitstein haben die Gefangenen oft die Festung verlassen und in Koblenz wie in den Dörfern der Umgegend sich nach Herzenslust amüsiert. Jeder Gefangene hat sein gut eingerichtetes Zimmer, das nicht verschlossen und nur in längeren Zwischenräumen untersucht wird. Jeder Zwang bezüglich der Beschäftigung ist untersagt.

So fließen froh die Tage dessen dahin, der nur einen Nebenmenschen im Duell erschlägt oder einen Untergebenen, der nicht gegrüßt und der davonläuft, tödlich trifft. Der Hüssener kann an seine Festungszeit Zeit des Lebens freudig zurückdenken. Aber der Redakteur einer Zeitung, welcher einen Minister beleidigt, er habe hazardiert, da er nur gepokert hat, wird auf viele Monate in das Gefängnis gesteckt; es wird ihm die selbständige Beschäftigung und die eigene Kost entzogen, er wird in seiner Gesundheit aufs schwerste geschädigt. Und ein „gemeiner" Soldat oder ein Reservist, der in unglücklichem Ungefähr einen Vorgesetzten berührt, wird auf fünf Jahre ins Zuchthaus geworfen, wird von Eltern, von Weib und Kind gerissen, wird um seine ganze Zukunft gebracht.

So will es das Gesetz der deutschen Gerechtigkeit. —

Wegen Aufforderung der Personen des Beurlaubtenstandes zum Ungehorsam hat die Staatsanwaltschaft in Magdeburg gegen den Redakteur der Breslauer „Volkswacht" Robert Albert Anklage erhoben. Albert, der bis vor kurzem Redakteur der Magdeburger „Volksstimme" war, hatte in diesem Blatte Militärpersonen des Beurlaubtenstandes auf Anfragen den Rat gegeben, die Anfrage des Bezirkskommandos Aschersleben, ob sie Lust hätten, gegen Hottentotten zu kämpfen, nicht zu beantworten.

Nach § 112 des Strafgesetzbuches macht sich strafbar, wer eine Person des Soldatenstandes auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienst nicht zu folgen.

Sofern der Tatbestand, welcher der Anklage zu Grunde liegt, in der obigen Mitteilung vollständig wiedergegeben ist, erscheint die Anklage schon um deswillen hinfällig, weil eine Anfrage des Bezirkskommandos nicht einen Befehl im Sinne des § 112 bedeutet.

Agrarische Schnapsteufelei. Die konservativen Agrarier führen Mäßigkeit und Enthaltsamkeit im Munde, sie klagen über Verwahrlosung und Unsittlichkeit einer bösen Gegenwart. Aber sie selbst sind die Nutznießer des Uebels und produzieren mit heiligem Eifer eine seiner wesentlichsten Ursachen, den Schnaps, den Fusel. Ein festzuhaltendes Zugeständnis dieser agrarischen Branntwein-Mission findet sich im letzten Jahresbericht des großen Verwertungs-Verbandes Deutscher Spiritus-Fabrikanten (Zentrale für Spiritus-Verwertung). Der Jahresbericht wirft einen Ausblick auf das neue Geschäftsjahr, das infolge der ungenügenden Kartoffelernte Schwierigkeiten, aber zugleich auch Erhöhung des Branntweinpreises bringen werde. In diesem Zusammenhang wird nun erklärt:

„Eine in ihren letzten Wirkungen allerdings wenig erfreuliche Entlastung dürfte im Rückgang des Verbrauches liegen.

Unser Unternehmen hat sich zwar niemals das Ziel gesteckt, den Verbrauch von Branntwein zu Trinkzwecken zu fördern. Das Brennereigewerbe hat aber auf der anderen Seite keineswegs das Interesse, den Absatz auf diesem Gebiete herabzudrücken."

Das ist die christliche Junkermoral: Die armselige Arbeiterschaft, welche bei niedrigem Lohn besseres und gesundes Getränk nicht erstehen kann, wird geschmäht, daß sie dem Schnaps fröne und durch den Schnaps sich gesundheitlich und moralisch schädigt. Aber dieselben Leute, die an der Spitze von mancherlei frömmelnden Vereinen Mäßigkeit predigen, haben als Brennereibesitzer „keineswegs das Interesse", die Verminderung des Schnapsverbrauches herbeizuführen! Der konservative Pfarrer eifert wider die Schnapspest, die konservativen Parteifremde produzieren die Pest und zugleich ihre Bereicherung aus den Pfennigen der Aermsten. —

Neue Volksvertreter. Es wird gemeldet: Zu Mitgliedern des Herrenhauses sind berufen worden: 1. der Bürgermeister der Stadt Trier, Albert v. Bruchhausen, durch allerhöchsten Erlaß vom 14. d. M. auf Präsentation der Stadt Trier als Nachfolger des am 1. August d. J. in den Ruhestand getretenen früheren Oberbürgermeisters dieser Stadt, Geh. Regierungsrats de Nys; 2. der Rittmeister a. D. Fideikommißbesitzer Graf Werner von der Schulenburg auf Wolfsburg im Kreise Gardelegen durch allerhöchsten Erlaß vom 19. d. M. auf Präsentation des Verbandes des alten und des befestigten Grundbesitzes in dem Landschaftsbezirke Herzogtum Magdeburg als Nachfolger des am 6. August d. J. verstorbenen Landrats a. D. Grafen von der Schulenburg-Angern. —

Um den § 11 des Preßgesetzes
fand am 22. Dezember vor der Strafkammer in Posen ein interessanter Prozeß statt. Der Redakteur des „Dziennik Poznanski", Stachowski, hatte eine von der Direktion der Provinzial-Feuer-Sozietät eingesandte Berichtigung zwar gebracht, aber nicht, wie verlangt, in deutscher, sondern in polnischer Sprache. Die genannte Direktion hatte daraufhin die gerichtliche Bestrafung des Redakteurs gefordert. Das Schöffengericht in Posen sprach jedoch den Angeklagten frei. Gegen das freisprechende Urteil legte der Staatsanwalt Berufung ein, indem er geltend machte, daß die Auffassung des Vorderrichters eine irrige sei, daß der Angeklagte bei Aufnahme der Berichtigung der Bestimmung des § 11 des Preßgesetzes genügt habe. Wenn der betreffende Paragraph auch nur bestimme, daß die Berichtigung in derselben Schrift ohne Zusätze oder Weglassungen aufzunehmen sei, so habe doch eine Behörde, deren Amtssprache die deutsche ist, das Recht zu verlangen, daß die eingesandten Berichtigungen in deutscher Sprache erfolgten, um nachprüfen zu können, ob die Aufnahme der Berichtigung den gesetzlichen Bestimmungen entspreche oder nicht. Das Gericht schloß sich auch dieser Auffassung an und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 10 M. event. 1 Tag Haft.

Südwestafrika.

Berlin, 28. Dezember. (Amtliche Meldung.) Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Typhus sind **gestorben:** Reiter Hermann Dimke, geboren 7. 9. 81 zu Godziszewo, am 20. 12. im Lazarett Epikuro; Reiter Ernst Schulze, geboren 17. 2. 83 zu Damm, am 24. 12. im Lazarett Otjosondu.

Am 15. 12. im Gefecht bei Koes **gefallen:** Reiter **Philipp** Grönniger, geb. 21. 9. 83 zu Büdesheim.

Im Gefecht bei Hudup am 21. 12. leicht **verwundet:** Leutnant Freiherr v. Malzahn, geboren am 27. 1. 80 zu Köslin, Prellschuß rechten Oberschenkel; Sergeant Julius Alex, geboren am 11. 11. 77 zu Umstadt, Fleischschuß im link-

Oberschenkel; Sergeant Karl Scholz, geboren am 31. 5. 74 zu Erfurt, Prellschuß linken Fuß; Unteroffizier Wendelin Frank, geboren am 6. 5. 78 zu Bern (Schweiz), Streifschuß Nase, rechten Oberarm.

Berlin, 28. Dezember. (Amtliche Meldung.) Nach einem Telegramm aus Windhuk ist an **Typhus gestorben:** Reiter Ernst Effer, geb. 25. 12. 81 zu Neckargemünd, am 25. Dezember im Lazarett Windhuk. — **Im Gefecht bei Koes am 15. 12. 04 gefallen:** Gefreiter Alois Kemmler, geb. 2. 5. 80 zu Pfersee. — Im Gefecht am Hudup am 21. Dezember 1904 **gefallen:** Reiter Ferdinand Gustus, geb. 4. 2. 83 zu Wegeleben. — **Verwundet:** Reiter Ferdinand Mehrmann, geb. 22. 12. 82 zu Helbra, Fleischschuß rechte Schulter. — Reiter Johann Leitner, geb. 18. 1. 82 zu Schwimbach, seit dem 17. Dezember in Okosondu **vermißt.**

•

Berlin, 28. Dezember. (Amtliche Meldung.) Nach Meldung Generals v. Trotha vom 27. Dezember wurden durch Patrouillen am 11. Dezember südwestlich Otjihangwe und am 22. Dezember in den Bergen östlich Brakwater Hererobanden überfallen. Mehrere Hereros fielen, zwei Gewehre wurden erbeutet. Am 22. Dezember griff Oberleutnant Streitwolf mit Leutnant v. Usedom und 12 Mann eine Hererowerft bei Okatjipiko an; der Feind eröffnete das Feuer und die Werft wurde erstürmt, wobei 16 Hereros fielen. —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Ein Beurlaubungsgesuch Koerbers.

Wien, 28. Dezember. Zu den Gerüchten von einer Krise im Ministerium Koerber bemerkt das „Fremdenblatt": Die sich widersprechenden Nachrichten lassen vermuten, daß bisher keine entscheidende Tatsache zu verzeichnen ist. Mit Sicherheit steht bloß die Tatsache fest, daß die Gesundheit des Ministerpräsidenten unter der aufreibenden, nahezu erdrückenden Arbeitslast der letzten Jahre gelitten hat. —

Die heutige Audienz des Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber beim Kaiser dauerte über eine Stunde.

Man vermutet, daß es sich bei Koerbers Gesuch nur um eine zeitweilige Beurlaubung, nicht um eine definitive Demission handelt. Koerber beabsichtige wohl nur, seine Position durch dies Gesuch zu stärken. —

Im ungarischen Abgeordnetenhause

forderte Ministerpräsident Graf Tisza das Haus am Mittwoch nochmals auf, ein kurzes Budgetprovisorium zu bewilligen, ausschließlich zu dem Zwecke, damit die Neuwahlen nicht im ex lex-Zustande stattfinden. Die Führer der Opposition erklärten, das Provisorium nicht bewilligen zu wollen, worauf die nächste Sitzung auf den 3. Januar einberufen wurde. In derselben wird bekannt gegeben werden, wann der Reichstag mit einer königlichen Thronrede geschlossen wird.

Frankreich.

Zur Syveton-Affäre.

Wie verlautet, befinden sich in der Wohnung Syvetons unter den Nachlaßpapieren **einige Briefe,** darunter einer vom Vorsitzenden der Patrie française, Dousset, worin dieser Syveton **kategorisch um eine Rechnungsablegung ersucht.** — In der Wohnung Syvetons wurde außer Cyankali auch Opium gefunden. Auf Befragen erklärte der Schwiegersohn Syvetons, Menard, es sei seiner Frau von einem Arzte verordnet worden. In die Enge getrieben, erklärte er, er habe es sich verschafft, weil er Selbstmord zu begehen beabsichtigte, als er über die Verhältnisse in seiner Familie Kenntnis bekam. Auch soll noch in Syvetons Wohnung ein ununterschriebenes Testament gefunden worden sein, in dem der Verfasser erklärt, daß er Selbstmord begehen würde. Außerdem ist noch ein echtes Testament vorhanden, in dem Syveton seine Frau als Universalerbin einsetzt.

Rußland.

Ein gemeinsamer Aufruf gegen den Zarismus

wird gegenwärtig in Rußland verbreitet. Der Aufruf ist in russischer, polnischer, lettischer und gruzischer Sprache erschienen und von den Zentral-Komitees der Polnischen Sozialistischen Partei, der Partei der (russischen) Sozialisten-Revolutionäre, des lettischen Sozialdemokratischen Verbandes und der gruzischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre-Föderalisten unterzeichnet. In dem Aufruf wird zunächst die Bedeutung des Augenblicks dargelegt. „Es naht der Tag, an dem die zarische Regierung unter der Last ihrer eigenen Verbrechen fallen wird, niedergetreten, entkräftet, geschändet, von allen verlassen — sie fällt und wird in dem Gedächtnis der Völker nur blutige Spuren hinterlassen." Dann wird dargelegt, welche Bedeutung der Fall des Absolutismus für den Kampf des Proletariats, für die Entwickelung der Völker haben würde. Dann heißt es:

„Genossen! Auf dem Wege zum Kampfe mit dem Zarat werden wir Verbündete finden, die aus anderen sozialen Schichten stammen, die zu anderen, nichtsozialistischen, Parteien gehören. Es werden augenblickliche Verbündete sein, mit denen wir nicht immer zusammen werden gehen können auf demselben Wege und in einer Kampfreihe. Einzelne spezielle Ziele können Euch zeitweise mit ihnen vereinen; aber es ist ein ganzer Abgrund, der Euch von denen trennt, sowohl in bezug auf den Euch belebenden Geist, als auch mit Rücksicht auf Euere Endziele und Eueren Klassenstandpunkt."

Das Zarat sei — wird weiter ausgeführt — aber so mächtig, so unmenschlich, daß man in dem bevorstehenden Generalsturm keine Kraft, die gegen den Zarismus verwendet werden könne, außer Acht lassen dürfe.

„Dann aber, Genossen, müßt Ihr vor allem dafür sorgen, daß Euere gelegentlichen Verbündeten im Kampfe gegen das Zarat die Früchte des Sieges nicht zum Schaden der Arbeiterklasse einheimsen; daß in dem Augenblicke des Falles und der Liquidation des ganzen absolutistischen Systems das große Heer der Arbeit in einheitlicher, geeinigter und mächtiger Reihe auftritt, mit vollem Bewußtsein seiner Forderungen und seines sozialistischen Endziels, um nach der politischen Umwälzung möglichst große Vorteile für die Arbeiterklasse, die irgend in der gegebenen Lage erreicht werden können, herauszuschlagen."

Es folgt ein Absatz, in dem das strikte Selbstbestimmungsrecht einer jeden Nation proklamiert wird. Die Bourgeoisie werde, wenn sie das Heft in der Hand habe, versuchen, die Arbeiter Rußlands durch Hineintragung von nationalen Zwistigkeiten gegeneinander zu hetzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiter von ihren Klasseninteressen und ihrem sozialistischen Ziele abzulenken. „Aber Genossen — lesen wir im Aufruf —, uns Arbeitern sind die Privilegien der einen Nationalität gegen die andere absolut unnötig; wir brauchen nicht die Vergewaltigung der Freiheit irgend einer Nationalität; möge jede Nation, ohne alle Hindernisse, über ihr Los selbst entscheiden — sei es unter einer gemeinsamen staatlichen Decke und unter denselben Gesetzen mit dem russischen Volke, sei es autonom entsprechend den Grundsätzen des Föderativ-Verbandes, sei es endlich in voller Gesondertheit und Unabhängigkeit, wie es zum Beispiel jetzt die Polen verlangen."

Zum Schluß des Aufrufes heißt es:

„Und deshalb, Genossen, werden wir, die sozialistischen Arbeiterparteien verschiedener Völker, die durch die russische absolutistische Regierung mit gemeinsamen Ketten zusammengeschmiedet sind, nunmehr all unser Streben vereinigen ... Stark durch unsere Einigkeit, stark durch den Glauben an den endgültigen Sieg unserer Sache, stark durch die Bereitschaft zu allen Opfern, durch die Bereitschaft zum nahen Entscheidungskampf mit dem Feind — wollen wir kühn vorwärts gehen!

Tod dem schändlichen absolutistischen Regiment!
Herunter mit den Ketten der unterjochten Völker!
Hoch der internationale Sozialismus!

Dezember 1904."

Es folgen die Unterschriften der genannten Organisationen.

Folgendes niedliche Geschichtchen, das sich vor kurzem im heiligen Moskau zugetragen haben soll, wird uns von nahestehender Seite zur Illustrierung unseres vorgestrigen Leitartikels mitgeteilt:

Einer der reichsten Großindustriellen in Rußland ist der vielfache Millionär Morosow in Moskau, der in seinen dortigen Fabriken allein über 35 000 Arbeiter beschäftigt. Eines Tages sieht sich Herr Morosow veranlaßt, für die kämpfenden Soldaten im fernen Osten etwas zu tun und spendet 25 000 Pelze für dieselben. Herr Morosow ist jedoch Russe, und als solcher weiß er wohl, daß nicht alle Gaben für die Krieger bis nach Ostasien gelangen, sondern schon diesseits des Urals unter die Leute kommen. Um also ganz sicher zu gehen, vertraut er seine Spende der besonderen Obhut eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses an und freut sich schon in Gedanken über die beglückten Gesichter der kämpfenden Landsleute, wenn sie die schönen Pelze, die ja ein ganz stattliches Sümmchen repräsentieren, bekommen würden. Es dauert aber gar nicht lange, so wird Herrn Morosow mitgeteilt, daß ähnliche Pelze, wie die von ihm gespendeten, in erstaunlich großer Zahl auf dem Trödelmarkte in Moskau feilgeboten werden, und bald laufen auch aus anderen großen Städten des heiligen Rußlands ähnliche Mitteilungen ein. Herr Morosow ist zuerst ungläubig — befanden sich doch die Pelze in der besonderen Obhut des Großfürsten — doch geht er der Sache auf den Grund und entdeckt die erstaunliche Tatsache, daß wirklich es die in seinem Auftrage angefertigten Pelze sind, die ihren Weg in die Trödlerläden gefunden haben. Diese Geschichte ist selbst ihm zu russisch; er geht zum Großfürsten und teilt ihm entrüstet die Tatsache mit, fest überzeugt, bei diesem die gleichen Empfindungen wachzurufen. Aber zu seinem großen Erstaunen wird er jedoch sehr unliebenswürdig verabschiedet. Schade um die schönen Pelze, denkt Herr Morosow — doch die Sache kommt noch besser! — Herr Trepoff, der Polizeigewaltige von Moskau, läßt eine Stunde später den Großindustriellen zu sich kommen und erklärt ihm nach kurzer Unterredung für verhaftet. „Sofort zu Ihren Diensten," erwidert Herr Morosow, „doch bitte ich um die Erlaubnis, noch meinem Geschäftsführer für die Zeit meiner Abwesenheit einige Direktiven telephonieren zu dürfen." Dagegen hat natürlich auch ein russischer Polizeigewaltiger nichts. Herr Morosow aber tritt ans Telephon und ruft seinem Geschäftsführer zu: „Ich befehle, alle meine Fabriken sofort zu schließen und sämtliche Arbeiter für entlassen zu erklären. Sollten dieselben nähere Auskunft über den Grund der plötzlichen Entlassung wissen wollen, so wird sie ihnen Herr Trepoff gern mitteilen." — Sprach's, und wandte sich zum Herrn Polizeimeister mit den Worten: „Ich stehe nun zu Ihrer Verfügung."

„Nicht doch, nicht doch," wehrt in ganz verändertem Ton der Polizeigewaltige ab. „Meine Bemerkung war nicht so ernst gemeint. Aber Sie begreifen doch, wenn Se. kais. Hoheit . . ."

„Ich begreife," erwiderte Herr Morosow, „ein russischer Scherz, nichts weiter." Sprach's und entfernte sich.

Eine neue Illustration der Furcht, die bei der Polizei vor dem Riesen Proletariat herrscht.

Der Kampf um die finnländische Verfassung. An die Mitglieder des finnischen Landtages ist am Freitag ein auf Grund der bekannten Petition vom Beschwerdeausschuß ausgearbeiteter Vorschlag verteilt worden, den Zaren zu ersuchen, Maßregeln zur Wiedereinführung der verfassungsmäßigen Verwaltung und der gesetzlichen Ordnung zu treffen. Vier Mitglieder des Ausschusses haben sich jedoch reserviert und wünschen, daß der Zar um Vorschläge zu einer neuen Regierungsform für Finnland, aufgebaut auf den bisher geltenden und erprobten Grundsätzen, ersucht werde. —

Aus Moskau wird dem „Naprzod" berichtet: Am 14. Dezember fand eine von 700 Studenten besuchte Versammlung statt, welche mit der Annahme einer Resolution endete, in welcher die Tat von Sazonow und Sikorski begrüßt wird und die revolutionären Parteien aufgefordert werden, zur Veranstaltung einer Demonstration beizutragen. Die Partei der Sozialisten-Revolutionäre setzte die Demonstration für den 18. und 19. Dezember fest. Gleichzeitig mit einem Aufruf wurde der nachstehende Zettel verbreitet:

Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre macht darauf aufmerksam, daß in dem Falle — wenn anläßlich der für den 18. und 19. Dezember angesetzten politischen Demonstration die Behörden und die Polizei sich so tierisch verhalten sollten, wie in diesen Tagen in Petersburg — die ganze Verantwortung für diese Barbarei auf die Köpfe des General-Gouverneurs Sergiusz und des Polizeimeisters Trepoff fällt. Das Komitee wird nicht zurückschrecken, gegen sie das Todesurteil auszuführen.

Dezember 1904.

Das Moskauer Komitee der Partei der Sozialisten-Revolutionäre.

Die Widerstandsbewegung gegen die zweite Mobilisation hat in **Russisch-Polen** kräftig eingesetzt. In einem Aufruf des Zentral-Komitees der Polnischen Sozialistischen Partei, der in 30 000 Exemplaren verbreitet worden ist, werden die Reservisten aufgefordert, der Mobilisierungsorder keine Folge zu leisten und direkten Widerstand zu leisten. Die großen Städte Warschau und Lodz sind von der jetzt bekannt gemachten Mobilisation nicht betroffen worden. In dem Aufruf des Radomer Komitees der Poln. Soz. Part. „an die Frauen der Reservisten" heißt es: „... An Euch ist es, Eueren Männern nicht zu gestatten, zum Mobilisationspunkt zu gehen. Denkt, daß mit dem Augenblick der Einberufung Euerer Männer zum Krieg Euch Hunger und Entbehrungen zuteil werden. Glaubt nicht den lügnerischen Versprechungen der Regierung, sie wird Euch nichts geben ..."

Afrika.

Englands Vorgehen in Südafrika.

Der Gouverneur von Britisch-Zentral-Afrika annektierte, wie „Daily Mail" meldet, Nord-Angoniland (südlich vom Nyassa-See) für England. Das annektierte Gebiet ist 4000 englische Quadratmeilen groß und hat eine Bevölkerung von 200 000 Seelen.

Amerika.

Zum Kongreß der amerikanischen Arbeiterföderation.

Zu den von uns bereits veröffentlichten Verhandlungen des Kongresses der American Federation of Labor in San Francisco berichtet noch unser New Yorker Korrespondent:

Die Einnahmen an Kopfsteuern betrugen im verflossenen Berichtsjahre (vom 1. Oktober 1903 bis 30. September 1904) 136 941 Dollar und aus anderen Quellen flossen 84 054,23 Dollar; die Ausgaben für Gehälter, Lobbykomitees und Organisatoren, und für Sitzungen bezifferten sich auf zirka 120 000 Dollar. Schlecht honorieren lassen sich nämlich die Beamten der Federation nicht. So erhält der Präsident Gompers ein Jahresgehalt von 3000 Dollar (wozu im letzten Jahre 1467 Dollar Spesen kommen), der Sekretär 2500 Dollar, einzelne Organisatoren ebenfalls an die 3000 Dollar. Auf der anderen Seite sind dieselben Herren sehr knauserig. Die Gesamthülfe, die sie beispielsweise den 140 000 Kohlengräbern in Pennsylvanien während ihres mehrere Monate währenden Streiks zuteil werden ließen, bezifferte sich einschließlich einer ausgeschriebenen Extrasteuer auf etwas über lumpige 3000 Dollar.

Und im Berichtsjahre 1903/1904 wurden von der Federation of Labor aus dem „großen" Streikfonds ganze 15 972 Doll. an Streikunterstützung ausgezahlt. Seit Jahren müssen oder sollen die einzelnen Gewerkschaften, die der Federation of Labor angehören, einen Beitrag zu dem Streikfonds liefern. Im letzten Jahre brachten die 1 670 000 Mitglieder die geringfügige Summe von 33 722,55 Dollar zusammen. Der Fonds ist jetzt auf 81 146,95 Dollar angewachsen.

An Beschlüssen, welche hier der Arbeiterbewegung vorteilhaft sind, hat die Jahresversammlung in San Francisco nichts gezeitigt. Im Gegenteil. Der Kongreß hat aufs neue bewiesen, daß die Arbeiterschaft keinen schlimmeren Feind hat als die Federation of Labor unter ihrer jetzigen Leitung.

Die Frage der Bildung von Industrieverbänden wurde von den „Steifleinenen des Ritter Falstaff", wie ein Parteiblatt die Gompers und Konsorten nennt, ebenso umgangen, wie schon seit Jahren. Direkt abgelehnt wurde ein Antrag der sozialistischen Delegaten, das amerikanische Milizsystem, das ein Freiwilligensystem ist, nach schweizerischem Muster umzugestalten. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag der Sozialisten, ein nationales Altersversicherungsgesetz zu verlangen, das jedem Arbeiter über 60 Jahre, sofern er nicht über 1000 Dollar pro Jahr verdient, eine Pension von 12 Dollar im Monat garantiert. Alle Vernunftgründe prallten wirkungslos an den dicken Schädeln der Gompers ab. Die Antragsteller waren Sozialisten, und das genügte, um ihre Anträge zu bekämpfen und zu Fall zu bringen. Nur der Vollständigkeit halber sei angeführt, daß Gompers und der ganze bisherige Klüngel wiedergewählt wurde. Die nächste Tagung der Federation of Labor findet in Pittsburg in Pennsylvanien statt. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatze.

Japanische Offensive am Schaho?

Schanghai, 27. Dezember. („Laffan"-Meldung.) Die Japaner vertrieben die Russen aus den Stellungen zwischen Saimutse und Kaoliying auf dem linken Ufer des Taitseflusses. Die Japaner bereiten eine Bewegung in der Richtung auf Mukden vor, die jedoch als Finte betrachtet wird, während als das wirkliche Ziel der Japaner Hingking gilt.

(„Morning-Post".)

•

London, 28. Dezember. „Daily Telegraph" wird über Tsingtau von gestern gemeldet, die linke Flanke der russischen Armee sei vorgeschoben. Ihre Front sei 65 Kilometer lang. Es werde offiziell ausgesprochen, daß die russische Armee Anfang Februar 600 000 Mann stark sein werde. Mit Hülfe der Armee von Wladiwostok solle dann der Versuch gemacht werden, die Japaner zu umfassen. Die in Mukden eintreffenden Verstärkungen kommen meist aus den nordwestlichen Grenzbezirken. Die Garde werde im Januar erwartet.

Ein neues Kampfesmittel der Japaner?

Petersburg, 27. Dezember. („Laffan"-Meldung.) Dem russischen Hauptquartier am Schaho sind Nachrichten zugegangen, daß die Japaner gegen 1000 vierrädrige Wagen, die gut gepanzert und mit Schießscharten für Geschütze und Gewehre versehen sind, ins Feld gebracht haben. Vorläufig ist man noch auf Vermutungen darüber angewiesen, in welcher Weise die Japaner diese Panzerwagen verwenden wollen.

Port Arthur.

Tokio, 26. Dezember. („Laffan"-Meldung.) Die Japaner eroberten drei Punkte westlich und südöstlich von Liaoteschan, die bisher als Stützpunkte für die Versorgung Port Arthurs mit Vorräten dienten, so daß die Zufuhr nach Port Arthur jetzt abgeschnitten ist.

Tokio, 28. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Meldungen aus glaubhafter Quelle bestätigen die Nachricht von dem Tode des Generals Kondratenko; außerdem wird gemeldet, daß General Stössel infolge eines Sturzes vom Pferde eine Verletzung erlitten habe und daß General Smilnow verwundet sei.

Tschifu, 26. Dezember. („Laffan"-Telegramm.) General Nogi, der Oberbefehlshaber der japanischen Armee vor Port Arthur, soll durch Gewehrkugeln schwer verwundet in Dalny im Hospital liegen. Er soll die Wunden bei den Operationen erhalten haben, die der Wegnahme des 203 Meter-Hügels vorangingen. („Daily Telegraph.")

Von der baltischen Flotte.

London, 27. Dezember. („Bureau Laffan.") Die russische Admiralität soll, wie einer „Standard"-Meldung zufolge in Marinekreisen in Odessa verlautet, aus Madagaskar beunruhigende Nachrichten über das russische Ostseegeschwader erhalten haben. Es heißt, bei gewissen Schiffen des Geschwaders hätten sich ernste Mängel herausgestellt. Die Werften, welche die Schiffe ausrüsteten, hatten von vornherein abgelehnt, für die Diensttüchtigkeit der Schiffe Bürgschaft zu leisten, da sie mit größter Beschleunigung seebereit gemacht werden mußten.

Möglicherweise handelt es sich um eine russische Kriegslist.

Partei-Nachrichten.

Die Beschimpfungen, welche Franz Mehring in der „Leipziger Volkszeitung" gegen die Redaktion des „Vorwärts" gerichtet hat, beschäftigen noch vielfach die gegnerische Presse, welche aus unserem Verhalten den Schluß zieht, als gedächten wir auf die Abwehr dieser Beschimpfungen zu verzichten.

Beispielsweise sagt die „Berliner Volkszeitung" nach der Zitierung unserer Erklärung in Nr. 303 und der Erklärung Bebels in derselben Nummer:

„Der objektive Befund ergibt, daß, je deutlicher die „Leipziger Volkszeitung" wird, um so stiller es um Bebel wird."

Die „Freie Deutsche Presse" sagt:

„Herr Bebel duckt sich vor Mehring ... Dem Beispiel Bebels folgt auch die Redaktion des „Vorwärts" ... Mehring also, der früher der entschiedenste Gegner der Sozialdemokratie war, gibt heute in der Partei den Ton an und selbst Bebel und der „Vorwärts" beugen sich vor ihm."

Auch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" meint:

„Der „Vorwärts" wagt es nicht, auf die ungemein scharfen Angriffe Franz Mehrings inhaltlich zu erwidern ... Diese allerdings sehr bequeme Schweigetaktik würde man wohl in studentischer Sprache als „kneifen" bezeichnen ... Wie gute Gründe müssen Bebel und der „Vorwärts" haben, wenn sie auf das Wort verzichten."

Alle diese gegnerischen Mutmaßungen sind hinfällig. Wir haben ausdrücklich erklärt, daß wir eine Auseinandersetzung gegenüber den ehrenrührigen Beschimpfungen durch Mehring an dieser Stelle ablehnen, wofür wir allerdings sehr gute Gründe haben. Die Angelegenheit selbst ist für uns natürlich damit nicht erledigt, sie beschäftigt zunächst den Parteivorstand und die Berliner Preßkommission.

„Die Neue Welt" wird, wie uns der Verlag mitteilt, im neuen Jahrgang reicher illustriert erscheinen als bisher. Die wissenschaftlichen Artikel werden vielfach Abbildungen bringen, die den Text lebhafter, anregender und verständlicher machen. Eine in zwangloser Folge sich wiederholende Rubrik wird dem Unterhaltungsbedürfnis der Jugend schließlich noch besonders Rechnung tragen.

Zu dem Bericht über die Königsberger Parteiversammlung ersucht uns unser Berichterstatter um die Erklärung, daß er sich bei seiner Darstellung im guten Glauben befunden habe. Wir tun das sehr gern mit dem Bemerken, daß wir natürlich nicht den geringsten Grund zu der gegenteiligen Annahme haben. Die Aufregung der Versammlung, die auch aus der Mitteilung Borchardts ersichtlich ist, erklärt hinreichend die Differenz. Wir betrachten die Angelegenheit damit als erledigt.

Eine Bewegung gegen die Freimaurer, die zugleich Parteigenossen sind, bereitet sich in Italien vor. Die Genossen des Organisationsbezirks Toskana hatten bereits auf

ihrem letzten Kongreß zu Florenz beschlossen, diejenigen Mitglieder, die zu gleicher Zeit Freimaurer sind, aus den Listen zu streichen. Daraufhin tritt nunmehr der Vorstand der italienischen Gesamtpartei der Prüfung dieser wichtigen Prinzipien-Frage näher. Es wird höchstwahrscheinlich eine Urabstimmung über ganz Italien veranstaltet werden in dem Sinne: „Darf ein Sozialdemokrat eingeschriebenes Mitglied des Freimaurerordens sein?" Die endgültige Lösung dieser schon lange ventilierten Frage wird von den italienischen Parteigenossen und von deren Gegnern mit außerordentlicher Spannung erwartet.

Aus Industrie und Handel.

Neue russische Anleihe.

Als nach dem Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages das Gerücht auftauchte, die deutsche Regierung hätte der russischen zugesichert, bei der deutschen Großfinanz ihren Einfluß zugunsten der Aufnahme einer russischen Kriegsanleihe geltend zu machen, wurde diese Meldung alsbald von dienstwilligen Blättern dementiert; und dann folgten allerlei Artikel, in denen mit sogenannten wissenschaftlichen Gründen nachzuweisen versucht wurde, daß die russische Staatskasse im Golde schwimmt und des russischen Zaren Finanzminister gar nicht daran dächte, die westeuropäische Finanz anzupumpen. Selbst noch vor wenigen Wochen hieß es, an die Aufnahme einer russischen Anleihe in Deutschland und Frankreich sei vorläufig nicht zu denken. Was dieses Geschwätz wert war, zeigt folgende Petersburger telegraphische Meldung des offiziösen Wolffschen Telegraphenbureaus:

„Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß seit den letzten Tagen hier Verhandlungen wegen Ausgabe einer neuen russischen Anleihe geführt werden. Die Verhandlungen sollen einen glatten Verlauf nehmen und man glaubt, daß ein baldiger Abschluß zu erwarten ist."

Wie hoch sich die Anleihe belaufen wird, verschweigt das Telegramm. Wenig wird es nicht sein, denn die russische Regierung braucht viel und schnell Geld. Würde ihr das Feuer nicht auf die Nägel brennen, sie hätte sicherlich noch gezögert; aber die Notenpresse läßt sich nicht immer wieder von neuem in Bewegung setzen, die Masse der offen und geheim ausgegebenen Kreditrubel wird allgemach zu groß. Vielleicht noch einige Tage und wir werden wieder in manchen Zeitungen lesen, wie prächtig es um Rußlands Finanzlage bestellt ist, welche enormen natürlichen Reichtümer es besitzt usw. Jedenfalls kann man sich darauf gefaßt machen, daß der in drei Wochen fällige Finanzbericht des russischen Finanzministers in schönster Tünche prangen wird.

Die Sonneberger Spielwaren-Industrie hat im Jahre 1904, wie der Bericht der Sonneberger Handelskammer konstatiert, einen Rückschlag erlitten. Zum erstenmal seit langer Zeit ist ein Stillstand in der Produktion und dem Absatz des Sonneberger Bezirks eingetreten, der sich daraus erklärt, daß Großbritannien seine alte Kaufkraft noch nicht wiedererlangt hat. Das zeige eindringlich, welche Perspektive sich eröffnen würde, wenn nicht nur vorübergehende Geschäftsunlust, sondern ein handelspolitischer Systemwechsel sich dort vollziehen würde.

Was den Absatz in Deutschland anbetrifft, so wird hervorgehoben, daß das Geschäft mit den großen Warenhäusern immer beträchtlicher wird; aber der Einfluß dieses Geschäfts auf die Fabrikation in den Geschäftskreisen des Bezirks nicht ausnahmslos günstige Beurteilung findet. Zugegeben werde, daß seit dem Aufkommen der Warenhäuser und unter deren Einflusse die Umsätze sich entschieden erhöht haben und daß die Abwickelung im ganzen weniger unter der Schwerfälligkeit und den Umständlichkeiten zu leiden hat, die dem Verkehr mit Detailgeschäften vielfach anzuhaften pflegt; andererseits aber wird berichtet, daß, da von den Bazaren vorzugsweise geringere und Mittelware geführt werde, der Begehr nach den besseren Qualitäten gelitten habe. Jedenfalls seien, wie der Bericht bemerkt, die Warenhäuser heute im geschäftlichen Verkehr eine so wichtig gewordene Betriebsform, daß die an sie abgesetzten Warenmengen für das jeweilige Geschäftsbild, insbesondere das deutsche, von geradezu ausschlaggebender Bedeutung sind.

Die Produktion der deutschen Bierbrauereien hat im Steuerjahre 1903/04 sich zwar gegenüber dem Jahre 1902/03 etwas gehoben, aber doch nicht wieder die Höhe erreicht, wie in den diesem vorausgegangenen drei Steuerjahren. Es wurden nämlich im deutschen Zollgebiete während des Jahres 1903/04, nach der „Köln. Volkszeitung", 68 952 000 Hektoliter Bier hergestellt, gegen 67 699 000 Hektoliter im Jahre 1902/03, 71 157 000 Hektoliter im Jahre 1901/02, 70 857 000 Hektoliter im Jahre 1900/01 und 69 500 000 Hektoliter im Jahre 1899/1900. Der Rückgang wurde durch Abnahme des Verbrauchs bewirkt. Berechnet man den Bierverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, so war der Verbrauch im Jahre 1903/04 zwar ein wenig größer, als im Vorjahre, aber doch nicht mehr so groß, wie in den fünf Jahren 1897/98—1901/02. Entfielen doch im Zollgebiete auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich

im Jahre			im Jahre		
1895/1896	115,8	Liter	1900/1901	125,1	Liter
1896/1897	116,0	„	1901/1902	124,1	„
1897/1898	123,0	„	1902/1903	116,0	„
1898/1899	124,2	„	1903/1904	116,5	„
1899/1900	125,0	„			

Der Rückgang des Verbrauchs ist nicht nur im Brausteuergebiete wahrnehmbar, sondern auch in Bayern, Württemberg und Baden, so daß es fast den Anschein gewinnt, als habe der Bierverbrauch überall in Deutschland seinen Höhepunkt überschritten. Im Jahre 1903/04 kamen im Brausteuergebiete auf den Kopf der Bevölkerung durchschnittlich 97,7 Liter, in Bayern 231,9, in Württemberg 168,9, in Baden 157,2, in Elsaß-Lothringen 88,1 Liter, an Bierabgaben im Brausteuergebiete 0,84 M., in Bayern 5,29 M., in Württemberg 3,84 M., in Baden 3,94 M., in Elsaß-Lothringen 2,20 M. Im ganzen lieferte die Besteuerung des Bieres rund 93 Millionen Mark; dazu trugen bei das Brausteuergebiet 39 Millionen Mark, Bayern 33,9 Millionen Mark.

Die Einfuhr ausländischen Bieres hat im Steuerjahre 1903/04 eine bisher nie gekannte Höhe erreicht, nämlich 693 000 Hektoliter; aber auch die Ausfuhr hob sich auf 819 000 Hektoliter. Welche Verschiebung im Auslandshandel mit Bier sich seit zwei Jahrzehnten vollzogen hat, zeigt die Tatsache, daß vor 20 Jahren unsere Biereinfuhr nur 112 000 Hektoliter umfaßte, dagegen unsere Bierausfuhr 1,2 Millionen Hektoliter; also ist in dem angegebenen Zeitraum erstere um 519 Proz. gewachsen, letztere um 32 Proz. zurückgegangen.

Interessant ist, daß die Einfuhr süddeutscher, speziell bayerischer Biere in das Gebiet der Brausteuer-Gemeinschaft seit einigen Jahren in der Abnahme begriffen ist, d. h. der Genuß bayerischen Bieres in Norddeutschland zurückgeht. Einen Beweis dafür liefert die Höhe der erhobenen Uebergangssteuer. Dieselbe ergab im Jahre 1893/94 3 678 000 M., sieben Jahre später 4 144 000 M.; von da an aber trat ein Rückgang ein: im Jahre 1901/02 auf 3 805 000 M., 1902/03 auf 3 625 000 M., 1903/04 auf 3 500 000 M.

Noch beachtenswerter erscheint die zunehmende Betriebskonzentration im Brauereigewerbe, die stetige Abnahme der Zahl der Brauereien im Brausteuergebiet. Dort zählte man im Jahre 1903/04 6405 Brauereien gegen 6582 im Jahre 1902/03, und zwar sind es wieder ausschließlich mittlere und kleine Brauereien, welche eingegangen sind. Im Jahre 1902/03 hatte man noch 5540 Brauereien mit einem Malzverbrauch von nicht mehr als 150 Doppel-Zentner im Jahr, gezählt, im Jahre 1903/04 aber nur noch 5331, während die Zahl der Brauereien, die mehr als 1500 Doppel-Zentner Malz verarbeiteten, von 1042 auf 1074 stieg. Trotzdem scheint wenig Aussicht auf eine „Staffelung" der Biersteuer zu bestehen. Daher ist anzunehmen, daß die soeben geschilderte Bewegung im Brauereigewerbe auch weiterhin andauern wird.

Vom internationalen Arbeitsmarkt. In Frankreich und England hat sich während des Novembers der Arbeitsmarkt wesentlich verschlechtert. Vor allem hat in England die Arbeitslosigkeit einen Umfang erreicht, der zu außerordentlichen Maßnahmen Veranlassung gibt. Die Zahl der Armen in 35 städtischen Distrikten belief sich im November auf 390 822; auf 10 000 Personen der Bevölkerung kamen 228 Arbeitslose. Im Vormonat betrug die entsprechende Ziffer 219 und im November 1903 212. In London allein schätzt man die Zahl der Arbeitslosen auf mindestens 200 000. Die Arbeitslosigkeit unter den gelernten Arbeitern betrug nach den Angaben der Trades-Unions im November 7 Prozent gegen 6 Prozent im November des Vorjahres. Die starke Arbeitslosigkeit ist die Folge der weiteren Verschlechterung des gewerblichen Beschäftigungsgrades. Im Bergbau war die Förderung weniger lebhaft als im November vorigen Jahres. Die Bergleute waren durchschnittlich nur 5,14 Tage pro Woche beschäftigt gegen 5,24 im Vorjahr. In den Eisen- und Stahlwerken hat die Zahl der Beschäftigten abgenommen. In 194 Werken betrug sie im November 73 505 gegen 74 637 im Parallelmonat des Vorjahres. Im Maschinengewerbe stieg die Zahl der Unbeschäftigten bis auf 7,8 Proz. gegen 6,0 im Vorjahre. Nur im Schiffbau trat in einer Reihe von Bezirken eine kleine Abnahme der Beschäftigungslosigkeit ein. Der Jahreszeit entsprechend hat auch die Bautätigkeit nachgelassen, aber die Abnahme ist so stark, daß gegenüber dem Stande vom Vorjahr die Zahl der Unbeschäftigten sich verdoppelt hat. Relativ befriedigend war von den großen Industrien das Textilgewerbe beschäftigt. Die Bewegung der Löhne geht noch immer stark nach unten. Ueber 156 000 Arbeiter mußten im Monat November eine Lohnkürzung über sich ergehen lassen, denen nur 2668 Arbeiter mit einer Lohnsteigerung gegenüberstehen.

Auch in Frankreich ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre, namentlich seit Oktober, wieder viel stärker als 1903. Eine Interpellation über die gegenwärtige Arbeitslosigkeit, die in der französischen Kammer besprochen wurde, brachte einige bemerkenswerte Schätzungen über die Höhe der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Für das Jahr 1904 wird der Prozentsatz auf mindestens 10 Proz. der industriell beschäftigten Arbeiter angenommen. Bei etwa 5½ Millionen gewerblich beschäftigter Arbeiter ergäbe dies weit über eine halbe Million Arbeitslose. Zur Unterstützung der Arbeitslosenkassen, die von den Arbeiterorganisationen eingerichtet sind, wurde ein Kredit von 100 000 Mark in das Budget des Handelsministeriums eingestellt.

Soziales.

Vom Schadenersatz.

Der Arbeiter S. verlangte durch Klage beim Gewerbegericht eine Lohnentschädigung wegen unberechtigter Entlassung. Er machte geltend, er sei entlassen worden, weil er auf die Bezahlung der wegen einer Kontrollversammlung versäumten Zeit bestanden habe. Der als Zeuge vernommene Werkmeister der beklagten Firma Ernst u. Ko. gab auch zu, gesagt zu haben: „Wer uns so die Pistole auf die Brust setzt, den können wir nicht gebrauchen, das sind wir nicht gewöhnt." Es wurde Beweis erhoben über die Behauptung des Firmeninhabers, daß der Kläger nach der Entlassung alsbald aufgefordert worden sei, 14 Tage, die Zeit der Kündigungsfrist, weiter zu arbeiten. Ein Zeuge bestätigte dies und bekundete, Kläger habe darauf gesagt, er sei ja schon entlassen und sei gegangen.

Der Gerichtshof wies die Klage mit folgender Begründung ab: Es sei als erwiesen anzunehmen, daß Kläger die Aufforderung, 14 Tage noch zu arbeiten, gehört habe. Wenn er trotzdem nicht blieb, so habe er den Schaden selber verschuldet und deshalb könne er eine Entschädigung für die 14 Tage nicht beanspruchen. Unter diesen Umständen brauche auf die Frage, ob die Entlassung an sich berechtigt war oder nicht, nicht erst eingegangen werden. — Kläger habe den Begriff des Schadenersatzes offenbar verkannt.

Zur Bleifrage. Die Petition des Vorstandes der Vereinigung der Maler, Lackierer usw. zu dem Entwurf von Bestimmungen zur Verhütung von Bleierkrankungen ist jetzt dem Bundesrat mit 20 562 Unterschriften aus 311 Orten zugegangen. Eine Anzahl Verbandsfilialen hat die Sammlung von Unterschriften verbummelt.

200 000 Arbeitslose sind in der vorigen Woche in London konstatiert worden! Auf Ersuchen des Königs läßt der Lordmayor von London eine — Sammelliste zirkulieren!

Die Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer Deutschlands

hält gegenwärtig in Wilkes Saal in der Brunnenstraße ihre 14. Jahreskonferenz ab. Dieselbe wurde am Mittwoch vormittag eröffnet. Anwesend waren 24 Delegierte aus 15 Orten, außerdem die Fünferkommission sowie je ein Vertreter der gleichen Organisation der Zimmerer, der Bauarbeiter und der Geschäftsleitung der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften.

Metzke erstattete den Bericht der Geschäftsleitung der Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer. Aus demselben ist folgendes hervorzuheben: Dem Wunsche einzelner Organisationen entsprechend, veranstaltete die Kommission in einer Reihe von Orten insgesamt 60 Agitationsversammlungen. Einem Beschlusse der vorigen Konferenz entsprechend, ist den einzelnen Organisationen durch Rundschreiben der Verlauf der vom Parteivorstande eingeleiteten Einigungsverhandlungen zwischen den gewerkschaftlichen Verbänden und den Vertrauensmänner-Zentralisationen bekannt gegeben worden. Die Antwort war, daß sämtliche Organisationen die Einigungsverhandlungen nunmehr als erledigt betrachten. Wie im vergangenen Jahre, so blieben der Zentralisation auch in dieser Geschäftsperiode Kämpfe nicht erspart. An Lohnbewegungen waren die Vereine in Hasselfelde, Jüterbog, Schönwalde, Stralsund, Spandau, Königsberg i. Pr. beteiligt. In Berlin und den Vororten kam es öfter zu Aussperrungen seitens einzelner Unternehmer. Auch mußten die Kollegen, um den Drangsalierungen einzelner Unternehmer und Poliere Halt zu gebieten, zur Sperre schreiten. Dieselben sind teils zugunsten, teils zuungunsten der Kollegen ausgefallen. Ein Streik der Backofenmaurer, der nur zwei Tage dauerte, hatte den Erfolg, daß mit den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen wurde, der eine Lohnaufbesserung von 7½ Pf. pro Stunde gewährt. Auch für die Kanalisationsmaurer trat eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2½ Pf. ein. Der bedeutendste der Lohnkämpfe ist der, welcher sich in Königsberg i. Pr. abspielte und die Erringung des den Arbeitern schon vor zwei Jahren versprochenen Stundenlohnes von 55 Pf. zum Ziel hatte. Dieser Kampf währte 25 Wochen und kostete der Organisation 28 900 M.

Die Gesamtorganisation zählte am Schluß des dritten Quartals 1903 3388, am Schluß des dritten Quartals 1904 3432 Mitglieder. Davon kommen auf Berlin 2467 (1903) 2531 (1904), Königsberg i. Pr. 304 bezw. 282, Wernigerode 110 bezw. 150, die übrigen 14 Orte weisen geringere Mitgliederzahlen (14—67) auf.

Der Kassenbericht, den der Kassierer Kaufmann erstattete, weist eine Einnahme von 42 240,13 M., eine Ausgabe von 37 049,71 Mark und einen Bestand von 5190,42 M. auf.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die schon im Geschäftsbericht erwähnten Einigungsverhandlungen. Ischoch, welcher über diese Angelegenheit referierte, empfahl folgende Resolution:

„Die 14. Konferenz der Vertrauensmänner-Zentralisation der Maurer Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Abschluß der Einigungsverhandlungen beziehungsweise Bestrebungen des Parteivorstandes, zwischen der Generalkommission und der Gewerkschaftskommission einerseits und der Geschäftskommission der Freien Gewerkschaften Deutschlands und dem Gewerkschaftskartell andererseits. Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Einigung auf der Grundlage, wie sie die Geschäftskommission auf dem 6. Kongreß geschaffen hat, wohl möglich wäre, was jedenfalls nicht zum Schaden der gesamten Arbeiterbewegung gewesen wäre.

Daß die Verhandlungen gescheitert sind, liegt einzig und allein an dem Verhalten der Vertreter der Verbände, die eine Unterwerfung verlangten. — Die Konferenz erklärt sich mit der Haltung ihrer Vertreter einverstanden und empfiehlt den Ortsvereinen: Sollte man von irgend einer Seite an sie herantreten, um Einigungsbestrebungen in die Wege zu leiten, sie dieselben ohne Einverständnis der Geschäftsleitung rundweg abzulehnen haben."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Gehl über Agitation und Organisation. Er betonte die Notwendigkeit einer planmäßigen Agitation, die das Ziel haben müsse: Zusammenschluß der Arbeiter zum Widerstande gegen ihren schärfsten Gegner, das Unternehmertum. Um die Agitation planmäßig und erfolgreich zu betreiben, müsse eine Person damit betraut werden, die sich ganz dieser Arbeit widmen könne. Hinsichtlich der Organisation bemerkte der Redner, es sei dahin zu wirken, daß jede einzelne Organisation ihre volle Selbständigkeit habe.

Zu diesem Punkt lagen mehrere Anträge vor, welche sich auf die Anstellung eines besoldeten Geschäftsleiters beziehen, der unter anderem auch die Agitation zu betreiben hat. — Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um diese Anträge.

Angenommen wurde eine schon von der vorigen Konferenz beschlossene Resolution, welche in der Hauptsache besagt: Alle selbständigen Organisationen haben Agitationskommissionen zu bilden, welche die Agitation innerhalb und außerhalb ihres Ortes zu betreiben und dem Vertrauensmann vierteljährlich Bericht zu erstatten haben.

Ferner wurde der folgende, von der Berliner Organisation gestellte Antrag angenommen:

Zur Leitung sowie zur Regelung der Geschäfte wird eine Geschäftskommission gewählt, bestehend aus fünf Personen, und zwar einem Geschäftsleiter, dessen Stellvertreter, einem Kassierer und zwei Revisoren. Der Geschäftsleiter wird auf der Konferenz gewählt, als besoldeter von der Zentralisation angestellt. — Aufgabe des Geschäftsleiters ist, die Organisationen im ganzen zu überwachen, auszubauen und zu stärken, die ihm übrig bleibende freie Zeit als Mitarbeiter am Fachorgan „Die Einigkeit" und zur Agitation für die Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen. — Die anderen Mitglieder der Geschäftsleitung wählt die Berliner Organisation. Der erste Vorsitzende ist zu gleicher Zeit stellvertretender Geschäftsleiter, der erste Kassierer übernimmt zugleich die Kassengeschäfte der Zentralisation. — Die Amtstätigkeit reicht von Konferenz zu Konferenz, dieselbe soll in der Regel am Jahresschluß berufen werden.

Gewerkschaftliches.

Sicherheitsbehörde oder Unternehmer-Bureau?

Die Bauunternehmer in Pyritz streben, wie der Stett. „Volksbote" mitteilt, mit allen Mitteln danach, den Zentralverband der Maurer am Orte unmöglich zu machen; sie beschränken sich dabei nicht nur auf erlaubte Mittel, sondern üben den schlimmsten Terror gegen die Verbandsmitglieder aus. Und behülflich ist ihnen dabei die — Polizei!

Wer Verbandsmitglied ist, bekommt nicht eher Arbeit, als bis er von der Polizeibehörde eine Bescheinigung etwa in folgender Form vorlegen kann:

Die Polizei-Verwaltung.

Journ.-Nr. . . . Pyritz, den 12. Septbr. 1904.

Der Maurer K. K. zeigte heute an, daß er den Austritt aus dem Verbande der zentralisierten Maurer noch heute anmelden werde. Dies wird hiermit bescheinigt. J. A.

(Stempel.) gez. Mielke.

Wie kommt die Polizei dazu, solche Bescheinigung nicht über irgend eine vollzogene amtliche Handlung, sondern eine völlig private Absicht zu erteilen? —

Uebrigens ist auch dafür gesorgt, daß jeder Maurer es nicht bei der bloßen Absicht zum Austritt beläßt oder aber nach erfolgtem Austritt etwa der Organisation wieder beitreten kann. Am Abend des 12. November wurde ein Maurer von einem Unternehmer entlassen. Bei der Entlassung wurde ihm gesagt, daß er zwar am 5. September aus der Organisation ausgetreten sei, am 12. September sich aber wieder — angemeldet habe. Wie der Unternehmer das erfuhr? Nun, an demselben Tage, an dem die Entlassung erfolgte, hatte ein organisierter Arbeiter auf dem Bureau der Pyritzer Polizei zu tun, da trat ein bei dem in Betracht kommenden Bau-Unternehmer beschäftigter Techniker ein und sagte dem Polizeisekretär:

„Die Leute sagen, sie sind alle aus dem Verbande ausgetreten. Das glaube ich nicht und möchte ich mich hiervon überführen."

Der Herr Techniker wurde nicht hinausgeworfen. Die Auskunfterteilung erlitt nur eine kleine Verzögerung dadurch, daß der Herr Polizeisekretär erst das Mitgliederverzeichnis hervorsuchen mußte; er beeilte sich aber, dies zu tun. — —

Diesem Zwecke also dienen die der Polizei eingereichten Mitgliederverzeichnisse in — Pyritz! Sie sind nicht überflüssig, wie der eine oder andere wohl denken mag; sie modern nicht still in verschwiegenen Aktenschränken. Nein, sie liegen jederzeit bereit, den Interessen des Unternehmertums dienstbar gemacht zu werden!

Die Pyritzer Maurer haben Beschwerde geführt gegen diese Preisgabe des polizeilichen Amtsgeheimnisses an das Unternehmertum; sie weigern sich auch, der Behörde weiterhin noch Auskunft über ihren Mitgliederstand zu geben, so lange ihnen keine Verschwiegenheit der Polizei für die Zukunft garantiert ist. Die Pyritzer Maurer haben recht. Aber eine Pyritzer Polizei ist nur möglich bei der preußischen Vereinsgesetzgebung, und ist nur möglich, so lange bei uns die Polizeibureaus gleichzeitig Unternehmerbureaus sind.

Ob die Unternehmer sich auf der Polizeiwache Auskünfte oder billige uniformierte Streikposten holen; beides ist den Arbeitern im Lohnkampfe und im Kampfe für ihre Organisation gleich unangenehm und eins wie das andere charakterisiert sich als Stellungnahme gegen die Arbeiter und für das Unternehmertum. In dieser Parteinahme leistet die Polizei auch außerhalb Pyritz Vortreffliches.

Berlin und Umgegend.

Die Einigungsverhandlungen der Tischler

wurden gestern fortgesetzt, sie sind aber noch nicht zum Abschluß gekommen. Von seiten der Arbeiter sind bei den Verhandlungen folgende Organisationen vertreten: Holzarbeiter-Verband, Fachverein der Tischler, Gewerkverein der Tischler, Verband der Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter, Zentralverein der Bildhauer. — Die gestrigen Verhandlungen drehten sich zunächst um die Geschäftsordnung der Schlichtungskommission. Diese hat unter Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz unter anderem die Streitigkeiten zu entscheiden, welche bei Vergebung neuer Akkordarbeiten entstehen. Die Beilegung der Differenzen, die in verschiedenen Betrieben schon vor der Aussperrung bestanden und damals zum Streik führten, gehört zu den Voraussetzungen einer endgültigen Einigung. Es ist Aussicht vorhanden, daß diese Differenzen in nächster Zeit zwischen den Inhabern und den Arbeitern der betreffenden Betriebe geregelt werden. Wo das nicht der Fall sein sollte, tritt die Schlichtungskommission in Tätigkeit. Lange und oft sehr lebhafte Erörterungen entstanden bei den Verhandlungen über

die Regelung des Arbeitsnachweises. Mehrmals schien es, als ob hierüber keine Einigung erzielt werden konnte und ein Abbruch der Verhandlungen unvermeidlich war. Schließlich wurde jedoch die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises auf beiden Seiten anerkannt; er soll am 1. Juli, spätestens am 1. Oktober nächsten Jahres in Funktion treten. Zu erledigen ist nunmehr noch der Tarif der Bautischler und der Ladeneinrichtungsbranche. Voraussichtlich kommen die Verhandlungen heute zum Abschluß. Für Freitag abend hat der Holzarbeiter-Verband eine Vertrauensmänner-Versammlung nach der Brauerei Friedrichshain einberufen. Der Versammlung werden die Einigungsbedingungen zur Beschlußfassung vorgelegt.

Deutsches Reich.

Die Zentrumspresse zwingt uns, so widerwillig uns das Geschäft ist, noch einmal auf die christliche Schweinigelei, die sich in einer Kölner Buchbinderei zugetragen hat, zurückzukommen. Zurzeit geht durch die gesamte Zentrumspresse ein Artikel, der die Tatsachen von vorn bis hinten völlig verdreht darstellt. Es wird da behauptet, „der Betreffende", ein Mitglied des christlichen graphischen Verbandes, sei aus seiner Gewerkschaft ausgeschlossen worden, „weil er darum gewußt" habe, daß „ein Lehrling einem Arbeiter ein Paket mit Menschenkot in die Tasche gesteckt" hat, es aber nicht verhindert habe. In Wahrheit ist das betreffende Mitglied, als die Sache durch die sozialdemokratische Presse bekannt wurde, selbst aus dem Verband ausgetreten und dann erst hinterdrein noch ausgeschlossen worden. Dann wird verheimlicht, daß der „Betreffende" der **Werkstattvertrauensmann** der Christlichen war, und er hat nicht nur um die Sache „gewußt", sondern er ist der alleinige **Anstifter und Verführer** des Lehrlings, der auf sein Geheiß die nämliche Schweinerei kurz vorher schon einmal machen mußte, wobei der Junge aber aus Versehen in die Tasche des Unrichtigen geriet. Der Artikel der Zentrumspresse zieht einen ähnlichen Fall heran, der sich im vorigen Jahre in Kiel zugetragen hat und behauptet, der Kölner Fall reicht an diesen von „sozialdemokratisch organisierten Arbeitern" gegen christliche verübten Terrorismus nicht heran. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! In Kiel waren die Täter einfache, ungeschulte Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, und die „Holzarbeiter-Zeitung" selbst hat die Sache zuerst veröffentlicht und scharf verurteilt. In Köln aber wurde der Terrorismus verübt **gegen ein leitendes Mitglied** des christlichen Verbandes **von einem leitenden Mitglied** des christlichen Verbandes, und die Sache wurde von einer **den Christlichen gegnerischen Seite** an die Oeffentlichkeit gebracht.

Die mechanische Weberei von Winkler u. Ko. in Kassel sucht mit allen Mitteln Ersatzkräfte heranzuziehen, da am Sonnabend die Kündigungsfrist des wegen der gezahlten Hungerlöhne in den Ausstand tretenden Personals abläuft. — Zuzug ist fernzuhalten.

Ausland.

Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften hat in diesem Jahre eine sehr lebhafte und fruchtbare Agitationstätigkeit entfaltet. Die Mitgliederzahl der der Landesorganisation schon länger angehörenden Verbände ist trotz der vielen durch gewerkschaftliche Kämpfe notwendig gewordenen Extrabeiträge um ungefähr 10 000 gestiegen. Im ganzen gehören jetzt von den ungefähr 90 000 organisierten Arbeitern Schwedens 75 000 der Landesorganisation an.

Aus der Frauenbewegung.

Was ist Religion? Unter diesem Titel beschäftigt sich im „Vorwärts" vom 18. 12. 04 Herr Dr. Maurenbrecher mit der Freireligiösen Gemeinde und mit einem Vortrage, den ich daselbst über Campanella gehalten. Dr. M. benennt mein Eintreten für Campanellas „harmonische" Weltauffassung „recht unproletarisch empfunden". Mag sein, daß Dr. M. ein feines Empfinden für das Proletarische hat, ein feineres wohl gar als die 12 000 proletarischen Männer, Frauen und Kinder, welche der Gemeinde angehören und bisher nicht ahnten, daß seit 15 Jahren in ihrem Neste ein Kuckucks-Ei sich breit macht, von Dr. M. „Weltanschauung des Satten" genannt. In gebührender Demut bekenne ich, daß ich allerdings nicht mit der Muttermilch proletarisches Empfinden eingesogen habe. Das blieb nun freilich ebenfalls dem Sohne des Geheimrats Maurenbrecher versagt; er wird also wohl theoretisch seine proletarische Seelenkunde sich angeeignet haben, frisch aus Büchern! — Dankbar lasse ich mich von überlegener Wissenschaft belehren. Doch woher hat Dr. M. seine Kenntnis von Campanella, wenn er dessen Lehre von der Harmonie des Weltalls eine „Weltauffassung des Satten" nennt? Vergebens grüble ich, wie Campanella wohl zu seiner Sattheit gekommen sein mag. War er nicht Revolutionär und ein Märtyrer des Sozialismus? Schmachtete er nicht 27 Jahre in unterirdischen Kerkern, wo er 7mal auf das Schärfste gefoltert wurde? Seine Seelenstärke bewahrte ihn allerdings vor der Verzweiflung; und er gelangte sogar zu der Ueberzeugung, daß alles Leid schließlich einen Beitrag zur Harmonie des Weltalls liefere. Inwiefern aber soll diese Idee unproletarisch sein? Ist denn nicht das Urchristentum und Märtyrertum, welches Campanella beeinflußt hat, durchaus proletarisch? „Selig, die da Leid tragen" — so schwärmten die Sozialdemokraten des römischen Kaiserreiches. Allerdings hat das Pfaffentum diesen Preis des Leides mißbraucht, indem es das darbende Volk mit dem irdischen Entsagungslied einlullte. Aber bei Campanella, in der Freireligiösen Gemeinde und in meinen Vorträgen ist niemals diese pfäffische Lehre vom Leide gut geheißen worden. Und Dr. M. zeigt nur, daß er mich nicht verstanden hat, wenn er geltend macht, daß ich das Uebel „nicht wirklich Uebel" und den Schmerz „nicht wirklich Schmerz" nenne. Gewiß ist der Schmerz wirklich Schmerz — aber nicht bloß Schmerz! Im Zusammenhange der Menschheit und des Weltganzen spielt der Schmerz nämlich auch eine heilsame Rolle. Er spornt die fühlenden Wesen an, sich von schmerzhaften Verhältnissen zu befreien, und treibt die vernünftigen Menschen zur Verbesserung ihrer Macht und Gesittung. Und diese Idee soll „unproletarisch" sein? Nein, sie begeistert manchen Proletarier zum Befreiungskampfe; der Proletarier fühlt, daß seine Unzufriedenheit und Entbehrung wenigstens insofern etwas Heilsames bedeutet, als dieser Schmerz ein Kulturhebel ist und eine bessere Gesellschaftsordnung herbeiführen hilft. — Uebrigens strebe ich nicht nach einer Weltanschauung, welche für diese oder jene Klasse „brauchbar" ist, sondern einfach nach Erkenntnis. Und ich meine, die Erkenntnis sollte sich nicht nach dem Proletariat, vielmehr dieses nach der Erkenntnis richten.

Dr. Bruno Wille.

Gerichts-Zeitung.

Kein unlauterer Wettbewerb, aber Verstoß gegen die guten Sitten. In einer Klagesache wegen unlauteren Wettbewerbes hat das Reichsgericht einen solchen durch Urteile über einen Konkurrenten auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches für unzulässig erklärt. Ein Gewerbetreibender hatte in Bekanntmachungen in Tageszeitungen über ein Konkurrenzgeschäft unter anderem sich geäußert: Die deutsche Hausfrau werde dort nicht wahrhaft gut und solid bedient, sie kaufe bei ihm besser als dort, da in dem Konkurrenzgeschäft von einer leistungsfähigen Reparaturwerkstatt nicht die Rede sein könne. Darauf wurde auf Unterlassung der Wiederholung und Verbreitung dieser Angaben geklagt. Das Reichsgericht hat sich nach der „Deutschen Juristen-Zeitung" den Gründen der zur Verurteilung gekommenen Vorinstanz dahin angeschlossen: es lägen allerdings keine tatsächlichen Angaben im Sinne der §§ 1, 6 des Wettbewerb-Gesetzes vor, sondern nur Urteile. Aber es verstoße gegen die guten Sitten (§ 826 B. G.-B.), in dieser Art über die Leistungen eines Konkurrenten zu urteilen, um ihm die Kunden abspenstig zu machen.

Ein großer Bandendiebstahls-Prozeß begann gestern vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Für die Verhandlung, welche im kleinen Schwurgerichtssaale stattfindet, sind drei Tage in Aussicht genommen, da nicht weniger als zirka 40 Zeugen geladen sind. Unter der Anklage des wiederholten bandenmäßig ausgeführten schweren Diebstahls mußten folgende Personen auf der Anklagebank Platz nehmen: 1. der 27jährige Kistenmacher Karl Hänsel, 2. der Möbelpolierer Otto Sommer, 3. der Maschinenarbeiter Max Kerber, 4. der Schlosser Erhard Diebow, 5. der Handlungsgehülfe Willy Plötz. Ferner waren der Goldarbeiter Albert Hübner, der Uhrmacher Paul Allesser wegen gewerbsmäßiger Hehlerei, die unverehelichte Emma Hemmer und die nicht erschienene verehelichte Stanislawa Schneider, geb. Malitzka, wegen einfacher Hehlerei angeklagt. Der ebenfalls nicht erschienene Kaufmann Karl Bauer hatte sich wegen bandenmäßig ausgeführten Einbruchsdiebstahls zu verantworten. Da der Verteidiger des Hübner, Rechtsanwalt Werthauer, nicht rechtzeitig geladen war, so mußte das Verfahren gegen H. und den durch Rechtsanwalt Stachowsky vertretenen Allesser abgetrennt und wird gegen diese Angeklagten später besonders verhandelt werden. — Die des Diebstahls angeklagten Personen befinden sich seit Dezember 1903 in Untersuchungshaft, also ein volles Jahr. Der Anklage lag folgendes zugrunde: Der vielfach vorbestrafte „Arbeiter" Paul Röhl hatte es vorgezogen, als er bei einer neuen Straftat ertappt wurde, den „wilden Mann" zu spielen. Er kam auch tatsächlich als angeblicher „Geisteskranker" in die Beobachtungsstation der königlichen Charité. Der Aufenthalt gefiel ihm nicht; im Juli 1903 brach Röhl aus und hielt sich in Berlin verborgen. Bis zu seiner Verhaftung lebte er ausschließlich von Diebstählen, welche er mit Hülfe der jetzigen Mitangeklagten verübte. Röhl legte sich einen falschen Namen Paul Drömer bei und gab sich als Eisenbahn- oder Postbeamter aus; hierzu trug er die passende Uniform. Eine Spezialität des Röhl war es, mit Dienstmädchen und Kindermädchen, deren Herrschaften verreist sind, ein Verhältnis anzubandeln, die Mädchen zu einem Rendezvous zu bestellen, um dann in aller Ruhe in die leerstehende Wohnung einbrechen zu können. Im August 1903 kam der Angeklagte Hänsel aus dem Tegeler Strafgefängnis, bald darauf lernte er Röhl kennen, und beide gemeinschaftlich haben eine ganze Reihe Einbruchsdiebstähle in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Wilmersdorf verübt. Als beide in Stettin eine kleine Gastrolle geben wollten, wurde Hänsel gefaßt und mußte bis zum 25. September in Haft sitzen. Röhl hatte inzwischen in Berlin die Angeklagten Bauer und Plötz, der sich von Alvensleben nannte, kennen gelernt und mit ihnen Einbrüche verübt. Zu ihnen gesellten sich nach und nach die Angeklagten Kerber, Sommer, Diebow. Die gesamte Einbrecherbande wohnte bei der Angeschuldigten Schneider, wohin auch die „Sore" (Diebesbeute) geschafft wurde. Während Röhl das Haupt der Diebesbande war, hatte Kerber die Vermittlungsgeschäfte zum Absatz der Beute bei den mitangeklagten Hehlern übernommen. Zur Anklage stehen 17 Einzelfälle. In dem ersten hatten Röhl, Plötz und Bauer einen Einbruch bei dem Privatier Schmidt in der Kreuzbergstraße verübt. S. war verreist, die Diebe konnten in seiner Abwesenheit die Wohnung fast ausplündern. Gestohlen wurden Silberzeug und andere Gegenstände im Werte von 450 Mark. Aus der Wohnung einer Frau v. Schulzendorf wurden für 1300 Mark Goldsachen entwendet. Bei dem Goldwarenhändler Grafe in der Prinzenstraße wurde in der Nacht zum 26. November vorigen Jahres von Röhl, Hänsel und Sommer mittels Dietrichs die Eingangstür geöffnet und Goldwaren im Werte von 2500 Mark entwendet. Eine aus diesem Diebstahl herrührende Uhr wurde später bei der Angeklagten Hemmer vorgefunden. Trotz doppelten Sicherheitsschlosses drangen Röhl und Hänsel in die Wohnung der Rentiere Gaede in der Leibnizstraße zu Charlottenburg ein und entwendeten 425 Mark bar und Silbersachen. In einem Hause der Luitpoldstraße wurden von den Angeklagten Bodenverschläge geöffnet und daraus ein photographischer Apparat im Werte von 1230 Mark gestohlen. Aus der Wohnung des Kapitäns v. Mann in der Fasanenstraße zu Charlottenburg wurden Gegenstände im Werte von 1100 Mark entwendet. Die aus dem Grafeschen Diebstahl herrührenden Goldwaren wurden im Rausch an Hübner verkauft. Dieser versteckte die Gegenstände in dem Gehäuse der vor seinem Geschäft befindlichen Uhr. Ein Teil wurde an Allesser „weiterverschärft". — Durch umfassende Ermittelungen gelang es, etwas Licht in die Angelegenheit zu bringen. Es wurden einige Haussuchungen vorgenommen, bei welchen ein ganzes Lager gestohlener Gegenstände entdeckt wurde. Kurze Zeit darauf saßen sämtliche Mitglieder der Diebesbande hinter Schloß und Riegel. — Vor Gericht waren die Angeklagten teilweise geständig. Hänsel versuchte dem Vorbild des Röhl gemäß den „Geisteskranken" zu spielen, hatte damit aber wenig Glück. Von der Verhandlung selbst sind wenig bemerkenswerte Einzelheiten zu erwarten. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

Versammlungen.

In der Generalversammlung des Fachvereins der Musikinstrumentenarbeiter vom 19. Dezember bei Graumann, Naunynstraße 27, berichtete Kleinlein über den Stand des Streiks. Von den 1700 Kollegen, die am 3. Oktober in den Streik traten, arbeitet die große Mehrzahl zu den neuen Bedingungen, so daß ungefähr noch 400 Streikende zu verzeichnen sind. Die Situation ist noch dieselbe, wie in der letzten Streikversammlung bekannt gegeben wurde. Wie Redner mitteilte, wurde in der letzten Branchen-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes über den Fachverein und besonders über den Redner selbst hergezogen. Unter anderem soll Kleinlein bei den Einigungsverhandlungen bei der Fabrik von Rösener nichts gegen die 54stündige Arbeitszeit einzuwenden gehabt haben. Als Kleinlein von diesem Fall hörte, habe er sofort in der Zehner-Kommission dagegen Stellung genommen, und liege wohl kein Grund vor, Kleinlein irgendwie zu beschuldigen. Die Streikkommission des Fachvereins hat eine Liste angefertigt, auf welcher die arbeitswilligen Mitglieder, die während des Streiks in bestreikten Betrieben die Arbeit aufgenommen haben, verzeichnet wurden. Die Namen der Betreffenden wurden verlesen. In der hierauf folgenden Diskussion, die sehr lebhaft war, wurde beschlossen, daß die nächste Versammlung sich mit der Angelegenheit betreffs der Streikbrecherliste sehr eingehend beschäftigen solle. Ferner erhalten die streikenden und auch die noch nicht voll unterstützungsberechtigten sowie die arbeitslosen Fachvereinsmitglieder zu Weihnachten eine Extra-Unterstützung. Nunmehr teilte Kleinlein ein Urteil des Gewerbegerichts mit (derselbe war Vertreter einiger Kollegen), wonach die betreffenden Arbeiter verurteilt wurden. An diesem Urteil sind nicht weniger als vier Organisationen beteiligt, und werden dieselben in Gemeinschaft ein Urteil vom Landgericht zu erlangen wissen, um festzustellen, inwieweit der Paragraph 152 der Gewerbe-Ordnung für die Arbeiter bei Differenzen überhaupt in Betracht kommt.

Der Arbeiter-Sängerbund nahm in seiner letzten Ausschuß-Sitzung zuerst die Abrechnung vom Sängerfest in Friedrichshagen entgegen. Es steht einer Einnahme von 2767,95 Mark eine Ausgabe von 2711,80 Mark gegenüber. Der Vorsitzende sprach dann über die Kassenverhältnisse des Bundes und motivierte einen Antrag des Vorstandes, wonach jeder Verein eine Extrasteuer von 3 Mark zu zahlen hätte. Der Antrag wurde angenommen mit der Bestimmung, daß das Geld bis zum 15. Januar 1905 bezahlt sein muß. Was den Beschluß der Vertrauensleute anbelangt, den Sängern keine Freibilletts mehr zu bewilligen, so wird ein Antrag angenommen, in der nächsten Ausschußsitzung vom 15. Januar endgültig Stellung dazu zu nehmen, wie die Vereine sich dagegen zu verhalten haben.

Schöneberg. Die bevorstehenden Aufgaben des Reichstages behandelte Genosse Molkenbuhr in einem Vortrage, welchen er in der Vereinsversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins zu Schöneberg hielt. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seinen lehrreichen und instruktiven Vortrag. In der sich anschließenden Diskussion sprachen sich die Genossen Karl Klein und Wallentin im Sinne des Referenten aus. Unter Vereinsangelegenheiten weist der Vorsitzende darauf hin, daß vom nächsten Jahre ab die Bezirkssitzungen, wie in Berlin und den anderen Vororten, am zweiten Mittwoch im Monat in den bekannten Lokalen stattfinden, während die Vereinsversammlungen auf den letzten Dienstag im Monat verlegt worden sind. Bäumler weist auf die Parteispedition hin und ersucht die Parteigenossen, ihren Bedarf an Büchern, welche sie als Geschenke benutzen wollen, aus den Vorräten derselben decken zu wollen. Neuaufgenommen wurden 41 Mitglieder.

Nieder-Schönhausen. Der Wahlverein befaßte sich in seiner außerordentlichen Sitzung mit den Anträgen des Vorstandes in Sachen der Stimmenthaltungen bei der letzten Gemeindevertreterwahl. Es ward einstimmig beschlossen, das Mitglied Keller wegen unbegründeter Stimmenthaltung auszuschließen. Ritschke und Fiedler sind der Entscheidung des Vereins dadurch aus dem Wege gegangen, daß sie auf das Ersuchen des Vorstandes, die Gründe ihrer Enthaltung vorzubringen, mit der Austrittserklärung antworteten. Unter „Verschiedenem" ward auf die inzwischen ins Leben getretene Parteispedition für Pankow und Nieder-Schönhausen hingewiesen und zu unabläßiger Agitation für den „Vorwärts" aufgefordert, der nun früher am Ort eintrifft; vor allem darf die beschämende Tatsache nicht länger fortdauern, daß ein beträchtlicher Teil der organisierten Genossen nicht den „Vorwärts" hält.

In einer öffentlichen Versammlung zu Karlshorst referierte Genosse Dr. Südekum über die Aufgaben der Gemeindevertretung. In der Diskussion versuchte ein pensionierter Lehrer, Herr Sielaff, der sozialdemokratischen Lehre seine christlich-konservativen Anschauungen entgegenzusetzen. Genosse Pinseler schildert darauf seine Tätigkeit als Gemeindevertreter in Friedrichsfelde und verweist darauf, wie erst kürzlich wieder die von ihm gemachten Anregungen in bezug auf die Gesundheitspflege von einem Vertreter aus Karlshorst, welcher sogar in der dritten Klasse gewählt sei, als Zukunftsmusik bezeichnet wurden. — Die von der Gemeinde beschäftigten Straßenreiniger bekommen wöchentlich nur 13,50 M., früher sogar nur 12 M. Kürzlich sei ein Nachtwächter für 400 M. Jahresgehalt gesucht worden, das zeige jedenfalls zur Genüge, wie die Gemeinde bezw. deren Vertreter ihre Pflichten gegen die von ihnen beschäftigten Arbeiter auffassen. Stühmer führte aus, daß der Referent vollständig recht hätte, wenn er behaupte, daß das Wohnungselend der Proletarier sich auch auf die Berliner Vororte erstrecke. Die Wohnungsmieten sind unverhältnismäßig hoch, sie betragen hier für eine Wohnung von 1 Zimmer und Küche von 18 bis 23 M., 2 Zimmer und Küche bis zu 40 M. und darüber pro Monat. Dabei sind diese Wohnungen, welche für die Arbeiter eigentlich nur in Betracht kommen, entweder im Souterrain (teilweise einige Stufen niedriger wie die Straße, also Keller) oder unterm Dach (Mansarde) gelegen. Rechnet man nun noch das Fahrgeld nach der meistens in Berlin gelegenen Arbeitsstätte hinzu, so bleibt als Vorteil nur die etwas bessere Luft übrig. Die Ursache der teueren Wohnungen sei der Bodenwucher, welcher von den Gemeinden eher unterstützt wie bekämpft worden sei. Gerade die Gemeinde Friedrichsfelde habe ihre sozialen Pflichten bisher in jeder Weise vernachlässigt, wenn sich in letzter Zeit geringe Anzeichen zur Besserung bemerkbar machen, so sei dies auch zum größten Teil auf die Tätigkeit der beiden sozialdemokratischen Gemeindevertreter zurückzuführen. In seinem Schlußwort wies der Referent verschiedene Einwendungen des Herrn Sielaff zurück. Mit einem Appell an die anwesenden Arbeiter, dem sozialdemokratischen Verein beizutreten, und einem Hoch auf die Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Ober-Schöneweide. Hier tagte eine äußerst starkbesuchte Volksversammlung, welche Stellung nahm zu dem Antrage der hiesigen Katholiken auf Errichtung einer katholischen Schule. Vorher erstattete Genosse Grunow Bericht aus der Gemeindevertretung. Es wurde vornehmlich ein Verfahren gegeißelt, daß Bauprojekte von Schul- und Rathausbauten, welche als dringend angesehen, in allen Einzelheiten beschlossen, nach kurzem Zeitraum aber verworfen wurden und andere Projekte vorgelegt werden. So hat der Rathausbau, der jetzt nicht ausgeführt wird, in seinen Vorarbeiten 11 000 M. gekostet. Für den als äußerst dringend bezeichneten dritten Schulbau wurde nach Annahme des Projekts ein Grundstück für 90 000 M. gekauft, — nach 8 Wochen war es nicht mehr nötig, und ein anderer Bau an anderer Stelle wird aufgeführt. Die Versammlung verurteilte dies ganz energisch. — Zu teilweise recht erregten Debatten führte die Behandlung des Antrages der Katholiken. In geradezu die Versammlung beleidigender Weise traten Redner der Katholiken auf, die in den verworrensten Ausführungen sich Anwürfe gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer leisteten, was von der Versammlung mit erregtem Protest beantwortet wurde. Einer der Herren hatte sogar die Dreistigkeit, sich damit zu brüsten, in dem gegenwärtigen Kampfe der Metallarbeiter als Streikbrecher zu fungieren, und jemand aus der Versammlung, der ihn als Streikbrecher titulierte, bei den überwachenden Beamten zu denunzieren. Von unseren Genossen Pessier, Jakobsen, Diesing und Grunow wurde ihnen eine gründliche Abfuhr zuteil. Unsere Redner gaben unter Heiterkeit der Versammlung der Meinung Ausdruck, daß diese Herren ihre Bildung wohl aus einer katholischen Schule hätten. Eine Resolution an die Gemeindevertretung, welche gegen den Antrag der Katholiken protestiert, fand gegen einige Stimmen Annahme. Erst spät endete die Versammlung, die einige Male daran war, aufgelöst zu werden.

Friedrichshagen. In der letzten Monatsversammlung des sozialdemokratischen Arbeiter-Bildungsvereins hielt Genosse Baege einen fesselnden Vortrag über: „Die Entstehung des Weltalls und der Erde". Bei der Ergänzungswahl zur Lokalkommission wurde Werkmann, dem Metall- und Holzarbeiter-Verband je 25 M. zur Weihnachtsbescherung zu bewilligen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 28. Dezember. (Von einem besonderen Korrespondenten.) Der „Neuen Freien Presse" zufolge ist Ministerpräsident v. Koerber unter allen Umständen entschlossen, aus dem Amte zu scheiden; er hat den Kaiser in dringender Weise um seine Entlassung ersucht.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.) Der Senat genehmigte heute ein provisorisches Budgetzwölftel. Die Session des Parlaments wurde darauf geschlossen.

London, 28. Dezember. Dem „Reuterschen Bureau" wird aus Bangkok unter dem heutigen Datum gemeldet, die Uebergabe des Territoriums, das durch den französisch-siamesischen Vertrag abgetreten ist, soll am 30. Dezember stattfinden; die Franzosen haben Tschantabon innerhalb zehn Tagen danach zu räumen. Eine Kompagnie Soldaten hat Tschantabon bereits verlassen.

Schuscha im Kaukasus, 28. Dezember. (W. T. B.) Der Polizeimeister Sacharow ist heute in der Hauptstraße durch sieben Schüsse getötet worden.

New York, 28. Dezember. W. T. B.) Der Nebel hat sich gehoben. Die ausgebliebenen Dampfer treffen ein.

Großfeuer in Zürich.

Zürich, 28. Dezember, 11 Uhr abends. (W. T. B.) Das ganze alte Neumühlen-Areal, die ehemaligen Gebäude der Maschinenfabrik Escher, Wyß u. Ko. umfassend, steht gegenwärtig in hellen Flammen. Davon betroffen sind über 40 Werkstätten, eine chemische Produktenanstalt, eine Fahrradfabrik, zwei Buchdruckereien, eine Guttaperchafabrik, mehrere mechanische Tischlereien und Drechslereien.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatze.

Shanghai, 28. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Der hiesige Taotai hat dem Hafenmeister in Shanghai und den Kriegsschiffen in Wusung den gemessenen Befehl erteilt, jeden Fluchtversuch der „Askold" und „Grosovoi" zu verhindern; es sollen noch mehr chinesische Kreuzer hier eintreffen.

Tokio, 28. Dezember. (W. T. B.) Die Militärbehörde veröffentlichte heute abend eine weitere Verlustliste, nach welcher 18 Offiziere gefallen und 86 verwundet sind, vermutlich vor Port Arthur.

Verantw. Redakt. Paul Büttner, Berlin. Inserate verantw. (mit Ausnahme der „Neue Welt"-Beilage): Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanst. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Preußischer Parteitag.

Berlin, 28. Dezember 1904.

Der erste Parteitag der Sozialdemokratie Preußens trat heute um 9 Uhr morgens im großen Saale des „Gewerkschaftshauses" zu seiner ersten Sitzung zusammen. Der Saal hat sozialistischen Schmuck angelegt. Die Estrade für das Präsidium mit der Rednertribüne davor ist an der Stirnseite des Saales aufgestellt. Aus einer Hecke immergrüner Pflanzen erheben sich im Hintergrunde der Bühne auf hohen Postamenten die Büsten von Marx und Lassalle. Die Delegierten haben an fünf langen Tafeln Platz genommen. Ein kleiner Teil des Saales ist für die zahlreich erschienenen Zuhörer bestimmt, die auch die beiden Galerien füllen.

Männergesang leitet die Verhandlungen ein. Ein aus allen Vereinen gebildeter Chor des Arbeiter-Sängerbundes bringt „Empor zum Licht" und „Frühlingsstürme" zum Vortrag. Lebhafter Beifall dankt den Sängern. Dann — es ist ½10 Uhr geworden — ergreift

Fritz Zubeil

das Wort und heißt die Delegierten im Namen der Genossen von Berlin und Umgegend herzlich willkommen. Es wird das Bestreben der hiesigen Parteigenossen sein, Ihnen die wenigen Stunden, die Ihnen nach ernster Arbeit übrig bleiben, so angenehm wie möglich zu gestalten. 37 Jahre sind vergangen, seit der erste sozialdemokratische Arbeitertag 1867 hier zu ernster Arbeit versammelt war. 12 Jahre sind verstrichen seit der Tagung eines deutschen Parteitages hier in Berlin. Heute sind Sie herbeigeeilt aus allen Gauen Preußens, um dem ersten Parteitag der Sozialdemokratie Preußens beizuwohnen.

Als ein preußischer Parteitag in Bremen angeregt wurde, fand der Gedanke allseitige Zustimmung. Und es erschien selbstverständlich, daß der erste preußische Parteitag hier in Berlin zusammenberufen werden mußte, am Sitze der Regierung des größten Einzelstaates nicht nur, sondern auch am Sitze der Zentralregierung Deutschlands, gleichzeitig aber auch am Sitze der Reaktion in des Wortes schlimmster Bedeutung. Hier werden all die finsteren Pläne geschmiedet, die dazu dienen sollen, die letzten Reste von Freiheit und Recht dem Volke zu nehmen. Von hier aus spinnen sich die Fäden weiter nicht nur über Preußen; sie üben auch ihre unheilvolle Wirkung auf das ganze übrige Deutschland aus. Im Dreiklassen-Parlament feiert die Reaktion, das preußische Junker-, Pfaffen- und Muckertum seine Triumphe. Ohnmächtig, mark- und kraftlos steht dieser übermütigen Gesellschaft das preußische Bürgertum gegenüber. So ist es der Sozialdemokratie vorbehalten, den Kampf in Preußen aufzunehmen. Die Sozialdemokratie wird vollenden, was die Bourgeoisie vor 57 Jahren angefangen und unvollendet liegen gelassen hat. Das westliche Kalmückentum, die preußische Junker-, Mucker- und Pfaffenherrschaft wird durch die Sozialdemokratie überwunden werden. Es scheint ein gutes Omen zu sein, daß um die Jahreswende der preußische Parteitag tagt. Hoffen wir, daß seine Beschlüsse für die Sozialdemokratie Preußens, für die Sozialdemokratie Deutschlands im neuen Jahre gute Früchte zeitigen werden. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf ergreift das Wort

Paul Singer:

Genossen und Genossinnen! Im Auftrage und im Namen des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands heiße ich Sie herzlichst willkommen und danke Ihnen dafür, daß Sie in so großer Anzahl unserem Rufe gefolgt sind.

Bisher hat in Preußen eine sozialdemokratische Landesorganisation nicht existiert. Man war mit Recht der Meinung, daß man sich mit Rücksicht darauf, daß in Berlin der Sitz des Parteivorstandes ist und daß der größte Bundesstaat durch die preußische Sozialdemokratie repräsentiert wird, mit den Provinzial-Organisationen begnügen könnte. Die Verhältnisse haben sich aber in einer Weise gestaltet, daß der Parteivorstand, den Anregungen von verschiedenen Seiten gern folgend, zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß es notwendig sei, daß auch die preußische Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit, vertreten durch Delegierte aus allen Kreisen, das Wort nimmt, um einzugreifen als Landesorganisation in die Geschäfte der Partei und in die Gestaltung der Dinge, in die Gestaltung der großen Fragen, die uns alle bewegen, daß auch die preußische Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit marschieren müsse zur Bekämpfung der bürgerlichen Gesellschaft, nicht nur im Deutschen Reich, sondern speziell auch in Preußen, dem Herd der Reaktion, der Quelle aller Hindernisse.

Wir mußten umsomehr jetzt einen preußischen Parteitag einberufen, als die preußische Regierung — in ihrem reaktionären Bestreben allzeit in Deutschland voran — Schritte tut, um das, was durch die Reichs-Gesetzgebung ihren reaktionären Gelüsten nicht vollständig zu erreichen gelingt, auf dem Wege der preußischen Gesetzgebung zu erringen. Die volksfeindlichen Gesetze, die heute etwa noch fehlen, um die Arbeiterklasse vollständig rechtlos zu machen und zu unterdrücken, verdanken dem preußischen Landtage ihre Entstehung. Angesichts des elenden Dreiklassen-Wahlsystems, des Gipfels der Reaktion, die in diesem Wahlsystem sich verkörpert, angesichts des Umstandes, daß dadurch die Sozialdemokratie von der Landes-Gesetzgebung ausgeschlossen ist, betrachten wir es für unsere ernste und heilige Pflicht, von hier aus unsere Stimme erschallen zu lassen und den herrschenden Klassen klar zu machen, wie das Proletariat über ihre freiheitsmörderische, volksfeindliche Politik denkt. (Beifall.)

Neben dem Abgeordnetenhause existiert ja noch die besondere Karikatur einer Volksvertretung, die unter dem Namen Herrenhaus seit jeher eine unheilvolle Rolle gespielt hat. Diesen beiden Körperschaften gegenüber, die es als ihre einzige Aufgabe betrachten, Gesetze zu schaffen, durch die unter dem Schein eines Konstitutionalismus Bureaukratismus und Absolutismus zur Herrschaft kommen, ist es notwendig, daß in freier Diskussion die Ansichten der Arbeiterklasse zum Ausdruck kommen, denn gerade die Ausbeutung der Arbeiterklasse ist es ja, die den herrschenden Klassen im Landtage die Möglichkeit gibt, ihre gesetzlichen Privilegien geltend zu machen, weil der Besitz, auf Grund dessen sie dieses Privilegium ausüben, erarbeitet ist von der großen rechtlosen Masse, auf deren starken Schultern Staat und Gesellschaft aufgebaut sind.

Das sind die Gründe, die den Vorstand veranlaßt haben, den Parteitag zusammenzuberufen. Die Tagesordnung enthält eine Reihe von Fragen, die für die Arbeiterklasse von der vitalsten Bedeutung sind. Wir werden unsere Ansichten zu äußern haben über den preußischen Wohnungsgesetzentwurf. Es muß Klarheit darüber geschaffen werden, daß nicht die Vorlage der Regierung und nicht jene Auffassung, die die bürgerlichen Parteien von der Wohnungsfrage haben, der Auffassung der Arbeiterklasse entspricht, sondern es muß deutlich ausgesprochen werden, daß nur durch die Beseitigung des Privatbesitzes an Grund und Boden die Vorbedingung für die Lösung der Wohnungsfrage geschaffen werden kann. Wenn wir weiter verhandeln werden über das Gesetz, das unter dem Namen Kontraktbruchgesetz bekannt ist, dann wird die Arbeiterklasse, die hier vertreten ist, ihre Stimme erheben und verlangen nicht nur die Gleichberechtigung der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern die Gleichberechtigung aller. Sie wird nicht dulden, soweit sie dazu imstande ist, daß über die ländlichen Arbeiter ein Gesetz hereinbricht, das den letzten Rest von Menschenwürde in ihnen zu ersticken geeignet ist. Bei den Verhandlungen über die Schulfrage werden die reichen Erfahrungen, die Sie alle mitbringen, dahin führen, daß der Parteitag flammenden Protest erhebt gegenüber dem reaktionären Bestreben, die Schule noch mehr an die Kirche auszuliefern. Wir werden keinen Zweifel darüber lassen, daß das, was die bürgerlichen sogenannten liberalen Parteien tun, nichts weiter ist, als ein Kompromiß, der den Kern der Sache nicht trifft. Unsere Aufgabe wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Schule von den ihr anhaftenden Fesseln befreit wird, damit ein Geschlecht erzogen wird, das imstande ist, mit teilzunehmen an dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse. (Beifall.) Wir werden uns weiter beschäftigen mit dem liberalen Antrage auf Aenderung des Landtags-Wahlrechts; wir werden nicht eher ruhen, als bis das Dreiklassen-Wahlsystem, das jeden Fortschritt im Keime erstickt, seinen Erfindern vor die Füße geworfen ist. Der Kampf um das Wahlrecht wird in Preußen den Gipfel unserer Propaganda und Agitation bilden. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir leben in einer Zeit, in der, um ein Wort des Reichskanzlers zu gebrauchen, Preußen in Deutschland vorangehen soll, in der aber in Wirklichkeit Preußen in Deutschland vorangeht mit der Reaktion, mit der Bekämpfung der Freiheit, mit der Niederhaltung der Volksrechte. Den zweifelhaften Ruhm kann man Preußen vielleicht lassen, daß es einen erheblichen Konkurrenten hat an den beiden Mecklenburg (Heiterkeit), wo ebenfalls eine die Volksfreiheit bekämpfende Tätigkeit vorwaltet. Wenn aber die finstere Reaktion in Preußen einer freiheitlichen Politik Platz machen, wenn eine Aenderung der innerpolitischen Verhältnisse eintreten soll, dann ist es notwendig, daß das Volk sich seiner Macht bewußt wird. Ich brauche Sie nur zu erinnern an die Königsberger Schmach, um zu beweisen, daß die Vertreter der arbeitenden Klasse frei sind von aller reaktionären Schuld, die die herrschenden Klassen im preußischen Staate auf ihre Schultern geladen haben.

Zu dieser Arbeit sind Sie zusammengekommen, und diese Arbeit werden Sie erfüllen; ich bin überzeugt, daß der Parteivorstand sich nicht in seinen Hoffnungen getäuscht hat, daß auch dieser Parteitag ein Fortschritt sein wird auf dem Wege der Eroberung der bürgerlichen Gesellschaft. Mit diesem Wunsche erkläre ich den Parteitag der preußischen Sozialdemokratie für eröffnet und bitte Sie, sich zu konstituieren und Vorschläge für die Leitung der Verhandlungen zu machen. (Lebhafter Beifall.)

Auf Vorschlag von Rüger werden Singer und Schütz-Breslau durch Zuruf zu Vorsitzenden gewählt.

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Thiele-Halle gewählt: Erdmann-Köln, Adler-Kiel, Leopold-Zeitz, Voigt-Berlin, Wels-Prenzlau und Frau Schulz-Frankfurt a. M.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden auf Vorschlag von Hofmann-Bielefeld entsandt: Gewehr-Elberfeld, Storch-Stettin, Schrader-Hannover, Linde-Köln, Bender-Magdeburg und Frau Stock-Berlin.

Die auf den deutschen Parteitagen geltende Geschäftsordnung wird auch für diesen Parteitag mit der Aenderung angenommen, daß entsprechend der geringeren Zahl der Delegierten die Ziffern für die Unterstützung der einzelnen Anträge von 15 und 20 auf 10 und 15 herabgesetzt werden.

Als vorläufige Tagesordnung für die Beratungen des Parteitages wurde vom Parteivorstand festgesetzt:

1. Der Wohnungsgesetzentwurf. Berichterstatter H. Heimann.
2. Der Gesetzentwurf betreffend die Bestrafung wegen Annahme kontraktbrüchiger Arbeiter. Berichterstatter A. Stadthagen.
3. Der Schulgesetzentwurf beziehungsweise der Schulgesetzkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtage. Berichterstatter Dr. L. Arons.
4. Das Landtags-Wahlrecht. Berichterstatter G. Ledebour.

Ein am 22. Dezember eingegangener Antrag aus Heddernheim, die „Stadt- und Landgemeinde-Ordnung" auf die Tagesordnung zu setzen, wird debattelos abgelehnt.

Schrader-Hannover schlägt vor, die „Partei-Organisation in Preußen" als fünften Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Es könnte eingewendet werden, daß der nächste allgemeine Parteitag sich mit der Organisationsfrage befassen muß. Aber für Preußen muß die Frage doch gesondert beraten werden. Singer sprach von der preußischen Landesorganisation. Aber dies einheitliche Organ besitzen wir nicht. Die einzelnen Provinzial- und Agitationskomitees genügen nicht mehr und reichen nicht aus. Ein besserer Zusammenschluß ist notwendig; die preußische Sozialdemokratie muß sich als besondere Sektion in die große Organisation des Reiches einfügen. Nur so ist es möglich, in die Reaktionspolitik Preußens einzugreifen. Eine lebendige Bewegung können wir nur dann entfalten, wenn an der Spitze Preußens ein besonderer Landesausschuß steht. Der überlastete Parteivorstand kann sich um die preußischen Dinge nicht so eingehend kümmern. Vielleicht könnte jetzt gleich im Anschluß an diesen Vorschlag eine Kommission eingesetzt werden, die einen Organisationsentwurf vorbereitet, der, wenn er angenommen wird, provisorisch gilt, bis der allgemeine Parteitag bestimmte Normen für die Organisation gegeben hat. Vor allem müssen wir an die Spitze Preußens einen Landesausschuß stellen.

Pfannkuch: Was sich gegen den Antrag sagen läßt, hat der Antragsteller selber gesagt. Was er wünscht, läßt sich erreichen, ohne daß sein Antrag angenommen wird. Vom Kreise Niederbarnim liegt bereits der Antrag vor, daß der preußische Parteitag in regelmäßigen Intervallen wiederkehren soll. Dieser Antrag wird, falls er angenommen wird, erreichen, was Schrader will. Außerdem ist von den Veranstaltern dieses Parteitages ein ähnlicher Gedanke erörtert worden; auch soll neben dem Parteivorstande eine Instanz geschaffen werden, die selbständig die preußischen Parteitage einzuberufen hat. Es bedarf also des Schraderschen Antrages nicht; ich bitte ihn abzulehnen.

Der Antrag Schrader wird abgelehnt und die provisorische Tagesordnung unverändert angenommen.

Das internationale sozialistische Bureau in Brüssel sendet dem Parteitag ein Begrüßungsschreiben.

Die Arbeitszeit des Parteitages wird auf 9—1 und 3—7 Uhr festgesetzt.

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

1. Der Wohnungs-Gesetzentwurf.

Berichterstatter

Hugo Heimann:

Nach langen Vorbereitungen und Ankündigungen hat die preußische Regierung den Gesetzentwurf veröffentlicht, den sie Gesetzentwurf zur Verbesserung der Wohnungsbedingungen nennt. Für die 1 600 000 sozialdemokratischen Wähler Preußens, die das Dreiklassen-Wahlrecht vom direkten Einfluß auf die Gesetzgebung ausschließt, ist der prinzipielle Standpunkt zu ihm gegeben. Ich brauche ihn an dieser Stelle so wenig zu erörtern wie die Gründe der Wohnungsnot, ich brauche auch keine Schilderung ihres erschreckend großen Umfanges zu geben. Wir müssen gegenüber allen Plänen, in der bürgerlichen Gesellschaft die Wohnungsnot zu beseitigen, besondere Vorsicht walten lassen. Denn gerade die Wohnungsfrage ist seit jeher der Tummelplatz sozialpolitischer Reformen aller Art. So fand vom 16. bis 19. Oktober in Frankfurt a. M. der erste allgemeine deutsche Wohnungskongreß statt. Sein komplettes Fiasko bezeugt das Urteil Prof. Brentanos, daß es der bürgerlichen Wissenschaft nicht gelungen sei, die Klassengegensätze zu überwinden, bezeugt ebenso der Jubelruf der Hausbesitzer, deren Urteil der bekannte Baumeister Hartwig dahin zusammenfassen konnte, daß der Grund der Wohnungsnot die mangelnde sittliche Qualifikation vieler Mieter sei, die Lust an Spiel und Weibern hätten und ihr Geld in die Streikkasse abführten. (Hört! hört!) Und der Referent, Professor Pohle, negierte jede Wohnungsreform, als er schrieb, das Anwachsen der Bodenrente sei keine ungerechte Erscheinung, müsse als notwendige und gegebene Tatsache hingenommen werden. So wenig wie dieser Kongreß hat der preußische Städtetag neue Wege zur Verbesserung des Wohnungswesens gewiesen. Nun müssen wir scharf unterscheiden zwischen akuter Wohnungsnot, der Mangel an Wohnungen auch für zahlungsfähige Mieter, und chronischer, der darin besteht, daß die Wohnungen für die unbemittelte Bevölkerung vollkommen unzulänglich und im Verhältnis zu ihrem Einkommen viel zu teuer sind. Diesen Uebelständen wirkt der Entwurf nur sehr schwach entgegen. Weder die Aenderung der Baufluchtlinien-Festsetzung noch einige Steuererlässe für die Häuser mit kleinen Wohnungen werden mehr als eine Farce sein. Auch die Baugenossenschaften werden in absehbarer Zeit gegen das Privatkapital nicht aufkommen können; aber für die bestgestellten Arbeiter leisten sie Nützliches, und insoweit hat ihre materielle und ideelle Unterstützung keine Bedenken.

In gewissen bürgerlichen Kreisen scheint man zu glauben, daß alles Freude und Wonne sein würde, wenn es nur gelingt, den Baugenossenschaften billige Hypothekengelder zu beschaffen. Wohl aus solchen Erwägungen heraus machte vor wenigen Monaten der bekannte Dr. Freund, der erste Vorsitzende der Berliner Versicherungsanstalt, den Vorschlag, es sollte durch Gesetz den Versicherungsanstalten das Recht gegeben werden, neben den bisherigen Beiträgen Zwangsbeiträge von allen unter das Invalidengesetz fallenden Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erheben. Diese neuen Zwangsbeiträge sollten zur Bildung eines Garantiefonds verwendet werden und aus diesem Garantiefonds die Baugenossenschaften Hypothekengelder garantiert erhalten. Bedenken Sie, die Millionen versicherungspflichtiger Arbeiter sollen zwangsweise besteuert werden, damit die geringe Zahl derjenigen, die in Baugenossenschaften zusammengeschlossen sind, billigeres Hypothekengeld erhalten. Herr Dr. Freund will aber nicht etwa nur Baugenossenschaften solche Wohltaten zuteil werden lassen, sondern sein Ehrgeiz geht weiter. Er will ganz nach dem Muster des preußischen Entwurfs Arbeitgebern ja unter gewissen Voraussetzungen privaten Unternehmern aus seinem Garantiefonds die Hypotheken garantieren. Den Arbeitern zwangsweise Geld abnehmen, damit Arbeitgeber und private Unternehmer billige Hypothekengelder erhalten, das ist doch ein Vorschlag, dem energisch entgegenzutreten die Arbeiter alle Veranlassung haben.

Sieht man von der Form der Unterstützung ab, die den Baugenossenschaften durch die Versicherungsanstalten etwa zugeführt werden, so werden bei allen übrigen Arten der Unterstützung mittelbar oder unmittelbar die Gemeinden mitzuwirken haben. Treten die Gemeinden aber in Aktion, so ist es unendlich wirkungsvoller, wenn sie nicht erst auf dem Umwege über die Baugenossenschaften, sondern ganz direkt und unmittelbar durch Herstellung von Häusern mit gesunden kleinen Wohnungen und Vermietung derselben zu dem Selbstkostenpreise in die Regelung der Wohnungsfrage eingreifen. Die Gemeinden laufen durch solches Vorgehen keinerlei Risiko. In den Mieten für die Kommunalwohnungen, wenn ich mich so ausdrücken kann, sollen ja nach unseren Forderungen nicht nur die Herstellungskosten, sondern auch angemessene Amortisationsquoten eingesetzt sein. Und da diese Häuser immer besetzt sein werden, weil die Wohnungen billiger und besser sind als die durch Privatkapital hergestellten, so werden die Gemeinden wegen der Beschaffung der notwendigen Gelder kaum je in Verlegenheit geraten. Sollte der Fall aber eintreten, daß in einer Gemeinde durch irgend welche Umstände vielleicht große Fabrikanlagen errichtet werden und dadurch ein Bevölkerungszufluß entsteht, dem die Gemeinde weder materiell noch intellektuell gewachsen ist, so müßten in dem Reichs-Wohnungsgesetz, das wir fordern, Bestimmungen vorgesehen sein, daß solche Gemeinden mit den benachbarten zu Zweckverbänden zusammengeschlossen werden können. Diese Zweckverbände müssen, wenn auch sie noch nicht genügend leistungsfähig sind, die benötigten Gelder durch den Staat vorgeschossen erhalten.

Artikel 2 bestimmt, daß durch die Bauordnungen insbesondere die Abstufung der baulichen Ausnutzbarkeit der Grundstücke nach Ortsteilen, Straßen und Plätzen geregelt werden kann, und es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß das Kapitel der Bauordnung ein sehr wichtiges für die Wohnungsfrage ist. In jeder vernünftigen Bauordnung dürfte nur die Rücksicht auf das Wohl der zukünftigen Bewohner der zu errichtenden Baulichkeiten maßgebend sein. Bei uns sind aber die Rücksichten auf die Grundstücksbesitzer entscheidend. Es ist klar, daß der Preis eines Grundstücks erheblich beeinflußt wird durch die Art, wie es überbaut werden kann. Jede Beschränkung gibt den zukünftigen Bewohnern mehr Luft und Licht und senkt gleichzeitig die Preise für den Grund und Boden. Heute wo bei uns in allen großen und größeren Städten der Grund und Boden bis meilenweit ins Land hinein sich in Händen von Spekulanten und Terraingesellschaften befindet, wird ein solcher planmäßiger Ausbau der Städte ohne scharfen Eingriff in die Rechte der Grundstücksbesitzer nicht möglich sein. Ein solcher Eingriff wäre aber selbst vom Standpunkt des heutigen kapitalistischen Staats durchaus unbedenklich. Ob nun die verschwindende Zahl von Grundstücksspekulanten und Besitzern von Aktien der Terraingesellschaften ihr investiertes Kapital etwas höher oder niedriger verzinsen oder ob sie selbst Geld verlieren, das ist für das Nationalvermögen ganz gleichgültig und verschwindet vollkommen hinter der ungeheuren Wichtigkeit der Tatsache, ob die Millionen der künftigen Mieter dieser Gelände besser und billiger wohnen. Bauordnungen sind nicht für die Ewigkeit gegeben. Werden sie eingeschränkt, fällt dadurch der Preis des Grund und Bodens, so passiert den Grundstücksspekulanten eben nur das, was allen anderen Spekulanten zustößt, d. h. sie müssen mit wechselnden Konjunkturen rechnen, während bisher fast ausnahmslos ein Steigen der Bodenpreise stattgefunden hat. Wie die verschiedenen Bauordnungen die Preise des Landes beeinflussen, dafür möchte ich Ihnen ein Beispiel geben. Im Jahre 1892 wurde durch den Landrat Stubenrauch die sogenannte Teltower Bauordnung erlassen, durch welche einige Baubeschränkungen für die westlichen Vororte Berlins vorgesehen wurden. Die Aktien der betreffenden Terraingesellschaften fielen sofort um 16—37 Proz. Die Wut dieser Kreise gegen einen solchen Einbruch in ihre „wohlerworbenen" Rechte war natürlich groß. Ein erbitterter Kampf gegen die Bauordnung wurde eingeleitet mit dem Erfolge, daß die kgl. Regierung zu Potsdam unter Aufopferung jener ersten eine neue Verordnung erließ, die mit dem Tage der Veröffentlichung, dem 1. Mai 1903, in Kraft trat. An der Börse war man von diesem Siege schon vorher unterrichtet und hatte die kommenden Gewinne rechtzeitig eskomptiert. Binnen einem Vierteljahr stiegen die Aktien der betreffenden Gesellschaften um 9 Millionen Mark, ein um so riesigerer Betrag, wenn man bedenkt, daß das nominelle Aktienkapital aller in Betracht kommenden Gesellschaften nur 30 Millionen beträgt. Mit solchem Verhalten der preußischen Regierung stimmt ihr Vorgehen überein, sobald der Fiskus selbst als Grundstücksbesitzer auftritt. Kein privater Grundstücksspekulant kann sich einen Pfifferling weniger um Allgemeininteressen kümmern als der preußische Staat, wenn er Terrains zu verkaufen hat.

Eine weitere Voraussetzung für eine solche Ausgestaltung ist, daß das Gebiet unserer Großstädte über ihre ganze natürliche Wachstumssphäre erweitert wird. Die Eingemeindung der Vororte, die Angliederung an ihr wirtschaftliches Zentrum darf von Aufsichts wegen nicht gehindert, sondern muß auch gegen Widerstreben der Gemeinden durchgeführt werden. Dann wird es nicht passieren können, wie es jetzt vielfach geschieht, daß einzelne Vororte durch ihre Spezial-Bebauungspläne nur reiche Leute zulassen und ihre Steuern niedrig zu halten vermögen, während die betreffenden Einwohner ihr Vermögen im Verkehrszentrum erarbeiten lassen.

Artikel 3 spricht davon, daß Häuser mit kleinen Wohnungen bei der Festsetzung von Gebühren für Kanalisation, Wasserversorgung und dergleichen bevorzugt werden sollen. Als ein Mittel zur Linderung der Wohnungsnot kommt das gar nicht in Betracht. Kein Besitzer von Arbeiterwohnhäusern wird, weil er nun etwas weniger Steuern zu zahlen hat, die Mieten herabsetzen, sondern er wird sehr vergnügt den ersparten Betrag in die Tasche stecken und beim Verkauf die Ersparnis kapitalisiert auf die Preise schlagen.

Wende ich mich nun zu den Artikeln, die den Erlaß von Wohnungsordnungen und die Schaffung von Wohnungsämtern

regeln, so springen zunächst die Tatsachen ins Auge, daß Wohnungsordnungen nur im Wege der Polizeiverordnung und nur für Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zu erlassen sind, und daß die Kontrolle durch die Wohnungsämter nur in Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern zu erfolgen hat. Diese letzteren Bestimmungen bedeuten von vornherein eine Kapitulation vor den Junkern. In einem Entwurf, der einem anderen als einem Dreiklassen-Parlament vorgelegt würde, wären solche Bestimmungen einfach unmöglich. Aber freilich, der ganze Entwurf ist ja von dem Bestreben durchzogen, überhaupt nur geringfügige Verbesserungen der Wohnungsverhältnisse zu bewirken, damit nicht durch den großen Unterschied der Wohnverhältnisse in den Städten und auf dem Lande die Landflucht des ländlichen Proletariats noch befördert werden könnte. In der Begründung heißt es ausdrücklich:

„Mit Rücksicht auf all diese Verhältnisse, die für die ländlichen Gemeinden und die vorwiegend Landwirtschaft betreibenden Teile des Staatsgebiets vielfach schwerwiegende Nachteile im Gefolge gehabt haben, bedarf die Frage einer sorgfältigen Prüfung, ob von einem auf die Beseitigung der vorhandenen Wohnungsmißstände gerichteten Vorgehen ein unerwünschter Einfluß auf die Vermehrung des Zuzugs der ländlichen Bevölkerung nach den Städten und Industriezweigen zu erwarten ist."

Das ist also das Fazit!

Aus diesem Geist heraus sind auch die an die Wohnungen zu stellenden Mindestanforderungen entstanden. Wie gänzlich unzulänglich sie sind, kann ich Ihnen mit den Worten eines amtierenden preußischen Ministers nachweisen. Die Vorschriften sind genau nachgebildet der Polizeiverordnung, die der jetzige Finanzminister Rheinbaben als Regierungspräsident für Düsseldorf erlassen hat. Als nun die Anstellung eines Wohnungsinspektors für Düsseldorf im Abgeordnetenhaus zur Beratung stand, führte Rheinbaben am 12. Februar 1902 u. a. aus:

„In Düsseldorf besteht seit einer Reihe von Jahren eine Polizeiverordnung, die gewisse Mindestanforderungen für Wohnungen aufstellt. Ich betone das Wort Mindestanforderungen, es sind in der Tat überaus bescheidene Anforderungen. Beispielsweise wird pro Kopf nur ein Rauminhalt von 10 Kubikmeter Luft verlangt. Man hatte mit vollster Absicht sich mit der geringsten Forderung begnügt."

Die Baugenossenschaften nehmen als Mindestbodenfläche für die kleinsten Kammern 12 Quadratmeter an; als Mindestluftraum wird von Rubner und Nowack 20, von Bär 22, von Erismann 24, von Steven 30 Kubikmeter verlangt. Die preußische Regierung aber begnügt sich mit 10 Kubikmeter Luftraum und 4 Quadratmeter Bodenfläche.

Es fehlt in dem Entwurf dann ferner, daß eine Anzeigepflicht für den Wohnungswechsel statuiert wird, damit der bauliche Zustand der Wohnungen kontrolliert und festgestellt werden kann, ob der kubische Inhalt der Wohnungen für die neu Hereinziehenden auch genügt. Von den Fenstern spricht der Entwurf überhaupt nicht und doch ist die Größe und Lage des Fensters von ausschlaggebender Wichtigkeit für die Gesundheit und Lüftbarkeit eines Zimmers. In den Bestimmungen für die Aufnahme von Schlafgängern fehlt die Vorschrift, daß jeder Schlafgänger ein eigenes Bett, ein eigenes Waschgefäß und Handtuch haben soll. Zahlreiche preußische Polizeiverordnungen enthalten derartige Feststellungen, in dem Entwurf fehlen sie gänzlich. Kellerwohnungen müßten überhaupt verboten werden. Alle Vorschriften des Entwurfs beziehen sich nur auf Mietshäuser, sie müßten aber durchaus auch auf die eigenen Häuser ausgedehnt werden. Die Bestimmung, daß die Gemeinden berechtigt sind, über die gesetzlichen Mindest-Anforderungen hinauszugehen, sind wertlos. Die Gemeinden, in denen das bei uns heute herrschende Regime derartiges tun wird, wird man an den zehn Fingern abzählen können. Daß alle Bestimmungen durch Ausnahmen; die alle in Betracht kommenden Behörden zu gewähren imstande sind, durchlöchert werden können, erwähnte ich bereits. An der Unterbringung der Arbeiter geht der Entwurf, wie gar nicht anders zu erwarten, achtlos vorbei. Es wird lediglich bestimmt, durch Polizeiverordnungen, durch welche die Unterbringung von Arbeitern geregelt wird, müssen Mindestforderungen hinsichtlich der Beschaffenheit, Einrichtung, Ausstattung usw. festgesetzt werden.

Geringfügig wie diese positiven Bestimmungen des Entwurfes sind, sie haben genügt, um eine wahre Empörung unter den Hausbesitzervereinen hervorzurufen. Kein zbeliebiger Hausagrarier, sondern der Stadtverordnete Justizrat Dr. Baumert, der Vorsitzende des preußischen Landesverbandes der städtischen Haus- und Grundbesitzervereine, hat eine Kritik des Entwurfes veröffentlicht, in der er sich unter anderem gegen die Bestimmung des Entwurfes, daß jede Wohnung einen eigenen Abort haben müsse, mit folgenden Worten wendet:

„Solle nicht vielleicht gerade die gemeinsame Benutzung des Aborts erzieherisch auf die Friedfertigkeit wirken? (Lachen.) Gerade die Begründung betont so schön das erzieherische Moment und nimmt dieses für den Entwurf in Anspruch."

Die Bestimmung des Entwurfs, daß Personen über 14 Jahren getrennt nach Geschlechtern schlafen, wird wie folgt bekämpft:

„Der Versuchung zu Unsittlichkeiten Widerstand leisten, kann nur ein Mensch, der von Jugend auf mit dem anderen Geschlechte frei zu verkehren gelernt hat, der dies täglich geübt hat. Jede Trennung der Jugend nach Geschlechtern schädigt überall den Familiensinn und fördert die Sittlichkeit nicht, sondern schädigt sie sogar. (Gelächter.) Warum also stellt der Gesetzgeber solche Forderungen?"

Dabei haben die Wohnungsämter und Wohnungsinspektionen gar keine eigenen Machtbefugnisse. Läßt sich durch Rat, Belehrung oder Mahnung Abhülfe nicht schaffen, so haben sie sich an die Polizei zu wenden, damit diese das weitere veranlaßt. So wird bedauerlicherweise das ganze Wohnungsamt zu einem der Polizei untergeordneten Organ herabgedrückt. Auch die Polizei wird, das kann man heute schon mit Bestimmtheit sagen, Zwangsmaßregeln nur in den seltensten Fällen anwenden. Zu dieser tatsächlichen Unmöglichkeit, die Bestimmungen des Entwurfs scharf zu handhaben, kommt überdies die Neigung unserer staatlichen Bureaukratie, die besitzenden Klassen nicht scharf anzufassen. Von den Ausnahmebestimmungen des Entwurfs wird daher sicherlich der ausgiebigste Gebrauch durch die staatlichen Organe gemacht werden.

Aus meinen Darlegungen werden Sie ersehen haben, daß diejenigen Maßnahmen, mit deren Grundgedanken, wenn auch nicht mit deren Ausführung wir uns einverstanden erklären können, eine Einschränkung der Rechte der Selbstverwaltung und eine Erweiterung der Machtbefugnisse der staatlichen Organe bilden. Diese nicht wegzuleugnende Tatsache hat ja zahlreichen Gemeinden, Berlin voran, Gelegenheit gegeben, gegen den Entwurf als Beeinträchtigung der Rechte der Selbstverwaltung zu protestieren und man hat uns gesagt, ihr, die ihr doch stets für völlige Selbstverwaltung der Gemeinden einzutreten vorgebt, ihr müßt hier mit uns an einem Strange ziehen. Nun wir dürfen uns durch solche Gründe nicht einfangen lassen. Die angebliche Hochhaltung der Rechte der Selbstverwaltung, das ist die Maske, hinter der kämpfend man das Gesetz, dessen ganze Richtung den Herren nicht paßt, zu Fall bringen möchte. Wir haben gewiß keine Veranlassung, der preußischen Bureaukratie freundlich und vertrauend gegenüberzustehen. Weit größer aber ist auf dem Gebiete des Wohnungswesens unser Mißtrauen gegen die Interessenten, die in den Gemeindeverwaltungen die Majorität bilden. Gehen wir in der Verwerfung des Entwurfs Hand in Hand mit den Hausagrariern, den rückständigsten Schichten im Bürgertum, den schlimmsten Feinden des Proletariats, so ist es doppelt nötig, eine scharfe Scheidewand zwischen jenen und uns aufzurichten. Wir sind gegen den Entwurf, weil er uns nicht genügt. Nicht in dem, was er bringt, weniger noch in dem, was er nicht bringt. Für uns ist das einzig Erfreuliche an der geplanten gesetzgeberischen Aktion, daß nunmehr auch die preußische Regierung die himmelschreienden Zustände auf dem Wohnungsgebiete und die Tatsache zugibt, daß sie selber von der freiwilligen Betätigung der preußischen Kommunen in ihrer jetzigen Zusammensetzung nichts mehr erwartet und erhofft. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Motive das Mißtrauen gegen die Hausbesitzermajoritäten in den Kommunen. Wenn ich aber traurige Zustände verbessern muß, wenn ich dazu als Organe die Gemeindevertretungen gebrauche, so muß ich zunächst mal als ersten Schritt diese Zusammensetzung der Gemeindevertretungen von Grund aus ändern. Die preußische Regierung aber handelt ganz anders. Fragen wir, warum sie das tut, so liegt die Antwort auf der Hand. Die Furcht vor der Sozialdemokratie beherrscht das ganze Denken und Handeln der Regierung. Wollte die preußische Regierung der Wohnungsmisere wirklich ernstlich zu Leibe gehen, so müßte sie der verhaßten und gefürchteten Sozialdemokratie die Tore zu den Gemeindevertretungen weit öffnen. Ehe sie sich aber zu einem solchen Schritte entschließt, lieber läßt die Regierung Wohnungsnot Wohnungsnot bleiben. Und wie die Regierungen nun weiter nichts sind wie das getreue Spiegelbild der herrschenden Klassen, als deren ausführendes Organ sie zu fungieren haben, so ist es vollkommen ausgeschlossen, daß etwa durch die Beratungen im Landtag der Entwurf eine für uns annehmbarere Gestalt erhalten könnte. Der preußische Landtag, der neulich im Reichstage mit Recht als eine politische Freibank bezeichnet worden ist, in der die schlimmsten volksfeindlichen und volksverderblichen Pläne und Maßnahmen zusammengebraut werden, der preußische Landtag wird gar nicht daran denken, seinen Willen für die vernünftigere Ausgestaltung des Entwurfs einzusetzen. Im Gegenteil, zwar hat die Regierung, die mit unserem Junkertum hundertfach versippt und verschwägert ist, schon durch die Bestimmung, daß Wohnungsordnungen nur in Ortschaften mit mehr als 10 000 Einwohnern erlassen werden sollen, dafür gesorgt, daß in den Herrschaftsgebieten der Junker alles hübsch beim alten bleibt, daß also den Junkern im Herrenhaus und Abgeordnetenhaus kein Schaden geschieht; allein ein Wohnungsgesetz bedeutet im Prinzip doch wenigstens eine Einschränkung der bisherigen Ausbeutungsfreiheit, und solches Beginnen ist den wohledlen Herren dort ein Dorn im Auge. Von der preußischen Regierung und dem preußischen Dreiklassen-Parlament, das als Zerrbild einer freiheitlichen Volksvertretung nur kapitalistischen Interessen fröhnt, sind also keine Maßnahmen zur Linderung des Wohnungselends der Massenbevölkerung zu erwarten.

Wir, wir alle, die wir hier in diesem Saale vereint sind, stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß eine Gesundung der Wohnverhältnisse, daß die Beschaffung von guten und gesunden Wohnungen für die Massen sich erst wird erreichen lassen, wenn der Grund und Boden von allen kapitalistischen Interessen losgelöst ist und sich im Gemeinbesitz der Gesellschaft befindet. Wir sind bereit, nach Kräften zu einer Linderung der heutigen Wohnungsnot mitzuwirken, nur können wir uns niemals dazu hergeben, uns mit gesetzgeberischen Aktionen abspeisen zu lassen und etwas zufrieden zu geben, die den Anschein erwecken sollen, daß geschieht, während sie in Wirklichkeit nach ihrer ganzen Anlage zu vollkommener Unfruchtbarkeit verurteilt sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir müssen daher unter Verwerfung des preußischen Entwurfes fordern, daß die Wohnungsgesetzgebung durch das Reich durchgeführt wird, und daß auf diese Weise das Proletariat Gelegenheit erhält, an der Beratung eines solchen Gesetzes durch seine Vertreter entscheidend mitzuwirken.

Ein solches umfassendes Wohnungsgesetz müßte neben der Regelung zahlreicher Detailfragen insbesondere enthalten Bestimmungen über die Wohnungsordnungen, die die einzelnen Gemeinden im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für ihre Bezirke zu erlassen haben, sowie Vorschriften für die Errichtung, Zusammensetzung und den Geschäftskreis des Reichs-Wohnungsamts und der in den einzelnen Gemeinden zu errichtenden Wohnungsämter. Diese kommunalen Wohnungsämter hätten in ihren Bezirken die Wohnungsinspektion durchzuführen und müßten natürlich mit der nötigen Machtbefugnis ausgerüstet sein, ihren Anordnungen Geltung zu verschaffen. Sie müßten ferner beauftragt werden, alle das große und weite Gebiet des Wohnungswesens und des Wohnungsmarktes betreffenden Ziffern und Daten in ihren Bezirken zu sammeln, festzustellen und zu sichten, die Ergebnisse zu publizieren und an das Reichs-Wohnungsamt zu berichten. Ich bin überzeugt, diese Berichte würden das vorhandene Wohnungselend in seiner ganzen Größe aufhellen und uns eine wahre Fundgrube für die Agitation sein. Neben dem hygienischen Nutzen, neben dem Vorteil der Klarstellung der tatsächlichen Verhältnisse wird eine energische Wohnungsinspektion auch eine preissenkende Wirkung ausüben. Je größer die Möglichkeit ist, in eine kleine Wohnung eine große Zahl von Personen hineinzupressen, desto höher werden die Mieten. In dem Gutachten, das Oberbürgermeister Zweigert an den Verein für Sozialpolitik erstattet hat, heißt es wörtlich: „Lassen wir Ueberfüllung der Wohnungen zu, so steigern wir die Mietspreise, verhindern wir dieselbe aus hygienischen Gründen, so wird die Folge eine Herabsetzung der Mietspreise sein."

Sodann müßte in einem solchen Reichs-Wohnungsgesetz vor allem auch das Enteignungsrecht der Gemeinden neu geregelt werden.

Daß von dem preußischen Landtag, dessen Hauptbestreben es ist, alte vermoderte feudale Einrichtungen herüberzuretten und zu konservieren, durchgreifende Aenderungen des Enteignungsrechts nicht zu erwarten sind, das hat das Schicksal der schüchternen Versuche ja gezeigt, die Adickes gemacht hat. Ohne durchgreifende Aenderung des bestehenden Rechts ist aber ein wirkungsvolles Wohnungsgesetz gar nicht denkbar. Wir müssen daher verlangen, daß das erweiterte Enteignungsgesetz einen Teil des Reichs-Wohnungsgesetzes bildet.

Das beste Reichs-Wohnungsgesetz wird aber ein mit schönen Thesen bedecktes Stück Papier bleiben, wenn es nicht Leben erhält durch sinn- und zweckentsprechende Anwendung seiner Bestimmungen durch die Organe, die mit seiner Durchführung betraut sind. Diese Organe sind vor allem die einzelnen Gemeindevertretungen. Von unseren preußischen Gemeindeverwaltungen in ihrer jetzigen Zusammensetzung erwartet aber, wie wir gesehen haben, selbst die Regierung nichts mehr. Zu einer wirksamen Wohnungsfürsorge werden sie sich niemals verstehen. Erst in demokratischen Gemeinwesen wird man anfangen, dem Wohnungsproblem ernstlich zu Leibe zu gehen.

Bei uns widersetzt sich das Hausagrariertum in den Gemeindevertretungen jeder Reform, verstößt gegen die materiellen Interessen der Hausbesitzer und diese sind ja in der Lage, solche sie schädigenden Beschlüsse nicht durchzulassen. Die Zusammensetzung der Gemeindevertretung auf der Grundlage des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts und völlige Selbstverwaltung der Gemeinden sind also die Voraussetzungen für wirksame Durchführung von Wohnungsreformen im Rahmen der heutigen Wirtschaftsordnung. Der Kampf für die Umgestaltung der Gemeindeverfassungen auf breitester demokratischer Grundlage sowie für die Befreiung der Kommunen aus den Fesseln der engsten staatlichen Bevormundung schließt aber notgedrungen den Kampf gegen das verrottete, elende Klassenwahlrecht zum preußischen Landtag in sich, denn das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Sind diese Voraussetzungen gegeben, so werden lokale demokratische Gemeinwesen in der Lage sein, Mittel gegen die Wohnungsnot in ihren Bezirken zu ergreifen. Hier kommt zunächst die Erhaltung und Vermehrung des gemeindlichen Grundbesitzes in Betracht. Sozialistische Gemeindevertreter sollten, außer in solchen Fällen, in denen es sich um Baumasken und dergleichen handelt, der Veräußerung von Gemeindeterrain stets aufs schroffste entgegentreten. Selbst wenn ein Preis erzielt wird, der für den Augenblick hoch erscheint, wird die Gemeinde stets geschädigt sein, weil binnen wenigen Jahren der heutige Preis überholt und der Spekulation durch den Verkauf neue Nahrung zugeführt ist.

Die Verwertung von Gelände, das für eigene Zwecke der Gemeinde zunächst nicht zu gebrauchen ist, hat natürlich im Wege der Verpachtung oder des Erbbaurechts mit kurzen Veranlagungsperioden zu geschehen, so daß steigende Grundrente der Gemeinde zufließt.

In welch engen Beziehungen die zweite Forderung der Errichtung von Häusern mit gesunden kleinen Wohnungen durch die Gemeinden mit der Wohnungsinspektion steht, habe ich wiederholt schon hervorgehoben. Geht mit der Wohnungsinspektion nicht die Errichtung solcher Häuser durch die Gemeinden Hand in Hand, so wird die Wohnungsinspektion nichts ausrichten können und sie wird um so wirkungsloser bleiben, je schlimmer die vorhandenen Zustände sind. Es wird stets heißen, es ist doch besser, daß die Leute irgendwie und irgendwo wohnen, als daß wir sie obdachlos machen und nicht unterbringen können. Die Erstellung solcher Häuser wird nur durch die Gemeinden in dem Umfange möglich sein, der dem Bedürfnis entspricht.

Was die kommunalen Steuern betrifft, so habe ich in die Resolution nur die Forderung nach Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden aufgenommen. Der Besteuerung nach dem gemeinen Wert des Grund und Bodens können wir überall zustimmen, weil sie von allen in Geltung befindlichen Steuerarten die Lasten am gerechtesten verteilt. Nur kann ich ihr für die Besserung der Wohnungsverhältnisse aus den vorhin angeführten Gründen keine Bedeutung zusprechen und insofern gehört sie nicht hierher. Auch die von manchen Seiten empfohlene Bauplatzsteuer vermag ich als Mittel zur Linderung der Wohnungsnot nicht anzuerkennen. In dem einen oder anderen Falle wird es vielleicht erreicht werden, daß kapitalschwache Besitzer sich ihrer Bauplätze zu entledigen wünschen, um der Zahlung der Steuer zu entgehen. Die Grundstücke werden zu diesem Zweck aber nicht bebaut, sondern veräußert werden, und sie werden vorzugsweise aufgekauft werden durch die großen Terrain-Gesellschaften, in deren Händen sich ja leider das meiste Land rings um die Städte befindet. Diese Terrain-Gesellschaften aber schreiben alljährlich 1 000 000 Mark von ihrem Gelände als Zinsverlust des investierten Kapitals zu und gegen diese Beträge fallen die minimalen Summen, die sie für die Bauplatzsteuer zu zahlen haben, gar nicht ins Gewicht. Ich komme auf die Frage der Ueberwälzung der Steuern vom Grundbesitz. Die Frage ist eine äußerst verwickelte und noch offene. Im allgemeinen wird man, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, sagen können, daß in Zeiten günstiger Konjunktur und in Ortschaften mit wachsender Bevölkerungsziffer die Wirte meist in der Lage sein werden, alle Steuern auf die Mieter abzuwälzen, sofern die Gemeinden nicht in ausreichender Zahl selbst Wohnungen erbaut haben, was bisher noch nirgends der Fall gewesen ist. Je starrer und gleichförmiger und unabhängiger von den jeweiligen Ertrags- und Wertverhältnissen überdies eine Steuer ist, umso eher wird sie den Charakter einer Reallast annehmen, jedesmal im Preise des Grundstücks zum Ausdruck kommen und also mietssteigernd wirken.

Am wenigsten groß scheint mir die Gefahr der Ueberwälzung bei der Wertzuwachs-Steuer zu sein, die erhoben wird, wenn bei Verkauf der Wertzuwachs zu tage tritt, welchen der Besitzer über seine etwaigen Aufwendungen zur Werterhöhung des Grundbesitzes erzielt. Auch liegt diese Steuer ganz im Rahmen des Kampfes, den wir gegen die so unverdienten und unerhörten Gewinne der Grundstückspekulanten führen. Selbstverständlich muß auch mit einer solchen Steuer der Eigenbau von Häusern durch die Gemeinden Hand in Hand gehen. Die Steuersätze müßten progressiv steigen, je nach der Größe des Wertzuwachses und der Länge des Zeitraumes, in welchem dieser Wertzuwachs erzielt ist.

Es ist nun klar, daß zwischen den betreffenden Besitzern und den Veranlagungsbehörden stets eine ganz verschiedene Auffassung darüber herrschen wird, ob der Wertzuwachs im Sinne des Besitzers verdient, das heißt durch etwaige eigene Aufwendungen entstanden oder ob er nur infolge der Thätigkeit des Gemeinwesens erwachsen, also unverdient ist. Wohl um diesen Schwierigkeiten zu entgehen, hat man in Frankfurt a. M., wo anfangs d. J. eine Wertzuwachs-Steuer beschlossen worden ist, zu dem Aushülfsmittel gegriffen, falls seit dem letzten Besitzwechsel bei bebauten Grundstücken 20 Jahre und mehr, bei unbebauten 10 Jahre und mehr verflossen sind, nur Zuschläge zu der Umsatzsteuer zu erheben, die zwischen 1—6 Proz. schwanken. Liegt dagegen der Eigentumswechsel kürzere Zeit zurück, so werden von dem eigentlichen Wertzuwachs Steuern erhoben, die von 5 auf 20 Proz. steigen. Andere gesetzgeberische Versuche, die man mit der Einführung dieser Steuern in Baden, Sachsen und Bayern jüngst gemacht hat, sind über die Anfangsstadien noch nicht hinausgekommen.

Die letzte der von mir in der Resolution aufgestellten Forderungen, Uebernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie und planmäßige Aufschließung des Gemeindegebiets kann ich auch mit kurzen Worten abtun. Das Verlangen nach Uebernahme der Verkehrsmittel in eigene Regie der Gemeinden ist eine für jeden Sozialdemokraten selbstverständliche Forderung. In die Wohnungsfrage schlägt diese Forderung ein, weil die von uns zu fordernde abgestufte Zonen-Bauordnung den unbemittelten Klassen statt Schaden nur dann Vorteil bringen kann, wenn seitens der Gemeinden für schnelle, ausreichende und billige Verbindung mit dem Zentrum und den übrigen Teilen der Stadt gesorgt ist. Diese Ziele sind aber nur zu erreichen, wenn die Gemeinden rechtzeitig vor der Schaffung neuer Verkehrslinien durch Kauf oder Enteignung sich in den Besitz des aufzuschließenden Grund und Bodens gesetzt haben, mindestens aber soviel davon in der Hand halten, um in der Lage zu sein, maßgebend auf die Preisbildung desselben einzuwirken. Täte sie das nicht, würde sie unabhängig von allen anderen Maßnahmen nur neue Verkehrslinien schaffen, so würden die künftigen Bewohner der Gegend den Schaden, den Vorteil aber die Terrainbesitzer haben, deren Gelände durch die Schaffung der neuen Verkehrswege sofort im Preise steigt.

So sehen wir denn, wo wir auch anpacken, daß die vorgeschlagenen Mittel nur wirken können, wenn sie zusammen, einheitlich, planmäßig und mit starker Hand durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Die Resolution, die der Referent vorschlägt, lautet:

Die kapitalistische Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft schafft auf dem Gebiete des Wohnungswesens Zustände, die für die breiten Volksmassen in Stadt und Land die schwersten Schädigungen in gesundheitlicher, sittlicher und materieller Hinsicht herbeiführen.

Das Privateigentum an Grund und Boden mit seinen monopolistischen Wirkungen hat namentlich in den Städten die Rente aus Grund- und Hausbesitz maßlos in die Höhe getrieben und dadurch bewirkt, daß die Arbeiterklasse den vierten bis dritten Teil ihres Einkommens für die Wohnungsmiete ausgeben muß.

Die unerschwinglich hohen Mieten zwingen entweder zur Aufnahme von Aftermietern und Schlafgängern in die Familienwohnungen, wodurch eine mit schweren gesundheitlichen und sittlichen Uebelständen verbundene Ueberfüllung der Wohnungen herbeigeführt wird, oder es werden Räume für Wohnzwecke benutzt, die zur Behausung von Menschen ungeeignet sind.

Um eine durchgreifende Aenderung dieser Verhältnisse zu bewirken, bedarf es der Loslösung des Grund und Bodens von allen kapitalistischen Interessen, da diese einzig und allein auf Auswucherung des Grund und Bodens und möglichste Steigerung der Grundrente abzielen.

Erst auf dem im Allgemeinbesitz befindlichen, nicht dem Kapitalismus dienstbaren Grund und Boden können gesunde zweckentsprechende Wohnungsverhältnisse für die Arbeiterklasse geschaffen werden.

Die bürgerliche Gesellschaft ist weder gewillt, noch — wie die bisher gemachten Wohnungsreform-Vorschläge beweisen — befähigt, der infolge der kapitalistischen Ausbeutung entstandenen Wohnungsnot der Arbeiterklasse durchgreifend entgegenzutreten.

Auch der von der preußischen Regierung veröffentlichte Wohnungs-Gesetzentwurf ist völlig ungenügend, den schweren auf dem Gebiete des Wohnungswesens vorhandenen Mißständen ernstlich zu begegnen.

Durch die Beibehaltung des Geldsackwahlrechts für Staat und Gemeinde, durch die Fortdauer der besonderen Bevorrechtung der Hausbesitzer bei den Gemeindewahlen erstickt der Entwurf jede gesunde und wirksame Wohnungsreform im Keime.

Von der alle kulturellen und freiheitlichen Bedürfnisse des Volkes zurückdrängenden preußischen Regierung ist ebensowenig eine ausreichende Wohnungsreform zu erwarten, wie von dem preußischen Landtage, der, das Zerrbild einer Volksvertretung darstellend, nur kapitalistischen Interessen dient und in dem eine klerikal-absolutistische Majorität ihr volks- und arbeiterfeindliches Wesen treibt.

Die wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung hat zur Voraussetzung einen maßgebenden Einfluß des Proletariats auf Staat und Gemeinde, der nur durch die Eroberung der politischen Macht errungen werden kann.

Der Parteitag der preußischen Sozialdemokratie fordert daher unter Verwerfung des preußischen Gesetzentwurfs:

1. den Erlaß eines umfassenden Reichs-Wohnungsgesetzes, unter anderem mit Bestimmungen für die in den einzelnen Gemeinden zu erlassenden Wohnungs-Ordnungen und weitgehendem Enteignungsrecht zugunsten der Gemeinden.
2. Schaffung eines Reichs-Wohnungsamtes als Zentralinstanz für die in allen Gemeinden zu errichtenden kommunalen Wohnungsämter.
3. Einführung des allgemeinen gleichen geheimen und direkten Wahlrechts für alle Einwohner der Gemeinde. Aufhebung aller Vorrechte für die Hausbesitzer.
4. Völlige Selbstverwaltung der Gemeinden.

Erst wenn diese politischen Vorbedingungen gegeben sind, werden die Gemeinden die Wohnungsnot ernstlich bekämpfen können. Als hierfür geeignete Mittel kommen in erster Linie in Betracht:

a) Erhaltung und Vermehrung des Gemeinde-Eigentums an Grund und Boden.
b) Errichtung durch die Gemeinden von Häusern mit gesunden dem Bedürfnis der breiten Massen entsprechenden Wohnungen, welche zu Mietspreisen abzugeben sind, bei denen nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals sowie die aus der Instandhaltung der Gebäude entstehenden Kosten in Ansatz gebracht werden.
c) Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.
d) Aufstellung von umfassenden Stadterweiterungsplänen und Erlaß abgestufter Bauordnungen.
e) Uebernahme der Verkehrsmittel in kommunale Regie und planmäßige Aufschließung des Gemeindegebietes.

Die Diskussion wird eröffnet.

Mit zur Debatte stehen die Anträge 3 (Nieder-Barnim) und 6 (Hoffmann-Bielefeld).

Antrag 3. Die Preußenkonferenz soll zum Ausdruck bringen, daß die Wohnungsaufsicht, welche im Wohnungsgesetzentwurf für Gemeinden über 10 000 Einwohner vorgesehen ist, auch auf die kleinsten Gemeinden obligatorisch auszudehnen ist.

Antrag 6. Im 6. Absatz der Resolution zur Wohnungsfrage hinter „Die bürgerliche Gesellschaft" einzuschalten:

welche nicht einmal imstande war, mit dem Herrschaftsüberrest des Feudalismus aufzuräumen, durch welchen auf den großen Gütern Ostelbiens nach einem Ausspruch des deutschen Kaisers die Arbeiterwohnungen unter das Niveau der Schweineställe herabgedrückt werden.

Frau Dr. Weyl-Berlin: Wir Frauen haben ein doppeltes Interesse an gesunden Wohnungen, wir müssen uns entweder als Hausfrauen den Tag über in den Wohnungen aufhalten oder als Hausindustrielle in engen Räumen bis in die sinkende Nacht schaffen. Dazu kommt die Fürsorge für das Wohl unserer Kinder. Nach der Berliner Statistik ist die Sterblichkeit unter den Arbeiterkindern weit größer als die unter den Kindern der wohlhabenden Bevölkerung. Dieses ungünstige Verhältnis ist zweifellos mit auf die schlechten Wohnungen zurückzuführen. Unsere Vertreter müssen in den Gemeinden ganz energisch darauf dringen, daß der Wohnungs-Gesetzentwurf ausgebaut, daß namentlich ein größerer Luftraum gefordert und weibliche Wohnungsinspektoren angestellt werden. Pflicht unserer Genossen im Lande ist es, unter den Frauen eine lebhafte Agitation für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse zu entfalten. (Beifall.)

Voigtherr-Stettin: Ebenso wie bei den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen machen wir auch bei der Wohnungsfrage die Erfahrung, daß gerade die weitesten Kreise derjenigen Bevölkerung, die am meisten unter dem Wohnungselend zu leiden haben, sich dieses Elends am wenigsten bewußt sind, und es wird eine Hauptaufgabe bei der Lösung der Wohnungsfrage darin bestehen, in diesen Kreisen weiter aufklärend zu wirken. Auch ich habe kein Vertrauen dazu, daß bis auf weiteres aus einer gesetzgeberischen Regelung der Wohnungsfrage etwas Ersprießliches herauskommt. Wir müssen unter den jetzigen Verhältnissen die Köpfe auch nach dieser Richtung hin revolutionieren und ferner, so viel in unseren Kräften steht, zur Linderung des Wohnungselends beitragen. Heimann meinte, daß zur Regelung der Wohnungsfrage zwei Beweggründe vorhanden seien: die Hebung der Sittlichkeit und die Hebung der Gesundheitsverhältnisse. Auf die Hebung der Sittlichkeit legt die Bourgeoisie keinen großen Wert. Einen größeren Wert legt die Bourgeoisie auf die Gesundheitsfrage, weil sie an der Gestaltung der Gesundheitsverhältnisse selbst beteiligt ist. Eine Herabdrückung des Gesundheitszustandes im Proletariat wird zweifellos auch das Bürgertum in Mitleidenschaft ziehen. Damit hängt die Frage der Veranstaltung von Wohnungsenqueten in den einzelnen Gemeinden zusammen. Bisher wurden diese nur in geringem Umfange vorgenommen, weil die Hausbesitzerkreise das Resultat solcher Enqueten für ihre Interessen fürchteten. Eine partielle Enquete hat im letzten Jahre in Stettin stattgefunden, und das geradezu schauderhafte Resultat derselben hat dahin geführt, daß man sich entschlossen hat, die Anstellung eines Wohnungsinspektors und vier Unterinspektoren in die Wege zu leiten. Bei der Wohnungsenquete ist auch auf die Frage der Klosetts besonderer Wert gelegt worden, die gerade für die arbeitende Bevölkerung von großer Bedeutung ist, und da hat sich ergeben, daß es Häuser gibt, in denen bis zu 70 Personen auf ein Klosett angewiesen sind. Das sind Zustände, die zum Himmel schreien und die noch stärker zu tage treten würden, wenn die Enquete auf den ganzen Ort ausgedehnt werden würde. (Beifall.)

Schwericke-Werder a. H.: Die Wohnungen der Landarbeiter sind noch weit schlechter als die Arbeiterwohnungen in den Städten. Zehn, zwölf Familien wohnen zusammen in einem Hause und drei bis vier Personen müssen gemeinsam eine Küche benutzen. Der Fußboden ist mit Ziegeln belegt, die Kammern sind nicht heizbar und haben keine Fenster, sondern höchstens ein Luftloch; sie werden nicht nur zum Schlafen benutzt, sondern auch zur Aufbewahrung von Kartoffeln und gepökeltem Fleisch. Klosetts sind meist überhaupt nicht vorhanden. Kein Wunder, daß solche Zustände Unsittlichkeit zeitigen! Dazu kommt, daß nach den Kontrakten alle Mitglieder der Familie für den Besitzer mitzuarbeiten gezwungen sind. Die Löhne betragen im Winter für Männer 1,10 bis 1,30 Mark, für Frauen 60 Pfennig bis 1 Mark pro Tag, und wer dafür nicht arbeiten will, der wird gezwungen, die Wohnung zu verlassen. Redner schildert einige Landarbeiter-Wohnungen, die er aus eigener Anschauung kennt. Die Polizei kümmert sich um diese Verhältnisse nicht. Es ist dringend notwendig, die Landarbeiter darüber aufzuklären, wie schlecht und teuer sie wohnen. Auch in den kleineren Gemeinden muß eine Wohnungsinspektion eingeführt werden.

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Ich möchte wünschen, daß das Referat wörtlich ins Protokoll aufgenommen wird. In bezug auf die Kritik des Wohnungsgesetzes stimme ich im allgemeinen mit Heimann überein. Die Grundbestimmungen über den Luftraum in dem Entwurf bleiben noch hinter den Normativbestimmungen für die Gefängnisse zurück. (Hört! hört!) Der Referent hat öfter unseren Oberbürgermeister Adickes erwähnt. Ob sich Herr Adickes sehr geschmeichelt fühlt, wenn er in dieser Weise genannt wird, möchte ich dahin gestellt sein lassen, denn seine Taten stehen im schroffsten Gegensatz zu dem, was er in seinen Vorträgen und Schriften empfiehlt, er steht im Grunde genau auf dem Standpunkt des preußischen Wohnungsgesetzentwurfs. Er versteht unter gesunder Wohnungsspekulation überhaupt die private Spekulation; alles was von Privatspekulanten und Unternehmern in Frankfurt getan wird und was nicht gerade das Zuchthaus mit dem Aermel streift, sieht er als gesunde Spekulation an; er betrachtet es als seine Aufgabe, Privatunternehmer durch städtische Gelder zu unterstützen. Die größte Aktion, zu der er sich hat aufschwingen können, war die Unterstützung zweier Riesen-Aktiengesellschaften aus städtischen Mitteln zum Bau von Arbeiterwohnungen. Die Gesellschaften machten dabei ein glänzendes Geschäft, sie profitierten durch den Wertzuwachs enorme Summen. Die Wohnungsinspektion ist bei uns noch nicht durchgeführt, weil man fürchtet, daß dann zu viel Leute exmittiert werden müßten. Das neueste Stück Frankfurter Wohnungspolitik besteht darin, daß auf Drängen der Hausbesitzer an einem großen Straßendurchbruch Grundstücke gebaut wurden, aber nur aus dem Grunde, damit die Hausbesitzer in der Umgegend auch angehalten werden, zu bauen; diese Grundstücke werden dann an die Spekulanten wieder verkauft. Auch mit dem sozialpolitischen Steuerwesen ist es in Frankfurt nicht weit her. Durch die Zuwachssteuer ist nichts Grundlegendes geschaffen. Adickes selbst mußte auf meine Frage eingestehen, daß die Steuer auf die Mieter abgewälzt werden kann. Einen von dem Referenten abweichenden Standpunkt nehme ich in der Frage des Selbstverwaltungsrechts ein. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß wir selbstverständlich nicht in die Gründe der bürgerlichen Stadtverordneten einzustimmen haben. Aber wir wollen doch von der städtischen Selbstverwaltung auch ein Stück für unsere Ziele behalten. Wir sind doch mehr und mehr bemüht, in die Stadtgemeinden einzudringen und müssen von dem Selbstverwaltungsrecht im Interesse unserer Klassengenossen entschieden und energisch Gebrauch machen. Wir müssen uns die nötige Bewegungsfreiheit wahren. Die Resolution scheint mir etwas lang geraten, vielleicht empfiehlt es sich, die ersten acht Absätze zu streichen. Weiter wäre es erwünscht, auch den Zusatzantrag Nieder-Barnim mit aufzunehmen und einen weiteren Absatz einzufügen, worin gefordert wird, daß der Wohnungsgesetz-Entwurf den Ausschüssen der Gewerbegerichte zur Begutachtung vorgelegt wird. (Beifall.)

Schütz-Breslau: In Breslau hat der Oberbürgermeister Bender unter lebhaftem Beifall der Hausbesitzer vor der Errichtung von Wohnungen für städtische Arbeiter gewarnt, um den Hausbesitzern keine Konkurrenz zu machen. Die Wohnungsverhältnisse sind bei uns so schlecht, daß der Magistrat sich schon vor vier Jahren veranlaßt gesehen hat, eine Gesundheitskommission einzusetzen. Diese Kommission hat zwei Jahre gebraucht, um die Formalien zu erledigen, sie hat als Unterkommission eine Wohnungskommission eingesetzt und dadurch einen Entrüstungssturm unter den Hausbesitzern entfesselt. Der Magistrat kroch zu Kreuze, und die Wohnungskommission ist nicht in Tätigkeit getreten. Die städtische Baupolizei, an deren Spitze Herr Bender steht, hat Wohnungen für unbewohnbar erklärt, aber der Magistrat, an dessen Spitze derselbe Herr steht, hat den entgegengesetzten Standpunkt eingenommen und nun soll im Prozeßwege entschieden werden, ob Herr Bender als Haupt des Magistrats oder als Chef der Baupolizei recht hat. (Heiterkeit.) Wir sollten mit allen Kräften danach streben, daß die Uebelstände im Wohnungswesen beseitigt werden. Die Partei muß dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zuwenden und vor allem müssen unsere Gemeindevertreter bei jeder Gelegenheit auf die erbärmlichen Wohnverhältnisse hinweisen und die Gemeinden zwingen, unseren Forderungen Rechnung zu tragen. (Beifall.)

Die Mittagspause tritt ein.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Die Diskussion über Punkt 1 „Wohnungsfrage" wird fortgesetzt.

Meyer-Neustadt (Holstein) berichtet über die Wohnungsverhältnisse des rein ländlichen 9. holsteinischen Wahlkreises. Die Wohnungen sind äußerst elend. Redner hebt die Notwendigkeit eines demokratischen Wahlrechts für die Gemeinden hervor. Die Sitzungen der Neustädter Gemeindevertretung finden in einem kleinen Zimmer statt. Alle Augenblicke wird die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. Ihm ist als Berichterstatter jetzt der Stuhl entzogen worden!

Hoffmann-Bielefeld: Die Resolution nimmt nur Bezug auf das Wohnungselend, das sich aus der steigenden Grundrente ergibt. Daneben besteht aber doch das Wohnungselend der landwirtschaftlichen Arbeiter, das aus dem Feudalismus der Junker folgt, und dies Wohnungselend zu erwähnen ist der Zweck meines Antrages, um dessen Annahme ich Sie bitte. Den vorzüglichen Ausführungen des Referenten habe ich nichts hinzuzufügen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Das Schlußwort erhält der

Referent **Hugo Heimann:** Die Ausführungen des Genossen Dr. Quarck nötigen mich zu einer kurzen Erwiderung. Er glaubte einen leisen Tadel gegen mich aussprechen zu müssen, weil ich seinem Oberbürgermeister Adickes zu lobend erwähnt hätte. Ich habe nur verschiedene Vorschläge Adickes erwähnt, ich habe weder Neigung, noch Veranlassung, mich zum Lobredner der Kommunalpolitik Adickes aufzuwerfen, und ich gebe zu, daß Dr. Quarck ein kompetenterer Beurteiler seines Oberbürgermeister ist, als ich. Ich stimme darin mit Herrn Adickes überein, daß auch die Zuwachssteuer abgewälzt werden könnte. Die Abwälzung würde nur dann nicht möglich sein, wenn gleichzeitig die Gemeinden in umfassender Weise mit dem Bau eigener Häuser vorgehen würden. Die von uns vorgeschlagenen Mittel werden überhaupt nur dann wirken können, wenn sie planmäßig angewendet werden. Wenn nur eines oder das andere angewendet werden würde, so würde das Kapital Mittel und Wege finden, die erstrebten Ziele zu umgehen. Bei meiner Stellung zur Frage der Selbstverwaltung befand ich mich in Uebereinstimmung mit der Berliner Stadtverordneten-Fraktion. Mir liegt die Selbstverwaltung genau so am Herzen wie dem Genossen Dr. Quarck, aber haben wir denn in Preußen überhaupt eine Selbstverwaltung? Auf Schritt und Tritt sind die Kommunen durch die staatlichen Behörden eingeengt, und je größer eine Kommune ist, umsomehr wird sie durch die staatlichen Organe gehemmt, wie wir das in Berlin gesehen haben. Die Ausführungen von Dr. Quarck können mich nicht veranlassen, von dem, was ich gesagt habe, etwas zurückzunehmen. Dem Vorschlag, die ersten Sätze meiner Resolution zu streichen, bitte ich, keine Folge zu geben. Gerade diese ersten Sätze enthalten das wichtigste Prinzip. Den ferneren Vorschlag Dr. Quarcks, den Gesetzentwurf den Ausschüssen der Gewerbegerichte zur Begutachtung vorzulegen, bitte ich abzulehnen. Was das preußische Proletariat zu dem Wohnungs-Gesetzentwurf zu sagen hat, das werden Sie ja hier gleich zum Ausdruck bringen. Wir brauchen da doch nicht noch eine höhere Instanz. Dazu kommt noch eins. Wir überweisen die Lösung der Wohnungsfrage dem Reich, wir erwarten von einer Gesetzgebung durch Preußen absolut nichts. (Sehr richtig!) Wenn wir aber den Antrag Quarck annehmen, so stellen wir uns auf den gegenteiligen Standpunkt.

Was den Antrag unter 3 betrifft, so habe ich ja gesagt, daß wir den Entwurf auch aus dem Grunde verwerfen, weil er nur die großen Gemeinden berücksichtigt. Das liegt in der Resolution darin. Antrag 3 ist also überflüssig, ebenso Antrag 6, der die Resolution nur unnötig verlängert. Dagegen habe ich eine redaktionelle Aenderung an meiner Resolution unter 4b vorzuschlagen. Sie besteht darin, daß der zu lange Satz in zwei Sätze zerschlagen wird. Er soll lauten: Errichtung von Häusern mit gesunden, dem Bedürfnis der breiten Massen entsprechenden Wohnungen durch die Gemeinden. Diese Wohnungen sind ... (weiter wie im Entwurf).

In der Abstimmung wird die Resolution des Referenten mit der von ihm vorgeschlagenen redaktionellen Abänderung unter Ablehnung aller Zusatzanträge einstimmig angenommen.

Auf Wunsch der Referenten zu 2 und 3 der Tagesordnung werden diese beiden Punkte umgesetzt. Es folgt also:

Der Schulgesetzentwurf bezw. der Schulgesetzkompromiß der maßgebenden Parteien im Landtage.

Der Berichterstatter **Dr. L. Arons** schlägt folgende **Resolution** vor:

Die Volksschule ist unter der Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft zu einer Anstalt entwickelt worden, deren vornehmste Aufgabe ist, die bestehende Klassenherrschaft zu erhalten und die vorhandenen staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten zu stützen.

Um diesen Zweck in höherem Grade zu erreichen, ist die Schule dem Einfluß und der Herrschaft der Kirche unterworfen, ist der Geistliche zum Vormund des Lehrers eingesetzt worden, ist anstatt der Einheitsschule für sämtliche Kinder des Volkes ein nach den sozialen Schichten geschiedenes Schulsystem entwickelt worden, das darin gipfelt, daß der Lehrstoff für die in den eigentlichen Volksschulen vereinigten Schüler auf das dürftigste bemessen ist.

Obgleich die preußische Volksschule längst von dem Volksschulwesen in vielen anderen Staaten überflügelt wurde, und obgleich es die Entwickelung des modernen Wirtschaftssystems in hohem Grade fördert, wenn auch der letzte Arbeiter ein höheres Maß von Wissen und Können besitzt, hat ein großer Teil der sich liberal nennenden Bourgeoisie sich mit den ausgesprochensten Feinden der Volksbildung zu dem sogenannten Schulkompromiß vereinigt.

Der Schulkompromiß ist ein Verrat an den bisherigen Kulturerrungenschaften, ein Akt namenloser Feigheit einer sich liberal nennenden Bourgeoisie, die damit die Volksschule endgültig zur Dienerin der Kirche herabwürdigen will.

Der Parteitag der Sozialdemokratie in Preußen sieht in der allgemeinen möglichst hohen Volksschulbildung aller ein eminentes Kulturelement, das die geistigen und materiellen Interessen des Volkes aufs höchste fördert.

Von diesem Gesichtspunkt aus fordert der Parteitag als Mindestmaß zur Hebung des Volksschulwesens in Preußen:

1. Die Trennung der Schule von der Kirche, d. h. die gänzliche Beseitigung des Einflusses der Geistlichkeit in der Schule und der Ausscheidung jedes religiösen Unterrichtes aus dem Lehrstoff der Schule.
2. Die Einheitsschule für alle der Schulpflicht unterworfenen Schüler; neben der Unentgeltlichkeit des Unterrichts auch die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel; Beschränkung der Schülerzahl auf ein Maß, das dem Lehrer die volle Unterweisung seiner Schüler ermöglicht. Bessere Ausbildung und Besoldung der Lehrerschaft.
3. Schaffung von Schulräumen und Lehrmitteln, die den Anforderungen der Hygiene und der vorgeschrittensten Pädagogik entsprechen.
4. Ernährung und Bekleidung aller hülfsbedürftigen Schüler.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, im Sinne der vorstehenden Forderungen die Agitation für eine Umgestaltung des Volksschulwesens in Preußen mit größtem Nachdruck zu betreiben.

Außerdem liegen folgende genügend unterstützte Anträge vor:

Antrag 7. Zum Punkt „Schulfrage": Der Parteitag protestiert entschieden gegen die Art und Weise, in der die preußische Regierung die Volksschule in den fremd- bezw. gemischtsprachigen Gegenden als Mittel zur sog. „Germanisation" mißbraucht, als eine den Grundsätzen der Volksbildung sowohl wie aller wahren Kultur und allem Gerechtigkeitsgefühl widersprechenden Maßregel.

Bruns-Kattowitz.

Antrag 8. Wir beantragen, unter 2 der Resolution nach den Worten: d) Einheitsschule für alle der Schulpflicht unterworfenen Schüler einzufügen: „mit gemeinsamem Unterricht von Knaben und Mädchen bis in die höchsten Klassen". (Coeducation.)

Wally Zepler.

Antrag 9. Zusatzantrag zur Resolution in der Schulfrage: Um auch den steuerschwachen Gemeinden die Durchführung der zu stellenden Mindestforderungen zu ermöglichen, fordert der Parteitag die Uebernahme der allgemeinen Volksschullasten auf den Staat unter Aufrechterhaltung der Verwaltung der Volksschule durch die Gemeinde und bis zur Verwirklichung dieser Forderung die auf Antrag einer beteiligten Gemeinde durchzuführende Bildung von Zweckverbänden.

Wittrisch-Forst.

Referent Dr. Leo Arons-Berlin:

In seiner ersten Rede an die Nation hat Johann Gottlieb Fichte folgende Worte gesprochen:

„Auch in den neuesten Zeiten und bis auf den heutigen Tag ist die Bildung der vermögenden Stände betrachtet worden als eine Privatangelegenheit der Eltern, die sie nach eigenem Gefallen einrichten möchten, und die Kinder dieser wurden in der Regel nur dazu angeführt, daß sie sich selbst einst nützlich würden. Die einzige öffentliche Erziehung aber, die des Volks, war lediglich zur Seligkeit im Himmel; die Hauptsache war ein wenig Christentum und Lesen und, falls es zu erschwingen war, Schreiben, alles um des Christentums willen. Alle andere Entwickelung der Menschen wurde dem ohngefähren und blind wirkenden Einflusse der Gesellschaft, in welcher sie aufwachsen, und dem wirklichen Leben selbst überlassen."

Diese Worte aus dem Anfang des 19. Jahrhunderts treffen auch heute noch zu. Zwar wurde Fichte anläßlich seines 100jährigen Todestages in ganz Deutschland gefeiert, zwar hat unser redegewandter Reichskanzler vor wenigen Jahren bei der Enthüllung eines Fichte-Denkmals ein Loblied auf diesen großen Philosophen gesungen. Aber seine Ideale sind bis heute noch nicht verwirklicht. Fichte traf den Nagel auf den Kopf, als er die Worte aussprach:

„Wir ... haben nicht von Erziehung des Volkes im Gegensatze höherer Stände geredet, indem wir Volk in diesem Sinne, niedern und gemeinen Pöbel, gar nicht länger haben wollen, noch er für die deutschen Nationalangelegenheiten ferner ertragen werden kann, sondern wir haben von Nationalerziehung geredet. Soll es jemals zu dieser kommen, so muß der armselige Wunsch, daß die Erziehung doch ja recht bald vollendet sein und das Kind wieder hinter die Arbeit gestellt werden möge, gar nicht mehr zu Odem kommen, sondern sogleich an der Schwelle der Beratung über diese Angelegenheit abgelegt werden."

Nun dieses Ideal, daß man die Erziehung des Kindes nicht unter dem Gesichtspunkt betrachten soll, sie möge möglichst bald abgeschlossen sein, wird erst in einer socialistisch denkenden Gesellschaft, niemals aber in einer bürgerlich kapitalistischen verwirklicht werden. Ich erinnere an die Worte Alexanders v. Humboldt:

„Gleichmäßige Würdigung aller Teile des Naturstudiums ist aber vorzüglich ein Bedürfnis der gegenwärtigen Zeit, wo der materielle Reichtum und wachsende Wohlstand der Nationen in einer sorgfältigeren Benutzung von Naturprodukten und Naturkräften gegründet sind. Der oberflächliche Blick auf den Zustand des heutigen Europas lehrt, daß bei ungleichem Wettkampfe oder dauernder Zögerung notwendig partielle Verminderung und endlich Vernichtung des National-Reichtums eintreten müsse; ... Nur ernste Belebung chemischer, mathematischer und naturhistorischer Studien wird einem von dieser Seite einbrechenden Uebel entgegnen. Der Mensch kann auf die Natur nicht einwirken, sich keine ihrer Kräfte aneignen, wenn er nicht die Naturgesetze, nach Maß- und Zahlverhältnissen, kennt. Auch hier liegt die Macht in der volkstümlichen Intelligenz. Sie steigt und sinkt mit dieser ... Diejenigen Völker, welche in der allgemeinen industriellen Tätigkeit, in Anwendung der Mechanik und technischen Chemie, in sorgfältiger Auswahl und Bearbeitung natürlicher Stoffe zurückstehen, bei denen die Achtung einer solchen Tätigkeit nicht alle Klassen durchdringt, werden unausbleiblich von ihrem Wohlstande herabsinken."

Also nicht etwa um der Kinder des Volkes willen hat man daran gedacht, die Erziehung zu regeln, sondern man mußte daran denken, um den wirtschaftlichen Aufschwung der eigenen Nation nicht zurückstehen zu lassen hinter dem der anderen. Zwischen zwei Polen schwankt fortwährend die Wage, wenn es sich um die Erziehung der Massen handelt: auf der einen Seite die Feudalen, die noch mit einem Fuße im Mittelalter stehen und den Standpunkt vertreten, je dümmer der Arbeiter, desto besser, auf der anderen Seite die Vertreter der bürgerlich kapitalistischen Richtung, denen sich die Ueberzeugung aufgedrängt hat, daß ein bestimmtes Maß von Bildung für ihre Ausbeutungsobjekte im höchsten

Grade von Bedeutung ist. Das gilt allgemein für alle modernen Kulturländer. Preußen genoß früher den Ruhm, daß es auf dem Gebiete des Volksbildungsschulwesens in erster Stelle steht. Diesen Ruhm hat es dadurch erlangt, daß in Preußen zuerst eine aufgeklärte Bureaukratie zu der Erkenntnis dessen gekommen war, was ich Ihnen mit den Worten Humboldts zu schildern versucht habe. In Preußen ist mit an erster Stelle eingeführt worden die allgemeine Schulpflicht und die Unentgeltlichkeit des Volksschulunterrichtes, wenn auch die Durchführung dieser Unentgeltlichkeit erst Ende des vorigen Jahrhunderts eine vollständige geworden ist. Damit ist aber auch dasjenige erschöpft, was gutes von den preußischen Schulverhältnissen zu sagen ist.

Wie steht es nun um die gegenwärtige Lage der Volksschule in Preußen? Eine eigentliche Volksschulgesetzgebung haben wir in Preußen nicht. Die Verfassung von 1849 hat neben einer großen Anzahl sonstiger Gesetze auch ein Unterrichtsgesetz verheißen, aber obgleich der Minister Ladenburg bereits damals erklärte, daß es Aufgabe der Verwaltung sei, das Erscheinen des Unterrichtsgesetzes, zu dem sämtliche Materialien vorhanden seien, möglichst zu beschleunigen, haben wir bis heute dieses Gesetz noch nicht.

Der preußischen Monarchie gilt noch jetzt, was 1900 ein Berliner Staatsrechtslehrer sagte:

„In Wahrheit gibt es in Preußen kein Schulrecht; aber was schlimmer ist, an seiner Stelle herrscht ein Chaos von Wust und Moder abgelebter Institutionen, deren formelle Fortexistenz behauptet wird, obgleich sie zu allen realen Verhältnissen des heutigen Lebens in dem unversöhnlichen Gegensatze des Toten zum Lebendigen stehen; und in diesem Chaos tummelt sich ein Schwarm von Ministerialreskripten und sonstigen Verwaltungsverfügungen, die einander vielfach durchkreuzen und widersprechen, die oft von problematischer Rechtmäßigkeit, manchmal von zweifelloser Rechtswidrigkeit sind."

In Preußen steht an der Spitze der Unterrichtsverwaltung nicht ein besonderer Minister, sondern der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten. Die Organisation der Verwaltung ist nun eine doppelte und wir haben noch heute den Gegensatz, auf den Fichte bereits hingewiesen hat, zwischen der Erziehung der Kinder der besitzenden Klassen und den Kindern des Proletariats. Die höheren Schulen unterstehen den Provinzial-Schulkollegien in den einzelnen Provinzen, die direkt dem Minister untergeordnet sind. Die Volksschulen dagegen unterstehen der zweiten Abteilung bei den Bezirksregierungen, d. i. derjenigen für Kirchen- und Schulsachen, deren Vorgesetzter also der Regierungspräsident ist. Den Regierungen unterstehen die Kreis-Schulinspektoren, und diesen die Orts-Schulinspektoren, die meist im Nebenamte tätig sind. Die Kreis-Schulinspektion übt in Preußen gewöhnlich der evangelische Superintendent bezw. der katholische Dechant aus. In Preußen gibt es 1280 Kreis-Schulinspektoren, von denen 915 im Nebenamt tätig sind, das sind also Theologen, weitere 56 Kreis-Schulinspektionen sind mit Theologen im Hauptamt besetzt, während nur 93 seminaristisch gebildete Lehrer als Kreis-Schulinspektoren tätig sind. Das zeigt, wie außerordentlich gering der Stand unserer Volksschullehrer von den herrschenden Klassen eingeschätzt wird. Die Orts-Schulinspektoren sind fast ausnahmslos die Ortsgeistlichen selbst. So hält die Kirche in der Verwaltung selbst die Hand auf der Schule. Wenn es in den Städten anders ist, so deshalb, weil in sechs- und mehrklassigen Schulen der Rektor direkt unter dem Kreis-Schulinspektor steht.

Wie sieht nun die Volksschule selbst aus? Die Antwort gibt uns die Allgemeine Verfügung des Kultusministers Falk vom 15. Oktober 1872. Danach gilt als Mindestmaß die einklassige Volksschule, wo alle Kinder gleichzeitig von einem Lehrer im gleichen Raume unterrichtet werden. In der Unterstufe werden 20, in der Mittel- und Oberstufe je 30 Stunden wöchentlich erteilt. Aber selbst dieses Mindestmaß ist nicht einmal durchgeführt. In der Falkschen Verfügung heißt es:

„Wo die Anzahl der Kinder über 80 steigt oder das Schulzimmer auch für eine geringere Zahl nicht ausreicht und die Verhältnisse die Anstellung eines zweiten Lehrers nicht gestatten, sowie da wo andere Umstände dies notwendig erscheinen lassen, ist die Halbtagsschule zulässig." An diesen Halbtagsschulen sind 32 Stunden wöchentlich zu leisten, worein sich die Schüler zu teilen haben.

Weiter sind die Sommerschulen zu erwähnen, in denen die jüngeren Kinder 18 Stunden wöchentlich, die älteren aber nur 12 Stunden unterrichtet werden.

Sollen sie doch für die Arbeit ausgenutzt werden. Von diesen Sommerschulen wird ausgiebig Gebrauch gemacht.

So sagt die Regierung zu Lüneburg in einer Verfügung vom 27. März 1901, sie habe „in einer großen Anzahl von einklassigen ländlichen Schulen aus Rücksicht auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse der ackerbautreibenden Bevölkerung für das Sommerhalbjahr Halbtagsschulen gestattet".

Aber, Parteigenossen, selbst die Halbtagsschulen reichen nicht aus, wir haben, so unglaublich es klingen mag, in Preußen auch noch Dritteltagsschulen! 1901 gab es noch 92 Dritteltagsschulen, 19 im Regierungsbezirk Posen, 19 im Regierungsbezirk Merseburg und drei vor den Toren Berlins im Regierungsbezirk Potsdam. (Hört! hört!) Zu erwähnen sind noch die Rübenferien und die Einrichtung der Hütejungen.

Ein Erlaß der Gumbinner Regierung verlangt, daß nur elf- und zwölfjährige Knaben zu Hütejungen genommen werden dürfen, und daß diese einmal wöchentlich die Schule besuchen müssen: „nur ausnahmsweise dürfen auch jüngere Kinder als Hütejungen verwendet werden, doch müssen diese zweimal wöchentlich die Schule besuchen. (!!) (Hört! hört!) Hier sehen wir, wie die Regierung für die Kinder des Volkes sorgt.

Gehen wir jetzt eine Stufe höher, so kommen wir zu den Schulen mit zwei Lehrern. Die Verfügung sagt: Steigt die Zahl der Kinder in der einklassigen Schule über 100 (!), so ist nach einem Ministerialreskript vom 16. Dezember 1874 „stets auf Anstellung eines zweiten Lehrers Bedacht (!) zu nehmen." (Heiterkeit.) Daß er angestellt wird, davon ist keine Rede. Wir sind bei der Schule mit zwei Lehrern angelangt: steigt in dieser die Zahl der Kinder über 120, so sind ohne Vermehrung der Lehrerzahl drei Klassen zu errichten, entsprechend den drei Stufen, und zwar mit wöchentlich 12, 24 und 28 Stunden, so daß jeder der beiden Lehrer wieder die Maximalarbeit von je 32 Stunden wöchentlich zu leisten hat.

Erst darüber erhebt sich die als besonders erstrebenswert bezeichnete wirkliche Dreiklassenschule mit drei Lehrern, schließlich in den größeren Orten die sechs- und mehrklassige Schule. Wie verteilen sich nun die Kinder auf diese Schulen? Nach der letzten Statistik von 1901 sind 70 Proz. aller Volksschulen ein- und zweiklassig (Hört! hört!). Sie werden besucht von 1 861 272 Kindern bei im ganzen 5 670 870 Kindern; 32,8 Proz., also fast ein Drittel aller Schüler besuchen solche Schulen! Aber diese Zahl erschöpft das Volksschulelend noch nicht, hinzu kommt noch die Ueberfüllung. In überfüllten Klassen saßen 875 576 Kinder, d. h. mehr als 50 Proz. aller Kinder. (Hört! hört!). Die Prozentzahl aber besagt noch nichts, wir müssen wissen, was als überfüllt gilt. Die Halbtagsschule sollte mit 50 Kindern als überfüllt gelten, in der Wirklichkeit trifft das nicht zu, sie gilt erst als überfüllt, wenn mehr als 60 Kinder vorhanden sind. In solchen überfüllten Halbtagsschulen saßen 93 066 Schüler. Die einklassige Schule gilt erst bei mehr als 80 Kindern überfüllt. In solchen überfüllten Schulen saßen 93 677 Schüler. Im Durchschnitt also 89. In den letzten Wochen ging durch die Zeitung die Nachricht, der Kaiser habe es als eine Menschenquälerei bezeichnet, wenn ein Lehrer mehr als 50 Schüler unterrichtet. Ich bin sehr begierig, wann diese Menschenquälerei in Preußen aufhören wird. (Sehr gut!) Die zwei- und mehrklassigen Schulen gelten als überfüllt, wenn mehr als 70 Schüler vorhanden sind. In solchen überfüllten Klassen saßen 670 838 Schüler. Trotz dieser Zusammenpferchung konnten 1901 2735 Kinder überhaupt nicht eingeschult werden, weil die Schulen überfüllt waren. In einem polnischen Ort hat ein Lehrer 200 polnische Kinder zu unterrichten, allerdings hat er einige Uebung im Unterrichten, denn er hat 54 Amtsjahre auf dem Rücken! In einem anderen polnischen Ort unterrichtet ein Lehrer mit 48 Amtsjahren über 200 Kinder. (Hört! hört!) Diese Zahlen habe ich angeführt, um ein scharfes Wort gegen die Heuchelei zu sprechen, die die preußische Regierung mit ihrer Germanisierungspolitik in den Ostmarken treibt. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn von den Hunderten von Millionen, die für diese Politik ausgegeben werden, nur ein Teil dazu verwandt wird, um bessere Schulverhältnisse zu schaffen, dann könnte man allenfalls von einer guten Germanisierungspolitik sprechen, weil durch die Verausgabung von Mitteln zu solchem Zweck die nationale Ehre hochgehalten wird. Wenn wir aber sehen, daß das Geld nur zur Erhaltung schiffbrüchiger Elemente unter den Grundbesitzern dient, dann müssen wir sagen: eine größere Heuchelei gibt es überhaupt nicht. (Lebhafter Beifall.)

Was lehrt nun die Volksschule? Ihr ganzes Streben ist gerichtet auf die Seligkeit im Jenseits. Nach einer mir vorliegenden Tabelle wird in der einklassigen Schule in der Unterstufe 20 Stunden unterrichtet, davon entfallen 4 Stunden auf Religion, auf Realien überhaupt keine Stunde; in der Mittelstufe und ebenso in der Oberstufe wird 5 Stunden in Religion, 6 Stunden in Realien unterrichtet. In der Unterstufe wird 20 Prozent und in der Oberstufe noch fast 17 Prozent Religion verzapft. Aehnlich liegen die Verhältnisse in der mehrklassigen Volksschule. In der Mittelschule dagegen, also Schulen, in denen Schulgeld erhoben wird, in denen also nach kapitalistischen Begriffen anständigere und weniger gefährliche Kinder zu finden sind, braucht das Kind in der Unterstufe nur 12,5 Proz. Religion über sich ergehen zu lassen, und von der 4. Klasse an nur 6,2 Proz. Dafür, daß die Kinder etwas Schulgeld bezahlen, wird ihnen ein gutes Stück Religion erlassen; man hat aber nicht mehr nötig, die Kinder zur Unterwürfigkeit zu erziehen, denn aus diesen Schulen werden die Unteroffiziere unseres Wirtschaftslebens herausgeholt, die unter Umständen auch etwas zu befehlen haben und denen man deshalb nicht ganz das Rückgrat durch Religion zu brechen für notwendig erachtet. (Sehr gut!) Und diese Zahl von Religionsstunden, deren Festlegung als eine Triumphtat Falks gepriesen wird, reicht noch nicht einmal aus.

Nach einem Ministerialreskript vom 24. Juni 1884 ist es gestattet, daß eine Stunde des Unterrichts in der Muttersprache auf Bibellesen verwendet wird, und dazu kommt noch, daß auch in fast allen anderen Fächern der Unterricht durchfeuchtet ist von dem Hinweis auf religiöse Verhältnisse. So bestimmt die Regierung zu Düsseldorf in einer Verfügung von 1879, daß in den paritätischen Schulen eine Stunde Religion mehr gegeben werden soll, die Mädchen haben zu diesem Zweck eine Stunde Raumlehre, die Jungen im Sommer eine Stunde Turnen, im Winter eine Stunde Naturkunde zu opfern. (Hört! hört!) Sie sehen, was in den Simultanschulen an religiöser Unterweisung fehlt, wird durch Opfer an anderen Unterrichtsgegenständen wieder eingeholt. Dazu kommt noch ein drittes Moment: die Abhängigkeit des Lehrers von den Geistlichen, die dazu führt, daß die Lehrer möglichst viel Religion in die Kinder hineinpauken. Und die Ansprüche des Staates sind keineswegs gering. Nach einer Verfügung des königlichen Konsistoriums der Provinz Sachsen vom 17. Dezember 1900, die mit dem Provinzial-Schulkollegium und der Regierung vereinbart ist, besteht der religiöse Gedächtnisstoff, der den Normalstoff bildet, aus 170 Bibelsprüchen, nämlich 22 zur biblischen Geschichte, 6 Psalmen und Psalmabschnitten und 142 Sprüchen zur Erklärung von Luthers Katechismus — an sich der größte Unsinn, denn Luthers Katechismus sollte man nicht noch erst zu erklären brauchen. (Sehr richtig!) Aber darauf kommt es einem hohen Konsistorium nicht an. Zu diesem Unterrichtsstoff kommen 20 namentlich aufgeführte Kirchenlieder, wovon 4 ebenfalls benannte auf den höheren Schulen in Wegfall kommen. Die Verfügung fährt dann fort:

„Soweit für einzelne Volksschulen die Erweiterung des Normalstoffes in Sprüchen und Psalmen der örtlichen Schulverwaltung als erwünscht erscheinen sollte, ist die Zustimmung der königlichen Regierung einzuholen. . . Die Kirche hat in demselben (dem Normalstoff) nicht mehr als das Minimum des religiösen Gedächtnisstoffes zu sehen, auf das sie bei dem Konfirmandenunterricht hinfort rechnen darf."

Eine bessere Darlegung der Methode, um nach Möglichkeit den Geist der Kinder einzuschnüren und mit totem Stoff zu bepacken, der das Denken erschwert, gibt es gar nicht als diese Verfügung.

Von besonderem Interesse für uns ist es zu sehen, wie der Geist des Unterrichts bestellt ist. Darüber gibt uns Aufklärung die Order Wilhelms II. an das Staatsministerium vom 1. Mai 1889. Darin heißt es:

„Schon längere Zeit hat mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abstufungen nutzbar zu machen, um der Ausbreitung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterlande die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben. Aber ich kann mich der Erkenntnis nicht verschließen, daß in einer Zeit, in welcher die sozialdemokratischen Irrtümer und Entstellungen mit vermehrtem Eifer verbreitet werden, die Schule zur Förderung der Erkenntnis dessen, was wahr, was wirklich und was in der Welt möglich ist, erhöhte Anstrengungen zu machen hat. Sie muß bestrebt sein, schon der Jugend die Ueberzeugung zu verschaffen, daß die Lehren der Sozialdemokratie nicht nur den göttlichen Geboten und der christlichen Sittenlehre widersprechen, sondern in der Wirklichkeit unausführbar und in ihren Konsequenzen dem Einzelnen und dem Ganzen gleich verderblich sind." — — — — — — — — — — — —

„Die angeblichen Ideale der Sozialisten sind durch deren eigene Erklärung hinreichend gekennzeichnet, um den Gefühlen und dem praktischen Sinne auch der Jugend als abschreckend geschildert werden zu können."

Parteigenossen! Das ist der Geist, in dem nach den Worten des Königs der Unterricht in den Volksschulen getragen werden soll. Als abschreckend sollen hingestellt werden die Lehren der Sozialdemokratie, die als Ideal gelten der größten Partei Preußens. (Hört, Hört!) Hiergegen kann man nicht scharf genug Protest erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Selbstverständlich erließ der Minister v. Goßler sofort ausführende Bestimmungen — wenn er es nicht gemacht hätte, hätte es ein anderer gemacht — (Stürmische Heiterkeit). Diese Ausführungsbestimmungen, die natürlich dem Staatsministerium vorgetragen waren, betreffen besonders den Religions- und Geschichtsunterricht und es ist charakteristisch, daß die byzantinische Verfügung des Ministers mit den Worten schließt:

„Was zur Zeit Friedrichs des Großen gesagt wurde: die anderen Völker beneideten dem Preußen seinen König, gilt noch heute. . . . Eine Fülle lebensvoller Anschauungen und sittlich tief und nachhaltig anregender Momente tritt uns aus der Erzählung von der fast ein halbes Jahrtausend erfüllenden ununterbrochenen Arbeit der Hohenzollern für ihr Land und Volk entgegen. . . . Deshalb sollen sämtliche preußische Könige in dem Unterrichte der preußischen Jugend eine hervorragende Stelle erhalten. . . ."

Also auch Friedrich Wilhelm II., genannt der Dicke (Heiterkeit), von dem man uns auf dem Gymnasium beigebracht hat, daß man am besten über ihn hinwegkäme, wenn man sagt, unter seiner Regierung sei nur das Brandenburger Tor erbaut. (Stürmische Heiterkeit.) Ich schließe diesen Abschnitt meiner Ausführungen mit der Bemerkung, die sich in den Falkschen Verfügungen befindet über die Naturkunde in den ein- und zweiklassigen Schulen „In dem naturkundlichen Unterricht der Schulen mit einem oder zwei Lehrern sind die Schüler zu einem annähernden Verständnis derjenigen Erscheinungen zu führen, welche sie täglich umgeben."

Nun zur Stellung der Lehrer! Die Klagen über Lehrermangel werden immer zahlreicher. Die Regierung entschuldigt sich damit, daß Lehrer schwer zu finden sind. Das ist kein Wunder, denn es ist nicht verlockend in Anstalten zu gehen, in denen nach den Worten des Königs Menschenquälerei geübt wird. Dazu kommt die Abhängigkeit der Lehrer von den Geistlichen und weiter ihre materielle Lage. Der Geistliche hat eine 15jährige Ausbildung hinter sich, der Lehrer eine 14jährige. Während aber das Grundgehalt eines Volksschullehrers 900 M., das einer Lehrerin 700 M. beträgt, erhält ein protestantischer Geistlicher ein Anfangsgehalt von 1800 M., ein katholischer, der ja nicht verheiratet sein darf, 1500 M. Die Alterszulagen betragen für einen Lehrer 100 M., das Mindest-Höchstgehalt, daß der Lehrer nach 31 Jahren erreicht, beläuft sich auf 1800 M., also gerade so viel, wie der protestantische Geistliche als Anfangsgehalt hat. Der protestantische Geistliche bekommt alle fünf Jahre im ganzen fünfmal je 600 M. Zulage, er erreicht nach 25 Jahren das Höchstgehalt von 4800 M. Unter solchen Umständen ist es natürlich bequemer, Geistlicher zu werden als Lehrer, die Ueberzeugung muß ja in beiden Fällen in die Tasche gesteckt werden. (Sehr gut!) Man darf sich nicht wundern, daß die besseren Elemente lieber Geistliche werden wollen, als Volksschullehrer, zumal da das Mindestgehalt in vielen Fällen, namentlich auf dem Lande draußen, auch das wirkliche Gehalt ist. Wenn also die preußische Regierung über Lehrermangel klagt, so trägt sie selbst die Schuld daran. Unsere Volksschullehrer befinden sich auf einem äußerst bescheidenen Niveau. So schließt z. B. der Brief eines Lehrers, der in der „Kreuz-Zeitung" veröffentlicht ist, mit den Worten: „Den Wünschen der Volksschullehrer in bezug auf deren soziale und materielle Stellung soll man billig Rechnung tragen und sie, wenn irgend tunlich, den Subalternbeamten gleichstellen." (Hört! hört!) In einem sozialistischen Staat würden die Lehrer an allererster Stelle stehen, bei uns in Preußen müssen sie darum bitten, daß sie den Subalternbeamten tunlichst gleichgestellt werden. (Sehr gut!)

Parteigenossen, ich komme nun zur Schulunterhaltungsfrage. Dabei handelt es sich um Steuerzahlung für die besitzenden Klassen. Die Regierung zahlt ja Zuschüsse zur Lehrerbesoldung, aber im höchsten Falle nur für 25 Lehrer bezw. Lehrerinnen, also für sämtliche Lehrkräfte nur in Gemeinden mit bis zu 10- oder 12 000 Einwohnern, nur diese werden vom Vater Staat unterstützt. Die Zuschüsse, die z. B. Berlin erhielt, spielen für Berlin keine Rolle. Abgesehen von diesen Staatszuschüssen besteht in bezug auf die Schulunterhaltung ein absolut gesetzloser Zustand und eine Verwirrung. Der Staatsrechtslehrer, den ich vorhin erwähnte, kennzeichnet den bestehenden Zustand wie folgt:

Zugrunde liegt in den meisten alten Provinzen das Allgemeine Landrecht. Für Ost- und Westpreußen gibt es Schulordnungen aus den Jahren 1840 und 1845. Für die verschiedenen Kreise der Rheinprovinzen kommen neben dem Allgemeinen Landrecht die französische Gesetzgebung und die bergische Gesetzgebung aus dem 17. Jahrhundert in Betracht. Schleswig-Holstein hat eine Schulordnung aus dem Jahre 1814, Hannover von 1845; in Hessen-Nassau gelten eine Reihe verschiedener Bestimmungen. Aber auch innerhalb der einzelnen Rechtsgebiete gibt es wieder die mannigfaltigsten Abstufungen.

So heißt es in der Begründung des Schulgesetz-Entwurfs von 1890: „Nimmt man dazu, daß ein großer Teil der schlesischen Schulen aus früheren Jahrhunderten her noch anderweit dotiert ist, daß neuerdings die bürgerlichen Gemeinden vielfach die Schullast überhaupt auf ihren Etat übernommen haben, so erhält man sechs bis sieben verschiedene Arten der Schulunterhaltung in dieser Provinz (Schlesien)."

Also in Schlesien allein sechs bis sieben verschiedene Arten der Schulunterhaltung! (Hört! hört!)

Das Allgemeine Landrecht weist die Schulunterhaltung den Schulsozietäten zu, zu der alle selbständigen Persönlichkeiten gehören, also auch die Bauern und Tagelöhner; nur der Gutsherr hat nichts dazu zu zahlen. (Hört! hört!) Dagegen wird dem Gutsherrn die Schulsteuer, welche er nicht zahlt, zur Berechnung seines Wahlrechts angerechnet, und er wählt in der ersten Klasse. Den Tagelöhnern aber werden die gezahlten Schulbeiträge nicht beim Wahlrecht berechnet, weil diese ja keine Staats- oder Gemeindesteuern sind. (Hört! hört!)

Die Stellung der Selbstverwaltung ist auf dem Gebiete der Schulverwaltung noch viel miserabler, als auf irgend einem anderen Gebiete. Auf dem Lande bestehen Schulvorstände, deren Vorsteher der Pfarrer oder der Gutsherr ist. Die Regierungen wünschen in neuerer Zeit auch die Heranziehung eines Lehrers zum Schulvorstande, ferner von zwei bis vier achtbaren, befähigten und kirchlich gesinnten Familienvätern, die von den Gemeinden gewählt, aber vom Landrat bestätigt werden, und wenn die Bestätigung zweimal versagt ist, so ernennt sie der Landrat. Die Städte-Ordnung von 1854 ist auf Grund der oktroyierten Verfassung gesetzlich zustande gekommen, und sie kennt nur Deputationen schlechthin, teils Magistratsdeputationen, teils Deputationen, die aus Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten oder anderen Bürgern zusammengesetzt sind. Ein Ministerialerlaß aber bestimmte, daß die Mitglieder der Schuldeputationen der Bestätigung der Regierung bedürfen, damit „aus den städtischen Schuldeputationen zur Ausübung der wichtigen diesen übertragenen Funktionen ungeeignete Elemente ferngehalten werden." Die Städte-Ordnung kennt selbstverständlich eine solche Bestätigung nicht, aber dank der tapferen Haltung der Bourgeoisie hat der Minister es durchgesetzt, seinem Erlaß Rechtskraft zu verleihen. Sie wissen, daß 1898 Singer zum Mitglied der Schuldeputation in Berlin gewählt wurde. Der Minister versagte die Bestätigung, und das schwächliche Verhalten der Stadtverordneten-Versammlung gab dem Minister den Mut, sein Reskript allgemein zu machen, der allgemeine Erlaß ist vom 29. Juli 1898 und lautet:

„Die sozialdemokratische Partei erstrebt ausgesprochenermaßen die Beseitigung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung. Schon daraus ergibt sich folgerichtig, daß ihren Mitgliedern die Wahrnehmung obrigkeitlicher Befugnisse von Staatswegen nicht anvertraut werden kann. Sie steht nach ihren programmatischen Kundgebungen in einem grundsätzlichen Gegensatze zu den Aufgaben der preußischen Volksschule. Daraus folgt, daß ihren Anhängern die zur Mitwirkung bei der Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Eigenschaften abgehen und daß sie als Mitglieder einer städtischen Schuldeputation oder eines Schulvorstandes nicht zugelassen werden können. Der königlichen Regierung mache ich daher zur Pflicht, vorkommendenfalls der Wahl derartiger Personen zu Mitgliedern von städtischen Schuldeputationen oder Schulvorständen von Schulaufsichtswegen die Bestätigung zu versagen und die nachgeordneten, zur Mitwirkung bei der Bestätigung oder zur selbständigen Ausübung des Bestätigungsrechtes berufenen Behörden und Beamten alsbald mit entsprechender Weisung zu versehen."

Sie sehen, wie rücksichtslos der Minister, man kann fast sagen imposant gegenüber dem schmählichen Verhalten der bürgerlichen Kreise, in die sogenannte Selbstverwaltung eingriff. Auch sonst läßt es die Regierung nicht fehlen an Eingriffen in die Schulverwaltung. Seit dem Jahre 1894 dringt der Minister darauf, daß Geistliche in die Schuldeputationen hineingewählt werden. 1900 verlangte die Potsdamer Regierung von Charlottenburg, einen evangelischen und katholischen Geistlichen in die Schuldeputation zu wählen. Ueber die Befugnis der Schuldeputationen besteht folgender Erlaß:

„Auf dem Gebiete der Verwaltung ist ihre (der Schuldeputationen) Befugnis in allen äußeren Angelegenheiten der Gemeindeschulen an die Mitwirkung des Magistrats gebunden. In inneren Angelegenheiten sollen sie und der Kreis-Schulinspektor Hand in Hand gehen, bei Meinungsverschiedenheiten finden die Entschließungen der Schuldeputation in inneren Angelegenheiten zwar Einhalt gegenüber der abweichenden Auffassung des Schulinspektors. Andererseits ist die Schuldeputation aber jederzeit in der Lage, durch Vorstellungen an die gemeinsame vorgesetzte Behörde ihren Standpunkt zu wahren."

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei & Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Preußischer Parteitag.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Eine Scheidung zwischen inneren und äußeren Angelegenheiten ist gar nicht durchzuführen. Ich erinnere Sie an den Berliner Schulkonflikt, in dem die Regierung den Rektoren Ungehorsam gegenüber der Schuldeputation befohlen hat; es handelte sich da um die Benutzung der der Stadt gehörigen Schulräume außerhalb der Unterrichtszeit, das ist doch eine äußere Angelegenheit, und trotzdem hat die Regierung sich das Recht angemaßt, da einzugreifen. Das ist ein völlig rechtloser Zustand, über den ich noch einmal den schon erwähnten Staatsrechtslehrer Preuß zitiere:

„Dieser ganze Gegensatz der Schulverwaltung zur Kommunalverwaltung ist ein Produkt der krassesten Ministerwillkür, der kein Schatten noch Schimmer des Rechts zur Seite steht; er beruht auf keinem Gesetz, auf keiner mit Gesetzeskraft ausgerüsteten königlichen Verordnung, sondern allein und ausschließlich auf Ministerialreskripten, die dem Geist des Grundgesetzes städtischer Selbstverwaltung durchaus widersprechen."

Parteigenossen, ich habe versucht, Ihnen ein Bild über die augenblickliche Lage der preußischen Schulgesetzgebung zu geben. Die Liberalen empfinden die Schulverhältnisse als unzulänglich, von dem Gedanken ausgehend, daß zur Fortführung der wirtschaftlichen Entwickelung des einzelnen auch ein gewisses Maß von Kenntnissen notwendig ist; die Konservativen wünschen eine klarere Festsetzung dessen, was sie beanspruchen. Warum trotzdem kein Schulgesetz, obgleich schon 1849 der Minister erklärte, daß das Material dazu vorliege? Preuß sagt: „Die völlige Unfruchtbarkeit aller im Laufe des 19. Jahrhunderts immer wieder gemachten Versuche eines preußischen Unterrichtsgesetzes geht ihrerseits zurück auf die unter den gegebenen Verhältnissen unlösbare konfessionelle Frage."

Ein historischer Rückblick zeigt uns, daß sich hier Preußen stets rückwärts bewegt, daß die Reaktion noch im Aufsteigen begriffen ist. Am freisinnigsten ist noch das Allgemeine Landrecht, welches bestimmt, daß es auf die Konfession des Lehrers nicht ankommt. Aber die Reaktion erfocht unter Friedrich Wilhelm IV. einen vollen Sieg. Die Raumerschen Regulative haben 18 Jahre auf der preußischen Schule gelastet. In denselben heißt es:

„Der Gedanke einer allgemein menschlichen Bildung durch formelle Entwickelung des Geistesvermögens an abstraktem Inhalt hat sich durch die Erfahrung als wirkungslos oder schädlich erwiesen. Das Leben des Volkes verlangt eine Neugestaltung auf Grundlage und im Ausbau seiner ursprünglich gegebenen und ewigen Realitäten auf dem Fundament des Christentums, welches Familie, Berufskreis, Gemeinde und Staat in seiner kirchlich berechtigten Gestaltung durchdringen, ausbilden und stützen soll."

Also ein halb Jahrhundert nach Fichtes Ausführungen stellt der Kultusminister in Preußen das als Aufgabe der Volksschule hin.

Weiter eine Bemerkung gegen die Freisinnigen; sie klagen ja immer, daß ihr Kampf gegen die Reaktion ihnen durch die Sozialdemokratie erschwert wird. Nun, die Raumerschen Regulative haben von 1854 bis 1872 die Volksschule bedrückt, wo war in dieser Zeit die Sozialdemokratie? Damals hatten die liberalen Parteien die überwältigende Mehrheit im preußischen Landtag. Was tat damals der Liberalismus? Erinnern wir die Liberalen, wenn sie mit solchen Vorwürfen kommen, nur immer daran, daß sie von 1854 bis 1872 die Herrschaft der Regulative nicht zu beseitigen vermochte.

Ein anderer Grund aber ist der: die Raumerschen Regulative zeigen den Zustand, dem wir heute wieder zustreben. (Lebhafte Zustimmung.) Als Falk heraufkam, schienen die Zeiten besser zu werden, aber ein großer Staat ist mit den Falkschen Verfügungen nicht zu machen, immerhin bedeuteten sie einen Fortschritt gegen Raumer. Ein anderes Verdienst Falks war eine gewisse Begünstigung der Simultanschule durch ihn. Trotz der Geringfügigkeit seiner Reformen war er ein gehaßter Mann. 1879 mußte er abtreten. Welcher Geist schon wieder herrschte, zeigt die Tatsache, daß Falks Nachfolger Herr v. Puttkamer war, ein Vertreter der allerschwärzesten Reaktion, unter dem Sozialistengesetz als Putti bekannt. Wie als Motto seiner Tätigkeit sagte er 1879 auf der Generalsynode:

„Wohin steuert unsere Volksschule? Soll sie lossteuern in das uferlose Meer, in eine bloß humanitäre allgemeine Richtung, oder soll sie fest gegründet bleiben auf der unverrückten Grundlage, die aus dem Ewigen stammt und auf das Ewige zurückführt?"

Aber Puttkamer war auch darauf bedacht, daß diese seine Absicht keine Kosten verursachte. Kurz vor seinem Scheiden aus dem Kultusministerium — er wurde Minister des Inneren — erließ er einen Erlaß an sämtliche Regierungen, der auf Sparsamkeit an sämtlichen Volksschulen drang:

„Man solle „auf kostspielige Verbesserungen des bisherigen Zustandes, auch wenn sie an sich wünschenswert und nützlich sein mögen, verzichten . . . und sich mit bestehenden Einrichtungen, auch wenn sie zu wünschen übrig lassen, bis auf bessere Zeiten begnügen."

Der Geist der Schulpatrone, die den Regierungs-Schulrat „vielfach ersuchten, ihnen nur Kandidaten mit Nr. 3 zuzuweisen, weil diese die bescheidensten wären" (Falk in der oben zitierten Rede) herrschte wieder im preußischen Kultusministerium.

Es herrscht also wieder ein Geist im preußischen Kultusministerium, den Falk durch die Erzählung charakterisiert hat: die Grundbesitzer bitten den Schulinspektor meistens, ihnen einen Schullehrer mit dem Zeugnis Nr. 3 zu schicken, weil diese die bescheidensten sind. (Hört! hört.)

Falk war gestürzt, bevor es ihm gelungen war, den von ihm ausgearbeiteten Schulgesetz-Entwurf vorzulegen. Glücklicher war Herr v. Goßler. In der Thronrede von 1890 hatte Wilhelm II. ein Schulgesetz angekündigt. Herr v. Goßler brachte es, aber er fiel, weil Konservative und Zentrum trotz seines weitgehenden Entgegenkommens ihm geschlossen entgegentraten. Erst sein Nachfolger, Graf Zedlitz-Trützschler, fand den Beifall der Konservativen und des Zentrums, deren Wünsche er durch seinen Entwurf im Jahre 1892 erfüllte. Die freisinnigen Nationalliberalen und Freikonservativen richteten sich dagegen auf. Es entstand ein ziemlicher Sturm der Entrüstung und der Entwurf wurde schließlich zurückgezogen. Seit 1892 haben wir nun einen vollständigen Stillstand in der Schulgesetzgebung, abgesehen von dem Lehrerbesoldungs-Gesetz von 1897. Die Konservativen bezeichneten 1898 im Wahlaufruf ihren Standpunkt, sie betonten die Dringlichkeit eines Schulunterhaltungs-Gesetzes und sagen dann:

„Indessen besteht die konservative Partei darauf, daß die äußeren Angelegenheiten von der inneren Ausgestaltung der Volksschule nicht getrennt werden können, weil die festzustellende Grundlage des Christlichen und Konfessionellen notwendig die äußere Gestaltung der Volksschule beeinflußt."

Unmittelbar nach Zusammentritt des 1902 gewählten Landtages verlangte die freikonservative Fraktion von der Regierung die endliche Regelung der Schulunterhaltungsfrage. Sie meinte dabei, daß die konfessionelle Frage auf dem Verwaltungswege erledigt werden könne. Die Regierung war aber durch Schaden klug geworden und wollte auf diesen Plan nicht eingehen. Sie sagte, schafft erst den Beweis, daß auf dem Gebiete der konfessionellen Frage eine Einigung, die die Mittelparteien einschließt, möglich ist, dann sind wir bereit, ein Schulunterhaltungs-Gesetz einzubringen. Daraufhin kam auf Betreiben der Regierung ein Kompromiß zwischen Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen in der Schulfrage zustande. Das Zentrum wurde absichtlich beiseite gelassen, denn seiner Zustimmung zum Kompromiß konnte man sicher sein und das Kompromiß war weniger kompromittierlich, wenn es in Gemütsruhe als lächelnder Dritter ruhig beiseite stehen blieb. Das Kompromiß hat folgenden Wortlaut:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung aufzufordern:

I. ohne Verzug, spätestens in der nächsten Tagung, einen Gesetzentwurf, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, auf folgender Grundlage vorzulegen:

1. die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen liegt den bürgerlichen Gemeinden (Gutsbezirken) oder Verbänden solcher unter ergänzungsweiser Beteiligung des Staates an den Kosten ob; (Art. 25 d. Verf.)
2. in Ausführung des Artikels 24 der Verfassung, wonach bei der Einrichtung der öffentlichen Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen sind, werden nachstehende Grundsätze festgelegt:
   a) in der Regel sollen die Schüler einer Schule derselben Konfession angehören und von Lehrern ihrer Konfessionen unterrichtet werden,
   b) Ausnahmen sind nur aus besonderen Gründen, insbesondere aus nationalen Rücksichten oder da, wo dies der historischen Entwickelung entspricht, zulässig (Lehrer, welche zur Erteilung des Religionsunterrichts für konfessionelle Minoritäten an Schulen anderer Konfession angestellt sind, dürfen voll beschäftigt werden);
   c) erreicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder einer konfessionellen Minderheit eine angemessene Höhe, so hat diese Minderheit den Anspruch auf Einrichtung einer Schule ihrer Konfession;
   d) es sind zur Verwaltung der Schulangelegenheiten neben den ordentlichen Gemeindebehörden in den Städten Schuldeputationen und auf dem Lande Schulvorstände einzurichten, bei denen der Kirche, der Gemeinde und den Lehrern eine angemessene Vertretung zu gewähren ist;

II. bei Neuregelung der Schulunterhaltungspflicht zugleich für die Beseitigung unbilliger Ungleichheiten in der Belastung der verschiedenen Schulverbände und in der Höhe des Diensteinkommens der Volksschullehrer zu sorgen.

Gegen Nr. 1 ist nichts einzuwenden. Mit Nr. 2 aber ist die konfessionelle Schule eingeführt und die Misere der ein- und zweiklassigen Schulen auf dem Lande verschärft. Die unter b) genannten Ausnahmen beziehen sich auf Hessen-Nassau, das seit Anfang des vorigen Jahrhunderts die Simultanschulen hat, die nationalen Rücksichten beziehen sich auf die bekannte Ostmarkenpolitik.

Sie enthält eine der schwerwiegendsten Bestimmungen, die direkt dem Zedlitz-Trützschlerschen Entwurf von 92 entnommen ist. Was dies anlangt, so habe ich vorher gesagt, wie Schulvorstände und Deputationen ohne jede gesetzliche Grundlage vom Minister in ihrer Wirkung beeinträchtigt werden. Diese Beeinträchtigungen sollen jetzt Gesetzeskraft erhalten.

An dem Kompromiß ist das wahrhaft Wunderbare der Name, tatsächlich sind die Nationalliberalen und Freikonservativen nur auf das eingegangen, was die Konservativen und das Zentrum immer gefordert haben. Rein politisch betrachtet ist der Abschluß des Schulkompromisses ein geradezu logische Handlung zu nennen. Alle sind darin einverstanden, daß in der Schulfrage gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen werden müssen. Diese Maßnahmen aber scheitern an der Konfessionsfrage, folglich muß diese vorher gelöst sein. Zur Lösung aber sind nur zwei Wege vorhanden. Entweder liefert man die Schule an die Kirche aus, oder man zerschneidet das Tischtuch zwischen der Kirche und der Schule durch die Ausscheidung der Kirche von der Schule. Die Anhänger des Kompromisses haben den ersten Weg gewählt. Für die Gegner ist damit vorgeschrieben, was sie zu sagen haben, sie müssen die konfessionslose Schule, die vollkommene Ausscheidung des Religions-Unterrichtes aus der Schule verlangen. (Sehr richtig!) Aber diesen Weg wagt heute von den liberalen Parteien im Landtage keiner zu vertreten, obwohl doch diese Forderung in ein liberales Programm hineingehört. In Preußen ist sie mit völliger Klarheit zuletzt im Programm der demokratischen Partei ausgesprochen worden, die sich im Jahre 1885 aus den Fortschrittlern bildete, die die Fusion mit den Sezessionisten nicht mitmachen wollten. Da heißt es: „Es ist die Durchführung des Prinzips der allgemeinen Volksschule zu erstreben, die religiöse Erziehung soll jedoch der privaten Fürsorge der Familie überlassen sein." In dem Programm der beiden freisinnigen Parteien fehlt diese Forderung, ja ihre parlamentarischen Vertreter haben gegen die „Verleumdung" protestiert, daß sie die Volksschule entchristlichen wollten; das hat Virchow schon 1872 erklärt und denselben Protest haben jetzt Ernst von der Freisinnigen Vereinigung und Kopsch im preußischen Landtag erhoben.

Wie soll sich nun die Sozialdemokratie verhalten? In der Presse ist von einer Seite gesagt worden, die Sozialdemokratie brauche sich über die Schulfrage nicht aufzuregen. In der kapitalistischen Gesellschaft sei die Schule stets ein Unterdrückungsmittel gegen das Proletariat; bei einem Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen hätten wir selbstverständlich die letzteren zu unterstützen, nicht um ihrer schönen Augen willen, sondern weil wir versuchen müßten, möglichst viel für das Proletariat herauszuschlagen. Dieser Standpunkt ist durchaus nicht übel, er leidet bloß an dem Umstande, daß bei uns in Preußen die Liberalen fehlen, denen wir die Führung der Geschäfte überlassen könnten. Wenn wir eine starke liberale Partei hätten, dann brauchten wir nur zu tun, was Marx schon im Kommunistischen Manifest sagte: Ständig dieser Partei auf die Hacken zu treten und sie in ihrer revolutionären Haltung zu unterstützen. Gewiß unsere Liberalen haben ganz annehmbare Schulprogramme, so hat im vorigen Sommer Pfarrer Naumann in der Tonhalle folgendes Programm aufgestellt:

Wir verlangen:

1. daß die **gesamte Jugend** des deutschen Volkes bis zu einer gesetzlich festgestellten Altersgrenze in der **Volksschule**, in der **Unterricht** und **Lernmittel frei** sind, vereinigt werde und daß neben der Volksschule öffentliche Anstalten für den ersten Unterricht **nicht** bestehen,
2. daß die **Volksschule** mit den **mittleren und höheren Bildungsanstalten in organische Verbindung** gebracht werde und **besonders begabte Kinder unentgeltlichen Unterricht** in weiterführenden Lehranstalten erhalten,
3. daß sich an die Volksschule eine **obligatorische Fortbildungsschule** für Knaben und Mädchen anschließt,
4. daß in der Volksschule, wie in jeder anderen staatlichen Bildungsanstalt, eine **konfessionelle Trennung** der Kinder nur im Religionsunterricht stattfindet und daß für die **Teilnahme am Religionsunterricht** ein **Zwang nicht** besteht,
5. daß die **Lehrer** eine **wissenschaftliche Bildung** erhalten, die der Stellung der Volksschule im gesamten Bildungsorganismus des Staates entspricht,
6. daß die Volksschule **zeitgemäß ausgestaltet** und **dotiert** wird (Verkleinerung der Schulklassen, Aufbesserung der Lehrerbesoldungen),
7. daß die **Aufsicht** über die Volksschule in die Hände von **praktisch bewährten und pädagogisch gebildeten Fachleuten** gelegt wird und —
8. daß die Oberleitung des Unterrichtswesens einem **Unterrichtsministerium** obliegt, das **vom Kultusministerium völlig getrennt** ist,
9. daß diejenigen **Gemeinden**, die größere Opfer für ihr Schulwesen bringen, an der Verwaltung der Schulen entsprechend beteiligt sind.

Das sind ganz ausgezeichnete Forderungen; wenn sie mit Ernst von einer liberalen Partei verfochten werden, dann möchte ich den Sozialdemokraten sehen, der sich dagegen aussprechen würde. Aber damit ist für uns noch nicht alles erledigt. Vergleichen Sie dieses Programm mit den Forderungen unseres Parteiprogramms und unserer Resolution. Wir verlangen die Weltlichkeit der Schule durch die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule. Diese Forderung fehlt selbst in dem vorgeschrittensten liberalen Schulprogramm. Die Liberalen sind wohl Gegner der Konfessionsschule, aber sie sind zu feige, um die entscheidende Gegenforderung zu stellen.

Wir Sozialdemokraten müssen uns aber an die Spitze des Kampfes um die Schule mit der Forderung stellen, **fort mit der Religion aus der Schule.** (Lebhafter Beifall.) Leicht wird uns diese Aufgabe gewiß nicht sein. Es wird nicht leicht sein, aus den Köpfen der Landbevölkerung die Verehrung des Religionsunterrichtes zu beseitigen, es wird auch nicht leicht sein, den Widerstand der Lehrer zu brechen, die jetzt Religionsunterricht erteilen und nicht zugeben mögen, daß sie 6 Jahre unnützen Studiums daran gewandt haben. Allein, was in Frankreich die Bourgeoisie durchgeführt hat — denn dort ist der Religionsunterricht aus der Schule verbannt — müssen wir hier leisten, wir können nicht wie die Katze um den heißen Brei herumgehen. Was wir als richtig erkannt haben, dessen Durchführung müssen wir auch fordern. Die Forderung, heraus mit dem Religionsunterricht aus der Schule, die schon Diesterweg aufgestellt hat, wird dazu beitragen, alles, was in Deutschland an freiheitlich denkenden Männern noch vorhanden ist, die jetzt im Schmollwinkel sitzen, noch einmal herauszuholen, und Freunde für diese Forderungen werden uns auch von der Seite der wahrhaft frommen Elemente und unseres Volkes kommen. Pastor Bolus hat 1900 den Ruf erhoben, hinaus mit der Religion aus der Schule um der Religion willen. Und Pastor Rahde sagte in der „Christlichen Welt", er sei erschrocken, wie viel Zustimmung diese Losung gefunden habe; und noch einen frommen Zeugen, Schleiermacher, will ich anführen, er sagt:

„Was nun den Religionsunterricht, der in öffentlichen Schulen erteilt wird, betrifft, so bin ich der Meinung, daß dieser ganz erspart werden kann. Es ist dieser Unterricht nur ein Rest aus früherer Zeit, in der diese Anstalten kirchlichen Ursprungs der Kirche untergeordnet waren. Jetzt sind sie nicht mehr kirchliche Anstalten."

Damit bin ich am Ende. Redner verliest die Resolution und weist auf die Bedeutung der Forderung der Einheitsschule noch ausdrücklich hin. Alle anderen Forderungen werden wir viel schneller erreichen, wenn das Kind des Besitzenden dieselbe Schulbank drückt, wie das Kind des Arbeiters. Ich bitte, die Resolution einstimmig anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Bruhns-Kattowitz: Als Vertreter des dunkelsten Teils unserer schwarz-weiß-roten Monarchie muß ich den eigenartigen Schulverhältnissen Oberschlesiens Rechnung tragen. Im Schulbezirk Oppeln beträgt die Durchschnittsziffer der Schüler, die auf einen Lehrer entfallen, 79; im Bezirk Tarnowitz 85, im Bezirk Huldschin und Nicolai 87 und im Bezirk Lublinitz mit 27 Schulen 91 Schüler. In 218 von 1453 oberschlesischen Volksschulen beträgt die Zahl der Schüler, die auf einen Lehrer fallen, über 100 bis 200. Schulpatrone solcher Schulen sind die adeligen Großgrundbesitzer, die Thiele-Winckler u. a. Ueber die Lehrergehälter will ich nichts sagen, sondern nur darauf hinweisen, daß die Lehrerwohnungen oft jeder Beschreibung spotten. Die örtliche Schulaufsicht in Oberschlesien wird in mehr als 80 Proz. von den Geistlichen ausgeübt, in anderen Fällen von Gutsbesitzern, Apothekern, Bauern und andern Leuten, die natürlich keine Ahnung davon haben, was für die Schule nötig ist. Der schlimmste Uebelstand ist die durch die Volksschule erstrebte Germanisation, es ist den Lehrern verboten, abgesehen vom Religionsunterricht in den untersten Klassen, sich der polnischen Sprache zu bedienen, auch in Gegenden, wo nur polnisch gesprochen wird. Fügen sich die Lehrer nicht den Wünschen ihrer Vorgesetzten, so erhalten sie nichts von der Ostmarkenzulage. Wie eine solche Methode auf die Bildung des Volkes wirken muß, braucht wohl kaum geschildert zu werden; die Kinder kennen wohl einzelne deutsche Worte, aber nicht ihre Bedeutung, sie sind in den Geist der Sprache nicht eingedrungen. Gewiß steht die polnische Bevölkerung kulturell tief, aber ihre geistigen Anlagen sind keineswegs gering. Nur infolge des mangelnden Unterrichts, infolge der blödsinnigen Hakatistenpolitik werden die jungen Leute in Unwissenheit gehalten. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen, um auf diese Weise Protest gegen die Germanisierungsbestrebungen zu erheben. (Beifall.)

Adler-Kiel: Zum Referat brauche ich nicht viel zu sagen, höchstens, daß die Einheitsschule, um die wir in Preußen noch kämpfen, in Japan bereits eingeführt ist. (Hört! hört!) Ebenso wie den Polen nimmt man auch den Dänen ihre Muttersprache. Die Kinder können dem Unterricht in deutscher Sprache nicht folgen. Und wie steht es um die Kenntnisse deren, die die Kinder unterrichten sollen? Dafür ist charakteristisch eine Anekdote, die von einem Geistlichen erzählt wird. Der Geistliche wollte von der Auferstehung des Fleisches sprechen. Das dänische Wort für Fleisch heißt Ködets, das für Speck: Fleskets. Der Geistliche sprach nun nicht von Ködets opstaadse, sondern von Fleskets opstaadse, d. h. von der Auferstehung des Specks. (Stürmische Heiterkeit.) Wir dürfen nicht vergessen, daß die dänische Kultur eine recht hochstehende ist. Die alten Römer nannten die Völker, die ihre Sprache nicht kannten, Barbaren, ich bezeichne es als barbarisch, wenn man Kinder in die Welt setzt und ihnen ihre Muttersprache nimmt. Darum ist die Resolution Bruhns ein Protest gegen die gegen Polen und gegen Dänen geübte Barbarei. (Lebhafter Beifall.)

Müller-Sagan: Wir müssen die Aufmerksamkeit mehr als bisher auf die Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den Fragen der preußischen Gesetzgebung richten. Genosse Arons hat in einem vorzüglichen Referat eine Reihe von Gedanken vorgetragen, aber er ist nicht eingegangen auf ein Thema, das er selbst einmal angeregt hat, die Frage der Beteiligung der Sozialdemokraten an den Kirchenwahlen. Natürlich haben wir es abgelehnt, von Partei wegen hierzu Stellung zu nehmen, aber wir wären sehr wohl in der Lage, auch bei dieser Gelegenheit auf unsere Genossen einzuwirken, um zu verhindern, daß die Macht derer gestärkt wird, die einen so unheilvollen Einfluß auf die Schule ausüben. Vielleicht genügt es, durch eine öffentliche Diskussion das Gewissen dieser Genossen zu schärfen.

Poech-Schwiebus: Die Frage, die der Vorredner angeregt hat, hat mit der Schule nichts zu tun. (Sehr wahr!) Wie es in den Junker-Schulen aussieht, weiß ich aus eigener Erfahrung. Die Junker besitzen noch das Privileg, die Schulkinder nach Kräften ausbeuten zu können. Von 6 bis ½9 Uhr morgens gehen die Kinder zur Schule, und dann werden sie bis Sonnenuntergang ausgebeutet. Was sie da lernen, kann man sich denken, die Leute können, wenn sie zwei oder drei Jahre aus der Schule sind, knapp ihren Namen deutsch schreiben — lateinisch können sie es überhaupt nicht. Auch die Schulferien richten sich danach, wie die Kinder zur Landarbeit gebraucht werden. Die Kinder müssen für die Junker Kartoffeln graben, aus diesen Kartoffeln wird dann Schnaps hergestellt zur weiteren Verdummung der Massen. (Sehr gut!) Ich habe als Kind 40 Pf. pro Tag für solche Arbeit erhalten und täglich zwei Glas Schnaps. Herr Gamp hat allerdings im Reichstag bestritten, daß so etwas vorkommt. Wenn er es wieder bestreiten sollte, so schicke man ihn nur an meine Adresse. Daß die Disziplin und die Sitten der Kinder darunter leiden, ist erklärlich. Wo es sich um andere Stellvertreter Gottes handelt, da achtet die Regierung auf Disziplin, bei den Lehrern tut sie das Gegenteil. Dagegen müssen wir Protest erheben. Ebenso haben wir dagegen zu protestieren, wenn Lehrer ihr Amt dazu mißbrauchen, um Sozialdemokraten an den Pranger zu stellen. (Beifall.)

Müller-Schleudit: Die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts ist in unserer Gemeinde noch nicht durchgeführt, wohl aber haben wir die Einheitsschule. Aber wie sieht diese Einheitsschule aus? Es sind Parallelklassen eingeführt, in der einen sitzen die Proletarier, in der anderen die besser situierten Kinder. Wir haben also genau dieselben Zustände wie vor Errichtung der Einheitsschule. Und wie betrachten die Rektoren ihre Aufgabe? Sie sind ja schon dramatisiert in „Flachsmann als Erzieher". Es gibt eine ganze Reihe solcher Flachsmänner, die nach oben kriechen und nach unten brutal auftreten.

Jakobsen-Ottensen-Lockstedt: Bei uns ist der Antrag auf Gewährung freier Lernmittel angenommen, aber die Regierung hat erklärt, daß die Gemeindevertretung kein Recht hat, solche Anträge zu beraten. So sieht es mit der Selbstverwaltung aus! Auch die neue Schulordnung für Schleswig-Holstein enthält wesentliche Verschlechterungen gegen früher, unsere Verbesserungsanträge sind infolge des Umfalls der Liberalen abgelehnt, die Schule ist der besitzenden Klasse ausgeliefert worden. Man will nicht, daß die Kinder zuviel lernen, weil man fürchtet, daß man dann zu viel Sozialdemokraten bekommt. (Sehr wahr!)

Wittrisch-Forst: Wenn wir uns an den Kirchenwahlen beteiligen sollen, so kommt mir das so vor, als wenn ein Rabbiner Vorschriften geben soll über die christlichen Taufen. (Heiterkeit.) Und was erreichen wir denn durch den Austritt aus der Landeskirche? Ein lebendes Beispiel dafür ist ja Genosse Hoffmann, unser Zehn Gebote-Hoffmann. (Heiterkeit.) Der hat seine Kinder jüdisch taufen lassen (Stürmische Heiterkeit) — ich wollte sagen, er ist gezwungen worden, seine Kinder am Religionsunterricht teilnehmen zu lassen und hat sie in den jüdischen Religionsunterricht geschickt. Genosse Arons hat auf die Wirkung des mechanischen Einpaukens des religiösen Lernstoffes hingewiesen, aber nur nebenher hat er die Erziehung der Jugend zum Mordspatriotismus erwähnt, und das ist doch viel wichtiger. Die Religionsgeschichten pflegen unsere Kinder als schöne Märchen anzusehen. (Widerspruch.) Zu welcher abscheulichen Dressur des menschlichen Geistes aber der in der Schule gepflegte Mordspatriotismus führt, das hat Bebel erst neulich im Reichstage nachgewiesen. Man stellt unseren Kindern den Gefreiten Lück und Konsorten als Ideal hin. (Heiterkeit.) Dagegen Einspruch zu erheben, ist notwendig. Selbst in Lehrerkreisen macht sich schon eine Bewegung gegen diesen Mordspatriotismus geltend. Daß wir eine Anzahl von Forderungen aufstellen, die wir als Minimalforderungen bezeichnen, ist ja sehr hübsch, aber gegen eine ganze Reihe dieser Forderungen kann der Steuerpolitiker, der mit den einmal gegebenen Verhältnissen rechnen muß, Einspruch erheben. Wir haben entlegene Gebirgsdörfer, wo die Kommunalsteuern unerschwinglich hoch sind. Hier müßten sich die Gemeinden zu Verbänden zusammenschließen, und der Staat hätte die Mittel für Schulzwecke zu bewilligen, wenn er wirklich auf den Namen eines Kulturstaates Anspruch erheben will.

Wally Zepler-Berlin: Genosse Arons hat mit Recht betont, daß es für den Augenblick darauf ankommt, die Herrschaft der Pfaffen über die Schule zu brechen. Ich bin damit vollkommen einverstanden, aber wir, d. h. eine Versammlung sozialistischer Vertreter des preußischen Staates, haben doch auch die Aufgabe, vor allem unsere Meinung über die kulturhistorische Bedeutung der Schule zu sagen. Eine der gewaltigsten Triebkräfte der sozialistischen Bewegung liegt ja darin, daß sie immer und immer wieder zeigt, daß der Fortgang der menschlichen Kultur an den Fortgang der sozialistischen Bewegung gebunden ist. Die Schule ist dasjenige Gebiet, wo die gewaltige kulturelle Ueberlegenheit der sozialistischen Weltanschauung gegenüber der reaktionären und der zurückgebliebenen liberalen Weltanschauung besonders zum Ausdruck kommen muß. Der gewaltige Unterschied zwischen der heutigen Volksschule und dem, was uns als Ideal einer Zukunftsschule vorschwebt, bringt so recht zum Ausdruck den ungeheuren Unterschied der heutigen kapitalistischen Welt gegenüber einer zukünftigen sozialistischen Kulturwelt. Wir glauben alle, daß die Erziehung der Jugend in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschaft aufgebaut sein muß nach den höchsten Prinzipien der Menschheit überhaupt, und deshalb muß die Forderung der Einheitsschule in den Vordergrund des Kampfes gerückt werden, denn darauf beruht jeder nur mögliche Fortschritt im Schulwesen. Solange wir eine Klassenschule haben, eine Schule, die nach Diesterweg nicht eine Volks- sondern eine Armenschule ist, kann von einem kulturellen Fortschritt im Schulwesen keine Rede sein. Wir befinden uns pädagogisch heutzutage in einem Anschauungskreise, der von Grund aus eine Reformierung unserer ganzen Jugenderziehung bezweckt, eine Reformierung, die dahin geht, daß die Schule aufhören soll, eine Schule zu sein, die nur ganz bestimmte Kenntnisse übermittelt, daß sie vielmehr werden soll ein großes soziales Erziehungsinstitut mit der Aufgabe, die geistigen, sittlichen, künstlerischen und physischen Fähigkeiten des Kindes zu pflegen. Gerade in letzter Zeit neigen die Pädagogen mehr und mehr zu der Ansicht, daß die Durchdringung der Jugend mit dem sozialen Gedanken die hervorragendste Aufgabe der Zukunftspädagogik ist und daß eine solche Sozialpädagogik praktisch durchgeführt wird in einer Schule, die durch das gemeinsame Leben der Kinder aller Stände die sozialen Instinkte zu entwickeln imstande ist.

Was unser Antrag bezweckt, ist das, was unter dem Namen Co-Education, gemeinsame Erziehung, bekannt und in Nordamerika, Norwegen und Finnland schon praktisch erprobt ist. Alle Pädagogen, die sich mit diesem System beschäftigt haben, sind der Ansicht, daß die gemeinsame Erziehung von Knaben und Mädchen in vielfacher Hinsicht die vorzüglichsten Resultate zeitigt. Nach Meinung aller derer, die das öffentliche Wirken der Frauen studiert haben, soll man die etwas verschiedenartige geistige und sittliche Begabung von Frauen und Männern für die Bereicherung des Kulturlebens ausnutzen, dadurch, daß man die Anlagen entwickelt und auf einander wirken läßt. Diese Idee lag der gemeinsamen Erziehung von Knaben und Mädchen zugrunde; man sagte sich, daß vor allem die natürliche sittliche Einwirkung, die von Anfang an das gemeinsame Aufwachsen von Knaben und Mädchen, besonders auch das gemeinschaftliche Streben und Lernen auf beide Geschlechter ausüben müßte, äußerst günstig sein würde, daß die etwas wildere Natur der Knaben gemildert werden könnte durch die größere Sanftmut der Mädchen und daß umgekehrt der vielleicht oberflächliche Intellekt des Mädchens gehoben werden könnte durch die größere Vertiefung des Knaben in geistige Gegenstände. Nach Ansicht aller Pädagogen, die in solchen Schulen unterrichtet haben, sind tatsächlich ähnliche Resultate erzielt worden. Meiner Meinung nach muß dieser fortschrittliche Versuch auch von uns durchaus vertreten werden. Aus diesen Gründen bitte ich Sie, unseren Antrag anzunehmen. Meine persönliche Ansicht geht ferner noch dahin, daß in der ganzen Schulgesetzgebung den Frauen ein größerer Einfluß gewährt werden müßte, daß mehr Frauen in die Schuldeputationen hineinmüßten (Sehr richtig!) und daß es Sache der sozialdemokratischen Partei ist, in stärkerer Weise als bisher den Einfluß des weiblichen Geschlechtes im öffentlichen Leben auch tatkräftig zur Geltung zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen ist folgender genügend unterstützter **Antrag 10** eingegangen: Antrag zur Resolution zur Schulfrage. Zu Punkt 1 am Schlusse einzufügen: „Beseitigung der Bestrebungen, die darauf ausgehen die Schule statt zu einer Pflegstätte vorurteilsloser Bildung zu einem Werkzeug politischer Verhetzung zu machen." Lily Braun.

Lily Braun-Berlin: Genosse Wittrisch hat bereits darauf hingewiesen, daß es gerade im Interesse unserer Bewegung ist, nicht nur den Kampf gegen die Kirche in den Vordergrund zu schieben, sondern auch den Kampf gegen den Mordspatriotismus, wie er unseren Kindern gelehrt wird, ganz besonders zu betonen. Von diesem Standpunkte aus habe ich den Antrag 10 eingebracht. Auch in der Volksschule, in der der Geschichtsunterricht gleich Null ist, wird der Mordspatriotismus unseren Kindern durch die Lesebücher beigebracht. Gerade hier werden die schlimmsten Einflüsse geltend gemacht. Ich erinnere zum Beispiel an den Haß gegen Frankreich, der durch die Lesebücher in unseren Kindern systematisch großgezogen wird. Dagegen werden die Heldentaten gegenwärtiger Herrscher und lebender Fürstlichkeiten in einer Art Heldengedicht dargestellt. In dem Lesebuch meines siebenjährigen Jungen handeln 19 Erzählungen vom Vaterlande, darunter elf allein vom Kaiser Wilhelm I., Kaiser Friedrich, Kaiser Wilhelm II. und dem jetzigen **Kronprinzen.** (Hört! hört!) Von letzterem werden zwei rührende Geschichtchen als Moralpredigten für unsere Kinder erzählt. Einmal wollte er sich nicht waschen lassen. Da durfte die Schildwache nicht vor ihm präsentieren und dadurch wurde er gezwungen, sich waschen zu lassen. (Heiterkeit.) In der anderen Erzählung wird dargestellt, daß er nicht mit Puppen spielen sollte, da ja die Soldaten auch nicht mit Puppen spielen. (Heiterkeit.) Wenn die Lesebücher anders gestaltet wären, so könnte durch sie wirkliche Vaterlandsliebe unsern Kindern beigebracht werden, denn Deutschland hat Helden genug aufzuweisen, Helden der Kulturentwickelung, des Menschheits- und Freiheitsgedankens. Die Vorführung solcher Helden würde allerdings eine hervorragende erzieherische Bedeutung für unsere Jugend haben. Unsere Lesebücher sind auch vollgepfropft von religiösen Geschichten aller Art, die vielfach eine im höchsten Maße durchseuchte und vergiftete Moral zeigen. Die Armut wird den Kindern noch dargestellt unter dem Gesichtspunkt, daß die Tugenden der Reichen sich an den Armen üben sollen, während die Armen dadurch die Demut, die Bescheidenheit, die Unterwürfigkeit, die Dankbarkeit und dergleichen schönen Dinge lernen sollen, die wir den Kindern nicht beibringen wollen. Wir wollen uns vor allem wenden gegen eine Art des Patriotismus, die unserem Ideal strikt entgegengesetzt ist. Es wird an die schlechtesten Instinkte im Menschen appelliert, an die Habsucht, den Uebermut und Haß, die wir als Sozialdemokraten mit Stumpf und Stiel ausrotten wollen. Wir müssen gegen den Einfluß der herrschenden Klassen in dieser Richtung auf unsere Kinder protestieren. (Lebhafter Beifall.)

Von **Heine-Berlin** liegt ein genügend unterstützter Antrag vor, wonach in der Resolution der Satz: „und der Ausscheidung jedes religiösen Unterrichts in der Schule" durch folgende Fassung ersetzt werden soll: „und der Ersatz des konfessionellen Religions-Unterrichts durch Unterweisung in Religionsgeschichte, Moral und Kunstpflege, Gestaltung des gesamten Unterrichts nach den Grundsätzen fortgeschrittener Pädagogik.

Haenisch-Dortmund beantragt, in diesem Amendement das Wort „Religionsgeschichte" zu streichen.

Heine-Berlin: Mein Antrag hat den Zweck, daß wir in unserer Resolution nicht nur das Verwerfliche am heutigen Unterricht kennzeichnen, sondern zeigen, daß wir wohl wissen, wie positive Kulturförderung aussieht und daß wir von vornherein Vorwürfen begegnen, die sonst gegen uns erhoben werden würden. Ich möchte den Halbsatz: „Ausscheidung jedes religiösen Unterrichts aus dem Lehrstoff der Schule" so unvermittelt und in solcher Allgemeinheit nicht stehen lassen, sondern ersetzen so wie mein Antrag vorschlägt. Dem was über die Gestaltung des Religionsunterrichts in der heutigen Schule gesagt worden ist, kann ich vollständig beipflichten: Ueberhäufung, Ueberwucherung des übrigen Unterrichtsstoffes durch einen — es wäre zu viel Ehre, ihn religiös zu nennen — kirchlichen Memorierstoff, durch den Katechismus, durch unverstandene Sprüche, durch immer wertlos gewesene oder wertlos gewordene Kirchenlieder — all das kann man nicht genug verdammen. Deshalb bin auch ich für die Trennung der Kirche von der Schule. Ich sage aber nein, wenn ohne weiteres die Trennung der Schule vom Religionsunterricht verlangt wird. Ich könnte für diesen Satz stimmen, wenn er einen momentan zu ergreifenden praktischen Ausweg aus den Schwierigkeiten darstellte. Wenn wir heute die Schule von der Gewalt der Kirche befreien könnten, aber nur um den Preis der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, würde ich aus opportunistischen Gründen dies annehmen als das kleinere Uebel.

Aber so liegt es nicht. Kirche und Staat halten fest zusammen und dieses Bündnis muß erst nicht nur moralisch Bankerott gemacht haben — das hat es schon längst in den Augen aller frei Denkenden —, sondern auch sich äußerlich unmöglich gemacht haben. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Unsere Erörterung ist deshalb rein akademisch, theoretisch, und in solchen Fällen ist man meines Erachtens verpflichtet zu prüfen, ob das, was man ja nur für die Zukunft fordert, in dieser Zukunft auch richtig und praktisch sein würde.

An eine Ueberwindung der Macht der Kirche über die Schule ist erst zu denken, wenn einmal eine starke freiheitlich gesinnte Mehrheit ihre Hand auf den Staat gelegt haben wird. Welchen Grund aber hätten die dann herrschenden frei denkenden Politiker, einen so wesentlichen Teil der Erziehung der Jugend aus der Hand zu geben und den erbittertsten Feinden der Freiheit, den Kirchen zu überlassen? Diesen die bildsamen Seelen der Kinder zu jedem pfäffischen Mißbrauch auszuantworten?

Man denke nicht, daß die Eltern von ihrer Freiheit, die Kinder diesem Religionsunterricht zu entziehen, Gebrauch machen würden.

Wir sehen es an Frankreich, an Belgien, an Amerika, überall, wo man der Kirche solche Freiheit eingeräumt hat, da hat sie sie benutzt, um Armeen der Freiheitsfeindschaft heranzuziehen. Nirgends ist die Macht der Kirchen größer als in diesen Ländern.

Wir sehen ja auch bei uns, daß in den Dingen, in denen jeder Freiheit hat, sich zur Kirche zu stellen wie er will, Trauung und Taufe, nur sehr wenige von dieser Freiheit Gebrauch machen, und viele, die davon Gebrauch gemacht haben, sich nachträglich noch von der Kirche wieder einfangen lassen.

Religiöses Bedürfnis steckt eben tief in der Natur der Menschen und je mehr man den Glauben erweckt, daß Religion und Kirche ohne weiteres zusammenfielen und nur die Kirche die einzige und rechte Verwalterin des Religiösen im Menschen wäre, desto mehr stärkt man die Kirche.

Ich meine deshalb, daß die Schule, wenn sie einmal das Joch der Kirche abgeworfen hätte, sehr recht daran täte, sich mit der Religion in einer Weise zu beschäftigen, wie die Kirchen dann es nicht tun würden: vorurteilslos ohne konfessionellen Haß, ohne dogmatische Engherzigkeit.

Ein guter freier Unterricht über die Religionen, der freilich erst möglich wäre nach Trennung der Schule von der Kirche, würde das unentbehrliche Mittel sein, die geistige Freiheit vor ihren kirchlichen Feinden zu schützen.

Selbstverständlich würde ein solcher Unterricht nicht im mechanischen Auswendiglernen von schlechten Kirchenliedern und unverstandenen Sprüchen bestehen. Es soll und kann Religion selbst im wahren Sinne nicht gelehrt werden, denn sie ist etwas, was einer nicht lernen kann, sie ist kein Wissen, auch kein für Wahrhalten, sondern eine innere Erregung, ein inneres Erleben. Aber es soll der Boden bereitet werden, auf dem diese nun einmal vorhandene menschliche Anlage die edle schöne Frucht persönlicher Religion tragen kann, und es sollen die Seelen der Kinder vor einseitig kirchlicher Verbildung, vor konfessioneller Verhetzung bewahrt werden.

Dazu dient Religionsgeschichte, der Unterricht in der Sittenlehre und Kunstpflege vor allem, denn die erzeugt eine Erregung, die der religiösen verwandt ist.

Es gibt schon heute solchen Religionsunterricht, freilich nur hie und da für Kinder der besitzenden Klassen. Wenn ich aber an die zukünftige Gestaltung unseres Bildungswesens denke, so möchte ich eben dasselbe Gute, das heute nur wenige genießen können, für unser ganzes deutsches Volk wünschen. Mit dem, was in dieser Beziehung in der Resolution steht, würden sich die gehässigsten und volksfeindlichsten Pfaffen einverstanden erklären können. Die würden schon wissen, was sie mit den ihnen überantworteten Seelen der Kinder anfangen würden, wenn kein Gegengewicht in der Schule gegeben ist. Dieses Gegengewicht darf natürlich nicht in einer Unterweisung in Dogmen bestehen. Deshalb bitte ich Sie, zu zeigen, daß wir nicht bloß wissen, wie schlecht das Heutige ist, sondern auch mindestens fühlen und ahnen, wie gut eine freie Kultur sein könnte. Ich bitte Sie, meinem Antrage zuzustimmen.

Die Fortsetzung der Diskussion wird auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Die Berliner Genossen geben den Delegierten um 8 Uhr abends einen Kommers in der Neuen Welt.

Schluß 7¼ Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 29. Dezember.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Der Roland von Berlin.
Neues königl. Opern-Theater. Die Herzmarke.
Deutsches. Helden.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Lessing. Die Siebzehnjährigen.
Westen. Wiener Blut.
Nachmittags 3 Uhr: Maria Stuart.
Thalia. Der große Stern.
National. Die Millionenbraut.
Zentral. Die Negerlein.

Anfang 8 Uhr:

Neues. Der Graf von Charolais.
Belle-Alliance. Ein Blitzmädel.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Tyrannei der Tränen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Heimgefunden.
Kleines. Salome.
Residenz. Herkulespillen.
Carl Weiß. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Lustspielhaus. Der Familientag.
Trianon. Die glückliche Gilberte. (Heureuse.)
Deutsch-Amerikanisches. New-York.
Luisen. Die zärtlichen Verwandten.
Apollo. Berliner Luft. Wundersterne. Elektrische Tanzbilder.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Kasino. In Vertretung.
Passage-Theater. Ludolf Waldmann. Klara Lingen. Anf. 5 Uhr.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Spezialitäten.
Herrnfeld-Theater. Prinz Leop in Ahlbeck.

Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.
Im Theater nachmittags 4 Uhr: Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.
Im Theater abends 8 Uhr: Tierleben in der Wildnis.

National-Theater
Weinbergsweg 19.
Donnerstag, den 29. Dezember 1904:
Gastspiel Fritz Werner:
Die Millionenbraut.
Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Gastspiel Werner: Die Fledermaus.
Sonnabend: Gastspiel Werner: Die Fledermaus.

Zentral-Theater
Anfang 7½ Uhr.
Die Negerlein.
Groteske Operette in 3 Akten.
Morgen und folgende Tage: Die Negerlein.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Däumelinchen.
Abends 7½ Uhr: Die Negerlein.
Sonntag nachm. 4 Uhr: Fledermaus. Abends: Die Negerlein.

Apollo-Theater.
218 Friedrichstr. 218.
Täglich:
Berliner Luft
von Paul **Lincke.**
Letzte Woche! Auftreten der phänomenalen amerikanischen
Sensations-Novitäten!
Neujahrstag, 1. Januar 1905,
nachmittags 3 Uhr:
Berliner Luft
u. die sensation. Januar-Spezialitäten.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Im Bannkreis der Jungfrau.
Im Theater 4 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

PANOPTICUM CASTAN'S
Während der Festwoche:
Große Weihnachts-Ausstellung!!
Die **Hauffschen Märchen.**
Achmet Effendi, der indische Bauchredner u. seine sprechenden Wunderfiguren. Der rätselhafte Zaubertisch.

Passage-Panopticum.
Bis Sonntag, den 1. Januar inkl.:
Volkstage.
Jeder Erwachsene hat ein Kind frei. Jedes Kind erhält ein Weihnachts-Geschenk.
Der Riese Machnow
der größte Mensch, der je gelebt hat!
Das Bärenweib. — Marionetten-Theater. Die 3 kleinsten Schwestern der Welt. Alle Schaustellungen u. Nebensäle ohn. Extra-Entree.
Entree 50 Pf.

W. Hoacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Donnerstag wegen Privatfestlichkeit:
Geschlossen.
Freitag z. letztenmal: **Der Wilddieb.**
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: **Großer Silvesterball.**

Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die zärtlichen Verwandten.
Freitag: Die zärtlichen Verwandten.
Sonnabend: Doktor Fausts Zauberkäppchen.
Sonntag: **Der Graf von Charolais.**
Sonntag nachm.: Don Carlos.
Abends: Der Registrator auf Reisen.
Montag: Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Kleines Theater
Anfang 8 Uhr:
Salome.
Freitag, zum 1. Male:
Die Neuvermählten.
Sonnabend: **Die Neuvermählten.**
Vorher: **Abschieds-Souper.**
Sonntag: **Die Neuvermählten.**
Vorher: **Abschieds-Souper.**

Passage-Theater.
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr, Sonntags 3 Uhr.
Letzte Woche!
Ludolf Waldmann
Berlins populärst. Liederkompon.
Carla Lingen
in ihrer Szene „Die Gefangene".
14 neue erstklassige Nummern.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: **Mittagstisch.**
In den unteren Sälen jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaisersaal
Tanz.

Neues Theater.
Anfang 7½ Uhr:
Der Graf von Charolais.
Freitag: **Der Graf von Charolais.**
Sonnabend: **Einen Jux will er sich machen.**
Sonntag: **Der Graf von Charolais.**
Montag: **Die lustigen Weiber von Windsor.**

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend 8 Uhr:
Gastspiel **Ad. Philipp:**
NEW-YORK
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n grossen Teich.

Kasino-Theater
Lothringerstraße 37 (Rosenthaler Tor).
Täglich 8 Uhr, Sonnt. 7½—8 **Konzert.**
Großer Erfolg! Stürm. Heiterkeit!
In Vertretung.
Vorher nur noch kurze Zeit **Corradini** und das brillante Dezember-Progr.
Sonntag nachm. 4 Uhr: **Blumenstrauß. Schwarzer Peter.**

Palast-Theater
Burgstr. 22, früher **Feen-Palast.**
Das hervorragende Spezialität.-Programm.
9 Uhr: **Eingeschneit.** 9 Uhr.
Weihnachtsbild mit Gesang von Walter.
Vor- und nachher:
Spezialitäten I. Ranges.
Freitag: **Elite-Vorstellung.** Kl. Preise.
Das Gefängnis.
Lustspiel in 4 Akten von R. Benedix.
Dr. Hagen . . . Direktor Winkler.
Sonnabend: **Große Silvester-Feier.**
Premieren-Vorstellung u. Tanz.
Anfang 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Residenz-Theater.
Dir.: **Richard Alexander.**
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Herkulespillen.
Schwank in 3 Akten von Paul Gilhaud und M. Hennequin. Deutsch von M. Schönau.
Silvesterabend **ausnahmsweise** Beginn 7½ Uhr.
Sonntag, 1. Januar 1905, nachmittag 3 Uhr: **Die 300 Tage.**

Lustspielhaus
Friedrichstraße 236.
Abends 8 Uhr:
Der Familientag.
Morgen und folgende Tage: **Der Familientag.**
Sonnabend nachmittag: **Das böse Prinzeßchen.**
Sonntag nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: **Kamerad von Zeck.**

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinder-Vorstellung: **Aus der Märchenwelt. (Rotkäppchen.)**
Sonntag 3 Uhr (Parkett 60 Pf.): **Senta Wolfsburg.**

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Der große Wohltäter.
Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilken.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**
Entree 30 Pf. Num. Platz 50 Pf.
Sonntag, den 1. Januar 1905: **Das Lumpenpack Hanpt.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannei der Tränen.
Lustspiel in 4 Akten von C. Haddon-Chambers. Deutsch v. Berta Pogson.

Freitag, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Pension Schöller.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).

Donnerstag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.
Weihnachtskomödie in 6 Bildern von Ludwig Anzengruber.

Freitag, abends 8 Uhr:
Heimg'funden.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Familie Schierke.**

Krug zum grünen Kranze

Grand-Hotel Alexanderplatz.

Jeden Abend

Carl Lüdeckes humoristische Konzerte

Fidelitas. 16022*

Zirkus Busch.

Katharina II.

Nur noch einige Male:
Die Original-Japaner.
Die dress. Affen des Clown **Armando.**
Herr Dir. **Busch:** Eine Steeple-Chaise.
Eine Zebra-Komödie
und die vorzügl. Programmnummern.

Zirkus Schumann

Heute Donnerstag, den 29. d. Mts., abends präz. 7½ Uhr:
Elite-Abend, Gala-Programm.
Zum 7. Male:
Die große **Schumann**sche Ausstattungs-Pantomime
Eine Nordlandreise.
Im Strahl der Mitternachtssonne.
Komisch-phantastische Pantomime in 7 Bildern. Entworfen und auf das Glänzendste in Szene gesetzt vom Direktor Albert Schumann.
Vorher sämtliche Spezialitäten, Dir. **Alb. Schumanns** neue u. moderne Dressuren und
Münstedts reizende Liliputaner.
Sonntag, den 1. Jan. 1905, nachm. 3½ Uhr und abends 7½ Uhr: Zwei große Gala-Fest-Vorstellungen. Nachmittags 1 Kind frei.

Gebr. Herrnfeld-Theater.

Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwank in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Anf. 8 Uhr. Vorverkauf 11—2 Uhr.
Sonnabend, den 31. Dezember:
Große Silvester-Feier
mit originellem
Riesen-Jubel-Programm
Um 8 Uhr:
Die stürmisch bejubelte Situationskomödie:
Prinz Levy in Ahlbeck.
Um 12 Uhr:
Gruß an das neue Jahr 1905!
Humoristisch aktueller Prolog von Hugo Pollak mit
Jubel-Fanfaren-Chor und Fest-Musik.
Hierauf: Allgemeine **Gratulations-Cour** mit **Punsch- u. Pfannkuchen-Polonaise.**
Um 1 Uhr:
Mit gänzlich neuer Ausstattung:
Die Original-Klabriaspartie.
Billett-Vorverkauf ab heute.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Sonnabend, 31. Dezember:
Grosse
Silvester-Ulk-Soiree
mit darauffolgendem **Tanzkränzchen.**

Metropol-Theater

Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephi. Anton Grünfeld.
Fritzi Massary.
Das **Fest des Lichts.** (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8½ Uhr.
Sonnabend, den 31. Dezember:
Große Silvester-Feier.

Trianon-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.

Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
u. **Tanzkränzchen.**
Sonnabend, 31. Dezbr.:
Silvester-Vorstellung.
Silvester-Ball.
Anfang 8 Uhr. Ende ?

Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Das neue Dezember-Programm.
Neu! Mr. Isano mit seinen lebensgroßen sprechenden Automaten.
Neu! Der Reformdichter.

Otto Pritzkows
Abnormitäten-Ausstellung
Münzstraße 16.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Winter-Garten

Heute und die folgenden Tage die sensationellen
Wettrennen
zwischen dem
amerikanischen Radfahrer Walthour
und
1. Berliner Rennfahrern,
2. dem amerikanischen Rennpferd „Dolly",
geritten vom Jockey **Kreamer,**
sowie
das glänzende Dezember-Progr.

Neues Konzerthaus,

Grand-Hotel Alexanderplatz.
Inhaber **Albert Moerner.**
Heute sowie täglich:
Grosses
Curt Goldmann-Konzert
unter Mitwirkung des 9 Jahre alten Violin-Virtuosen **Kun Arpád,**
des **Opernsängers Fr. Hoberg**
und des **Salonkomikers Osk. Saldow.**
Anfang 8½ Uhr.
× **Entree 20 Pf.** ×
Meine 3 Säle sind an Sonntagen bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben. [1601 L*

Achtung! **Achtung!**

VI. Wahlkreis

Schönhauser Vorstadt.

Sonntag, den 1. Januar 1905, mittags 12 Uhr:

Große Matinee

im **Berliner Prater,** Kastanien-Allee 7–9,

veranstaltet von den Parteigenossen der Schönhauser Vorstadt.

Ersatz für die am zweiten Feiertage polizeilich aufgelöste Matinee im Berliner Prater.

Entree nach Belieben. [220/13*] **Das Komitee.**

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.

Donnerstag, den 29. Dezember 1904, abends 8 Uhr, im Lokale Alte Jakobstr. 37 (Louisenstädtisches Konzerthaus):

General-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstage und Anträge zum Verbandstage. 2. Verschiedenes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. — Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte legitimiert. 161/1 **Der Vorstand.**

Freie Volksbühne

Sonntag, 1. Januar, nachmittag 2¼ Uhr:

Metropol-Theater.
7. Abteilung
Die Juden.

Berliner Theater.
1. Abteilung:
Die Räuber.

General-Versammlung
Donnerstag, den 5. Januar 1905, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause.
(Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.)
Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** Herr **Dr. Emil Geyer.** 2. Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. 3. Bericht der Revisoren. 4. Diskussion und Verschiedenes.
230/7 **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Partei-Speditionen:

Berlin zweiter Wahlkreis: Hermann Werner, Mittenwalderstraße 30, p. part. — **Dritter Wahlkreis:** St. Fritz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part. — **Vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, Hof part. — **SO.:** Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden). **Fünfter Wahlkreis:** Leo Zucht, Reibestraße 42 (Laden). — **Sechster Wahlkreis (Moabit):** Karl Anders, Salzwedelerstr. 8, im Laden. — **Wedding** und **Oranienburger Vorstadt:** Emil Stoltzenburg, Wiesenstr. 41/42. — **Rosenthaler Vorstadt, Gesundbrunnen:** Hermann Raschke, Rügenerstr. 24, vorn part. links. — **Schönhauser Vorstadt:** Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96. — **Alt-Glienicke:** Reinhold Scholz, Rudowerstr. 72. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Sesenheimerstr. 1, Ecke Goethestraße, vorn I. — **Deutsch-Wilmersdorf:** B. Nickel, Berlinerstr. 130, III. — **Friedrichsberg-Friedrichsfelde - Wilhelmsberg - Hohenschönhausen:** Otto Seifel, O. 112, Kronprinzenstraße 50, I. — **Grünau:** H. Bluhme, Kurfürstenstraße 3. — **Rixdorf:** M. Heinrich, Prinz Handjerystraße 7, im Laden. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden. — **Ober-Schöneweide:** Otto Münzer, Edisonstraße 31, 2 Treppen. — **Nieder-Schöneweide:** Bonakowsky, Berlinerstr. 8. — **Johannisthal:** Paul Mann, Bismarckstr. 7. — **Adlershof:** Paul Schmidt, Bismarckstraße 32, I. — **Königs-Wusterhausen:** H. Meier, Bahnhofstr. 11 II. — **Köpenick:** Friedrich Woick, Grünstr. 29. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Schloßstr. 115, Gartenhaus I, in Steglitz. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Ahornstraße 15a. — **Mariendorf:** Hermann Reichardt, Chausseestraße 16. — **Baumschulenweg:** Stock, Ernststr. 2, II. — **Treptow:** R. Voigt, Elsenstr. 37, vorn III l. — **Neu-Weissensee:** W. Reske, Sedanstr. 53, part. — **Reinickendorf (Ost** und **West), Wilhelmsruh** und **Schönholz:** Schüler, Provinzstr. 28, II. — — **Rummelsburg:** Forgbert, Kantstraße Nr. 5. — **Tegel, Borsigwalde, Dalldorf** und **Waldmannslust:** Paul Kienast, Borsigwalde, Schubartstr. 43. — **Pankow:** G. Freiwaldt, Florastr. 66. **Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf** und **Hankels Ablage:** Alfons Gräf, Eichwalde, Kronprinzenstr. 82, I. — **Nowawes:** Wilhelm Zappe, Friedrichstr. 1.

Außerdem ist sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegengenommen.**

Bitte ausschneiden.

Neuerscheinungen!

Wir empfehlen zur Anschaffung:

Fackeln der Zeit. Gedichte von Ludwig Lessen. Preis 50 Pf.

Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Richard Fröhlich. Preis 20 Pf.

Die Schulfrage. Von Klara Zetkin. Preis 15 Pf.

Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte. Von Paul Kampffmeyer. Preis 40 Pf.

Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Plechanow. Preis 40 Pf.

Die Warenhäuser und die Mittelstandspolitik des Zentrums. Von Adolf Braun. Preis 20 Pf.

Theorien über den Mehrwert. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Oekonomie" von Karl Marx. Herausgegeben von Karl Kautsky. I. Band. Die Anfänge der Theorie vom Mehrwert bis Adam Smith. Preis brosch. 5,50 M., geb. 6,— M.

Aus Leben und Wissenschaft. Gesammelte Aufsätze und Vorträge von Prof. Dr. A. Dodel. Zweite Serie in drei Teilen. Inhalt: I. Teil: Mitten im Kampf. II. Teil: Pädagogisches. III. Teil: Aus dem sonnigen Süden. Preis brosch. 3,50 M., geb. 4,— M.

Ein neuer Totentanz in 18 Bildern von Hans G. Zentsch. In eleganter Mappe. Preis 2,50 M.

Der Königsberger Geheimbundsprozeß. Nach den Akten und stenographischen Aufzeichnungen. Herausgegeben von Kurt Eisner. Illustriert. In 11 Heften a 20 Pf.

Ferner empfehlen wir:

Sonnenblumen. Eine Sammlung Gedichte berühmter Autoren auf losen Blättern. In eleganter Mappe. Alle vier Bände zusammen Preis 3,— M., einzelne Bände 75 Pf.

Zu beziehen durch

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Max Wegner,

Zentral-Markthalle I,
Haupteingang: **Gontardstraße,**
links, erste Reihe.

Echte Eckernförd. Sprotten, große goldgelb Fettmar., Kiste ca. 5½ Pfd. 1,50
Delikate Spickaale jeder Größe a Pfund von 1,00 bis 1,60
Räucherlachs (fettriesend) in ganzen Stücken Pfund 1,00
Kieler Sprott-Bücklinge Kiste (zirka 100 Inhalt) 1,25

Zum Verkauf kommen nur täglich eintreffende Eilgut-Sendungen.

Max Wegner, Zentral-Markthalle I, Haupteing.: **Gontardstraße,** links erste Reihe. 889b*
Lieferant für Kaufleute, Warenhäuser, Händler, große Haushaltungen usw.

Sozialdemokrat. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost).

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der Arbeiter

Otto Flemming

wohnhaft Eisenbahnstraße 16 (Stadtbezirk 103) gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag nachmittag um 3 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
262/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Stralau.

Am 26. d. Mts. verstarb nach langer Krankheit unser treues Mitglied, der Glasmacher

Eduard Rieppel.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet am 29. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Alt-Stralau Nr. 7 aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
223/11 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der Tischler

Karl Davideit

nach langen schweren Leiden am 27. Dezbr. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus nach dem Charité-Kirchhofe statt. 10025

Die trauernde Witwe Christine Davideit.

Am Dienstag, den 27. Dezember, abends 11½ Uhr, starb nach langen schweren Leiden unser geliebter Sohn 10006

Walter Faber

im 21. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten
Die tiefbetrübten Eltern
nebst **Bruder,** Stralitzerstraße 51.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 31. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Elisabeth-Kirchhofs, Prinzen-Allee, aus statt.

Danksagung.

Für die Beteiligung und schönen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres Vaters, Groß- und Schwiegervaters 994b

Valentin Szczepanski

sagen allen Freunden und Bekannten, besonders dem Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend sowie den Kollegen von dem Bau Melanchthonkirche unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Nur für Töpfer!

Humoristische und ulkige **Neujahrs-Postkarten,** Federzeichnungen aus der Ofensetzerei usw. Näheres Lothringerstraße 72, 4 Tr. links. 999b*

Schuhmacher!

Erklärung.

„Der Schuhfabrikant Herr H. Jakobowski hat, nachdem der Angestellte der Organisation, Herr Herrmann, in der gegen ihn angestandenen Verhandlung erklärt hat, daß es ihm fernegelegen habe, den Herrn Jakobowski persönlich zu verletzen, den Strafantrag gegen Herrmann zurückgenommen.

Es wird bei dieser Gelegenheit anerkannt, daß die Löhne bei Herrn Jakobowski sich erheblich **gehoben** haben."

* * *

Nachdem mir von seiten des Gerichts die Abschrift dieser Erklärung zugegangen ist, bringe ich dieselbe hiermit zur Veröffentlichung.

171/4 **C. Herrmann.**

Begr. 1864

Pelzwaren-Fabrik S. Schlesinger

Neue Königstraße 21, II.
„Ordonnanzhaus"
Einzelverkauf
nach beendet. Engros-Saison
Reisemuster, Kolliers, Stolas, Muffen etc. zu
billigsten Engros-Preisen.
Es gelangt nur wirklich reelle **Kürschnerware** zum Verkauf.
Reparaturen 61/14*
billigst und **sauber.**
Begr. 1864

Zu Silvester

empfehlen
Groggläser 8½, 10½, 12½—40 Pf.
Weingläser . . 10, 15, 25—1,50.
Bierbecher . . 7, 10, 15—75 Pf.
Neujahrs-Spitzen 3½ und 4½ Pf.
sowie sämtliche Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.
Spandauerstrasse 45
am Molkenmarkt.

Vereinen

empfehlen
Verlosungs-Gegenstände
zu enorm billigen Preisen
wegen Aufgabe unseres Geschäfts
Ecke König- und Spandauerstr.
vis-a-vis dem Rathause.
L. Katz & Co.
König- u. Spandauerstr.-Ecke.

A. JANDORF & Co

SPITTELMARKT 16/17 Ecke Leipziger Strasse | BELLE ALLIANCE-STR. 1/2 Am Blücherplatz | GROSSE FRANKFURTER-STR. 113 Ecke Andreas-Strasse | BRUNNEN-STR. 19/21 Ecke Veteranen-Strasse

1905 1905

Neujahrskarten

Visiten-Karten in tadelloser Ausführung — Couverts in allen Grössen

Ferner empfehlen wir zum Sylvester

Cotillon- und Scherz-Artikel

Schneebälle, Pfannkuchen, Orden, Luftschlangen

Bleifiguren, Pralinés, Knall-Bonbons und Knack-Mandeln etc. etc.

Punschgläser	9, 12 Pf.
Punschgläser geschliffen	25 Pf.
Sectbecher mit Goldrand	7 Pf.
Bierbecher mit Goldrand	7 Pf.
Weingläser glatt	10, 20 Pf.
Rotweinkelche mit Bordüre	30 Pf.
Rheinweinkelche mit Bordüre	30 Pf.
Sectbecher mit Bordüre	28 Pf.
Sectkelche mit Bordüre	38 Pf.
Bowlengläser mit Bordüre	38 Pf.
Likörgläser	7, 15 Pf.
Bowlen mit Löffel	von 2.25 an.

Grosses Lager in Bordeaux-, Rhein- u. Moselweinen.

Deutsche Schaumweine

Flasche 1.48, 2.00, 2.40, 2.65 Mk.

Cognac, Verschnitt	Flasche	1.10, 1.60 M.
Arrac, Verschnitt	Flasche	1.65, 2.25 M.
Rum, Verschnitt	Flasche	1.00, 1.65, 2.25 M.
Punsch-Extrakt	1/1 Flasche 1.70	1/2 Flasche 90 Pf.
Apfelsinen	Dutzend	35, 50 Pf.

Frische Pfannkuchen: Knall-Bonbons, Bleiformen

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefere elegante fertige **Herren-Moden.**

Bestellungen n. Maß, tadell. Ausf. in eigener Werkstatt.

Spezialgeschäft für **Herren-Bekleidung.**

Kein Waren-Kreditbaus.

J. Kurzberg,

An der Jannowitzbrücke I. I.

Bahnhof Jannowitzbrücke.

Zahn-Klinik. Preise beliebige Teilzahlung.

Olga Jacobson, Invalidenstraße 145.

Das beste und beliebteste aller Hustenmittel sind die altbewährten, vorzüglich schmeckenden 8182*

Spitzwegerichsaft-Bonbons.

Bisher unerreichtes Genuß- und Linderungsmittel bei veralteten Katarrhen der Lunge und der Luftwege. Nur allein echt bei

Gustav Behm, Frankfurter Allee 120, Ebertystraße 46 und Rixdorf, Hermannstraße 46.

Karneval- und Kotillon-Artikel: 1592L*

Humoristische Kopfbedeckungen, Silvesterscherze, Neujahrs-Spitzen, Jux- und Scherzartikel, Damen- und Herrenspenden, Masken, Nasen, Bärte etc.

Grösste Auswahl — billigste Preise.

Pohl & Weber Nachf.

Berlin S., Neue Jakobstr. 8 I.

Zweiggeschäft: Alexanderstr. 51/52 I.

Kataloge gratis und franko. Versand nach ausserhalb prompt.

Rote Lotterie

6023 Gewinne i. W. v. 1596L*

170,000 Mk.

Hauptgew. i. W. v. Mark

50,000, 20,000, 15,000 etc.

Originallose à 3 Mk. Porto u. Liste 30 Pf.

Ziehung schon am 11., 12., 13. Januar.

Oscar Bräuer & Co. Nachf., G. m. b. H.

BERLIN W., Friedrichstr. 181 und Andreasstr. 46a.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 3—4.

E. Möbis, Uhren, Koppenstr. 62.*

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empf. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. **H. Unger,** Gummiwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131c.

RESTE.

Zur Damenmäntel-Konfektion, Mädchen- und Knabengarderobe, Damentuche in schwarz und farbig, Kostümstoffe, Kammgarn, Cheviot, Corkskrew, Plüsch, Sammete, Besatzartikel etc.

KONFEKTION

Fertige Jacketts, Paletots, Capes, Kostüm-Röcke etc.

Größte Auswahl. Billige Preise.

C. Pelz, Kottbuser-Strasse 4.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Lokales.

Gen Süden.

Für manchen Alt-Berliner, der seit Jahren in einer bestimmten Stadtgegend wohnt und sich um das übrige Berlin wenig kümmert, weil er es noch aus seiner Jugendzeit her gut zu kennen glaubt, würde ein Sonntagsspaziergang nach einem anderen, seinem Viertel entgegengesetzten Ende von Berlin recht interessant und lohnend sein. Wenn er z. B. vom Landsberger oder Schönhauser Tor nach dem Halleschen Tor fährt und von dort eine kleine Wanderung nach Rixdorf und Britz durch die Hasenheide oder weiter noch nach Tempelhof unternimmt, so wird ihn die vorgegangene Veränderung jener Gegend in Erstaunen setzen. Wo ist die jedem Alt-Berliner wohlbekannte und von jedem vielbesuchte „stoobige" Hasenheide geblieben? — Sonntags nach der Hasenheide, das war für die Berliner vor 18—20 Jahren noch das echte und rechte Sonntagsvergnügen. In dichten Scharen zog man die alte Pionierstraße, jetzige Blücherstraße hinauf und man brauchte nicht zu lange wandern, da sah das freudig aufleuchtende Auge der Stadtkinder die grünen Wiesen liegen, und dann ging es am alten „Hofjäger", einem beliebten Tanzlokal, vorbei und hinein in die Hasenheide. Dort war man wie in einem Strudel ausgelassener Lustigkeit. Ueberall gab es Musik, Lärm, Staub und Vergnügen; dazwischen stiegen die Düfte der „Knobländer" und „Jauerschen" auf und reizten den Appetit; man amüsierte sich prächtig. In dieser Vorstellung sieht heute noch mancher Berliner die Hasenheide. Heute ist dort ein solides Stadtviertel entstanden; prächtige Wohnhäuser hat man errichtet, wo einst Busch und Heide war. — Wandert man weiter, nach Rixdorf hinein, so merkt man, wie die Weltstadt Berlin auch die Umgegend verändert hat. Die Hermannstraße hieß früher Britzer Chaussee und gleich unten am Rollkrug begannen schon die Kartoffel-, Kohl- und Kornfelder. Die ganze Chaussee entlang waren Obstbäume gepflanzt, meist Kirschen, und ein Wächter hatte immerwährenden Krieg gegen die kirschenlüsterne Jugend zu führen. Rixdorf macht heute einen gar stolzen Eindruck und auch Britz, das der Alt-Berliner noch als ein kleines Nest mit einigen Bauernhäuschen kennt, hat ein Stadtkleid angelegt. — Aber weiter, immer weiter streckt Groß-Berlin seine Polypenarme aus. Im Südosten scheint der Militärfiskus ein unüberwindliches Bollwerk entgegengesetzt zu haben, das Tempelhofer Feld mit den Resten der Hasenheide, eine der Kultur und Bauspekulation unzugängliche Oase von 800 Hektar Ausdehnung. Aber Groß-Berlin überspringt das Hindernis.

Gewaltig dehnen sich namentlich Rixdorf und Britz von Osten her aus. Wo sich jenseits der Ringbahn bisher unbegrenzte Felder ausbreiteten, sind bereits quadratisch lange Straßenzüge durchgelegt worden. Wie lange noch, und die „Wüstenbahn", die bisher nur an Friedhöfen vorbeiführte, fährt durch ein neuentstandenes Häusermeer! Auch der Teltow-Kanal hat in das ländliche Idyll energisch Bresche gelegt. Von Britz nach Tempelhof und von dort weiter nach Südende zieht sich bereits sein tief ausgeschachtetes Bett. Vor Jahresfrist noch dehnte sich westlich und östlich von Tempelhof ununterbrochen Acker- und Brachland. Jetzt schneidet die Riesenfurche des Kanals quer durch das Land. In der Woche ächzen und klirren die gewaltigen Bagger; des Sonntags wandert das Publikum an den hochgetürmten Erdhalden entlang und prüft sachverständigen Blicks die Fortschritte der Arbeit.

Die leuchtenden Mohnfelder, in denen die Jugend sich fröhlich Sträuße wand, sind verschwunden. Wer sich jetzt in Grün und zwischen Aehrenfeldern ergehen will, muß schon weiter hinausschweifen gegen Buckow und Rudow hin. Auch westlich von Tempelhof sind die idyllischen Fußpfade an der „Blanken Hölle" bereits gesperrt. Ein vornehmes Villenviertel ist diesseits entstanden und jenseits haben Bauspekulanten das Gelände bereits durch hohe Drahtzäune gesperrt. So schiebt sich auch im Südwesten und Süden das Weichbild Groß-Berlins unaufhaltsam vor.

Die Zahl der Schankkonzessions-Gesuche hat sich im letzten Jahre um 159 vermindert; immerhin wurden der Gewerbedeputation des Magistrats 8550 solcher Gesuche im letzten Jahre eingereicht. 8411 davon wurden von der Deputation befürwortet, 111 zurückgezogen und gegen 28 Widerspruch erhoben. Von den letzteren haben elf Antragsteller ihre Gesuche noch vor dem Stadtausschuß durchgedrückt.

Ein schlechtes Weihnachtsgeschäft haben in diesem Jahre die Standinhaber der städtischen Markthallen gehabt. Schon seit einigen Jahren läßt sich ein Geschäftsrückgang in den Hallen feststellen; noch nie ist er aber für die Standinhaber so empfindlich bemerkbar geworden, wie bei dem diesjährigen Weihnachtsgeschäft. Viele Standinhaber haben nur die Hälfte der Einnahmen früherer Jahre zu verzeichnen. Der ständige Geschäftsrückgang wird in der Hauptsache darauf zurückgeführt, daß die Warenhäuser mehr und mehr die Artikel der Markthallen übernehmen und ebenso wie die Spezialgeschäfte während der Weihnachtszeit das Publikum durch geschickte Reklame zum Kaufen veranlassen, während die Markthallen auf die Anwendung der Reklame verzichten müssen. Die Standinhaber haben das schlechte Weihnachtsgeschäft zum Anlaß genommen, um in Petitionen an die Markthallenverwaltung erneut darum zu bitten, daß die Markthallen durch zeitgemäße Ausstattung mit den übrigen Geschäften konkurrenzfähig erhalten werden. Insbesondere wünscht man eine bessere Kenntlichmachung der Hallen an den Eingängen durch entsprechende Beleuchtung und eine bessere innere Ausstattung, damit das kaufende Publikum wieder mehr in die Hallen gezogen wird.

Eisenbahn und Verkehrsinteresse. Seit vielen Jahren schon wird die Durchlegung der Teltowerstraße nach der Kurfürstenstraße von den Anwohnern des Westens und Südens der Stadt angestrebt. Die Ausführung dieses für die Verkehrsentwickelung beider Stadtteile außerordentlich wichtigen Planes würde sich aus dem Grunde ganz besonders schwierig gestalten, als die Durchlegung über oder unter dem ausgedehnten Bahnkörper der Anhalter und Potsdamer Bahn erfolgen müßte. Der Verkehrsausschuß der vereinigten Vereine des Südwestens hatte sich kürzlich in einer Eingabe an den Eisenbahnminister gewandt und um Durchführung des Verkehrsplanes ersucht. Jetzt ist darauf ein Antwortschreiben eingetroffen, worin die Eisenbahnverwaltung es ablehnt, dem Projekt näher zu treten.

Gegen den Silvester-Unfug in der Friedrichstadt wird die Polizei auch in diesem Jahre besonders energisch vorgehen und zu dem Zwecke die 1. Hauptmannschaft durch Abkommandierung von Schutzleuten aus sämtlichen Revieren wesentlich verstärken. Auch Kriminalbeamte werden in großer Zahl aufgeboten und besonders die Nebenstraßen in der Friedrichstadt, in welchen der Unfug im vorigen Jahre besondere Ausdehnung fand, überwacht werden. Die Bildung größerer Menschentrupps soll unter allen Umständen verhindert werden. Wegen Silvester-Unfug fistierte Personen erhalten kein Strafmandat, sondern werden zur Aburteilung dem Amtsgericht überwiesen. In dem letzten Jahre sind wegen Unfugs in der Silvesternacht fistierte Personen mit Haft bis zu zwei Monaten bestraft worden. Alle diese Androhungen haben die Lieblingsgewohnheiten des Janhagels in Zylinder und Ballonmütze bis jetzt nicht sonderlich eindämmen können.

Was als Neujahrsgruß zulässig ist. Zum Neujahrs-Briefverkehr wird auf die wichtigsten Bestimmungen für Versendung von Postkarten und Drucksachen aufmerksam gemacht. Formulare zu Postkarten, die von Privaten hergestellt sind, dürfen in Größe, Papierstärke und Form nicht wesentlich von den Formularen der Post abweichen. Als wesentliche Abweichungen gelten für die Größe mehr als 5 Millimeter in einer Richtung, für die Stärke eine Ueberschreitung des doppelten Gewichtes oder 6 Gramm der amtlichen Formulare. Nicht zulässig sind gegen die Postkartentaxe Postkarten mit erheblich abgerundeten Ecken, Postkarten aus Butterpapier, deren Ränder stark von der geraden Linie abweichen, Postkarten mit ausgestanzten Oeffnungen, mit Buchstaben, die mittels Durchlochung hergestellt sind und darauf mit Fäden ausgestickt sind, mit Schutzdecken, aufgeklebten Geldstücken, Postkarten aus Metall oder Holz, sowie in Kästchenform (mit Quietschvorrichtung), ferner Postkarten, in die mit Ansichten versehene Drehscheiben eingefügt sind. Bilderschmuck und Aufklebungen auf der Rückseite der Formulare sind nur zulässig, wenn die aufgeklebten Zettel usw. der ganzen Fläche nach befestigt sind. Andere Postkarten unterliegen dem Briefporto. Ganz ungeeignet zur offenen Versendung sind Karten mit aufgeklebtem Mineralstaub, Glimmer, Glassplitterchen, Glaskügelchen, Sand, Metallteilchen, Postkarten mit Ausschnitten, mit angehängten Siegeln aus Staniol, sowie Postkarten in Form von Biergläsern, Fischen usw. Diese Gegenstände müssen stets unter Briefumschlag versendet werden. Auf Neujahrskarten gegen Drucksachen-Taxe kann eine Widmung geschrieben werden, nicht aber handschriftliche Zusätze, wie „mit herzlichem Gruß" usw. Auf gedruckten Visitenkarten, nicht aber auf Ansichtskarten usw., dürfen Glückwünsche, Danksagungen und andere Höflichkeitsformen bis zu 5 Worten ausgeschrieben, oder abgekürzt, hinzugefügt werden. Dies muß aber in allgemein verständlichen Schriftzeichen geschehen, zum Beispiel nicht stenographisch.

Auch eine Organisation. Man schreibt uns: In dem Mordprozeß gegen den Zuhälter Berger ist festgestellt worden, daß für angeklagte Zuhälter von deren Kollegen häufig Gelder zur Bezahlung eines Verteidigers gesammelt werden. Diese Feststellung hat einiges Aufsehen erregt und ist auch in der Presse glossiert worden. Es dürfte dennoch in der Oeffentlichkeit — hoffentlich nicht auch der Polizei — unbekannt sein, daß die Zuhälter eine förmliche, feste Organisation besitzen, die den Zweck hat, ihnen „im Bedarfsfalle" Rechtshilfe zu gewähren. Der Sitz dieses Vereins befindet sich in Frankfurt a. M. Wer in Großstädten viel bei Gericht zu tun hat, weiß auch, daß die Verteidigung angeklagter Zuhälter im allgemeinen immer durch ganz bestimmte Anwalte besorgt wird, die, wie man hört, finanziell gar nicht schlecht dabei fahren sollen.

Der Schwindel mit dem Voltakreuz. Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: Neuerdings ist in verschiedenen Tageszeitungen wiederum ein sogenanntes „Doppel-Volta-Kreuz" zum Preise von 3 M. angepriesen worden. Mit Beziehung auf meine früheren Warnungen mache ich das Publikum erneut darauf aufmerksam, daß dem „Voltakreuz" nach dem Urteile maßgebender Sachverständigen jedwede Heilwirkung abgeht und daß sein Herstellungswert kaum mehr als 10 Pf. betragen dürfte.

Das Ende des „Falles Grünthal". Die dem Reichstage vorgelegte Uebersicht der Reichsausgaben und -Einnahmen für 1903 enthält einen Ausgabeposten von 261 603 M., der an den bekannten Schwindel Grünthals mit den Reichsbanknoten erinnert. In der Begründung heißt es, daß der frühere Oberfaktor Grünthal in der Reichsdruckerei amtlich hergestellte überschüssige Reichsbanknotendrucke entwendet, sich durch Ergänzung von Nummer, Buchstaben und Ausfertigungsstempel gefälscht und in den Verkehr gebracht habe. Die gefälschten Reichsbanknoten sind von der Reichsbank eingelöst worden. Ausgegeben waren 527 500 M. Das Vermögen Grünthals hat 265 897 M. ergeben, so daß der Schaden sich auf 261 603 Mark beläuft. Für diesen Schaden hat die Reichsdruckerei zu haften. Der Betrag ist der Reichsbank erstattet worden.

Ueber das Vermögen des Hofbildgießers Gladenbeck, der in Friedrichshagen unter der Firma Oskar Gladenbeck u. Ko. die bekannte Bronzewaren-Fabrik innehatte, ist vom königlichen Amtsgericht zu Köpenick der Konkurs eröffnet worden. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 20. Januar 1905, der Eröffnungstermin auf den 8. März 1905 festgesetzt worden. Die Anmeldefrist für Forderungen aus der Konkursmasse läuft bis zum 28. Februar kommenden Jahres.

Die Freundin der Frau. Ein merkwürdiges Familiendrama hat sich Dienstag abend hier abgespielt. In der Füsilierstraße 13 wohnte seit vier Jahren der 35 Jahre alte Artist A. Boldt mit seiner Ehefrau und einer 42jährigen Steinsetzermeistersfrau Elise Schwalbe, die von dem Ehepaar ein Zimmer abgemietet hatte. Boldt war ohne Beschäftigung und lag oft im Streit mit seiner Ehefrau, um so mehr, als diese in einem unerquicklichen Freundschaftsverhältnis zu der Frau Schwalbe stand. Er fühlte sich aber ohnmächtig gegen Gattin und Freundin. Vorgestern abend saß man im Heim des Hausverwalters wieder in Gesellschaft beisammen und hatte viel getrunken. Es kam schließlich zu allerlei anzüglichen Sticheleien und gar zum offenen Streit, der sich in der Wohnung Boldts nachher fortsetzte. Der erregte Artist forderte Frau Schwalbe auf, die Wohnung zu verlassen, wurde aber von ihr und seiner Ehefrau überfallen. Er griff nach einem Revolver und schoß Frau Schwalbe eine Kugel in die linke Brust. Dann stellte er sich selbst auf der Wache des 16. Reviers. Die Schwerverletzte wurde in einem Rettungswagen in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Vor dem Untersuchungsrichter gab Boldt an, der Revolver sei nur mit Platzpatronen geladen gewesen. Trotzdem wurde Frau Schwalbe erheblich verletzt, weil sie der Schuß aus unmittelbarer Nähe traf. Lebensgefährlich ist aber die Verwundung, wie im Krankenhause festgestellt wurde, keineswegs.

Der Verführte. Neumütig zurückgekehrt ist der 16 Jahre alte Hausdiener Rudolf Kerpen, der kürzlich seinem Arbeitgeber, einem Zigarrenhändler in der Friedrichstraße, mit 1500 Mark durchgebrannt war. Der junge Mann ließ sich von einem Altersgenossen Fricke, der seinen Eltern schon öfter davongelaufen und auch schon auf See gewesen war, verführen. Fricke redete ihm ein, daß in Deutschland kein Geld zu verdienen sei. Er solle nur machen, daß er eine größere Summe bekomme und dann mit ihm in die Welt gehen. Sobald Kerpen nun 1500 Mark erhielt, um Stempelmarken einzukaufen, brannte er mit dem Verführer durch. In Potsdam kauften sie sich neue Kleidung. Dann fuhren sie nach Magdeburg und am nächsten Morgen, nachdem sie sich das Geld geteilt hatten, nach Harburg und von dort mit der elektrischen Bahn nach Hamburg. Hier trennten sie sich, um nicht den Verfolgern aufzufallen, nahmen auch keine feste Wohnung, trafen sich aber bald hier, bald da in leichtsinniger weiblicher Gesellschaft, in der sie auch die Nächte verbrachten. Als Kerpens Geld bis auf 80 Mark zusammengeschmolzen war und Fricke ihn versetzte, statt die versprochenen Auslandspapiere zu besorgen, schrieb er an seine Eltern und kehrte in den Feiertagen zu ihnen zurück. Sein Verführer ist noch nicht ermittelt.

Mit Cyankali vergiftet hat sich in den Feiertagen der 37 Jahre alte Handelsmann Hans Chlebus aus der Weydingerstraße 4. Chlebus entstammt einer Offiziersfamilie, hatte eine gute Schulbildung genossen, war aber von jeher etwas leichtsinnig veranlagt gewesen. Eine Zeitlang war er Gelegenheitsarbeiter, dann ging er mit einem Phonographen umher und seit einem Jahre handelte er in Gastwirtschaften mit Galanteriewaren. Endlich hatte er, wie er in einer hinterlassenen Aufzeichnung mitteilte, das Leben satt und machte ihm mit Cyankali ein Ende, weil er fürchtete, daß ihm ein Fußleiden auch den Hausierhandel unmöglich machen werde. Ein anderer Handelsmann, der mit ihm die Stube teilte, fand ihn in den letzten Zügen im Bette liegen, und bevor noch ein Arzt kommen konnte, war er tot.

Kein Selbstmord. Vorige Woche ging eine Mitteilung durch die Presse, wonach die Krankenschwester Luise Hoferichter Selbstmord begangen habe. Von dem Bruder dieser Dame wird uns jetzt eine Urkunde des Leichenkommissariats vorgelegt, wonach kein Selbstmord, sondern unbekannte Todesursache vorliegt.

Der Restaurateur Herr Kirchner, Heilige Geiststraße 40, ersucht uns, mitzuteilen, daß er mit dem im Mordprozeß Berger erwähnten Gastwirt gleichen Namens nicht identisch ist.

Unsere Mitteilungen über die Behandlung der Fürsorgezöglinge hat uns sowohl vom Magistrat als vom Polizeipräsidium eine Berichtigung eingetragen. Sieht man auf die Form, so haben beide Behörden Ursache gehabt, zu berichtigen. Aber auch wesentlich nur, soweit die Form in Betracht kommt. Daß es keine andere Strafen in den Erziehungsanstalten gibt als die Prügelstrafe, ist von uns nicht behauptet worden; aber immerhin ist daran nicht zu zweifeln, daß oft in Fällen der Bakel geschwungen wird, wo andere Pädagogen diese Prozedur noch nicht für nötig halten würden. Der Delinquent muß die Jacke ausziehen und soll sich dann freiwillig bücken, um die Prügel in Empfang zu nehmen. In seiner gräßlichen Angst macht er Einwendungen. Dann befördert man ihn wohl in die Schneidertwerkstatt, zieht ihn auf den Tisch, bindet ihn fest und vollstreckt hierauf die Strafe. Außer dieser in bestimmten Fällen angewandten Prozedur wird bei beträchtlicher Renitenz wohl auch die Zwangsjacke hergeholt. Was die Fessel betrifft, die auf dem Transport nach Lichtenberg gebraucht wird, so besteht diese aus einer Darmschnur mit Knebel, der nach Belieben des Transporteurs angezogen werden kann. Schulknaben kommen allerdings nach Zehlendorf und werden dann nicht gefesselt.

Der Berliner Zoologische Garten ist seit langen Jahren wieder einmal in den Besitz eines echten Dingos oder australischen Wildhundes gelangt, den er der Güte des Herrn F. E. Clotten aus Frankfurt a. M. verdankt. Das wertvolle Tier stammt aus den durch seine Erzlager jetzt sehr in Aufschwung gekommenen Gebieten des nördlichen Queensland. Es ist dort auf den Besitzungen des Schenkers eingefangen und aufgezogen, der es auf Anregung des bekannten Anthropologen Prof. Dr. Klaatsch, welcher sich gegenwärtig in Australien aufhält, dem Garten als Geschenk überlassen hat. Das lebhafte und muntere Geschöpf ist im kleinen Raubtierhause untergebracht.

Im Metropol-Theater soll am Sonntag, 15. Januar, mittags 12 Uhr, eine künstlerische Matinee abgehalten werden, deren Ertrag für die in Not befindliche Witwe eines bekannten Künstlers bestimmt ist. Hervorragende Kräfte wollen an dieser Veranstaltung mitwirken.

Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Arbeiter-Abstinentenbundes hält am 7. Januar im Gewerkschaftshause ihr Winterfest ab. Für ein künstlerisches Konzertprogramm ist Sorge getragen; die Festrede hält Genosse Simon Katzenstein.

Aus den Nachbarorten.

Friedrichsfelde.

Eine Neuerung im Armenwesen zu Friedrichsfelde ist jetzt durch Errichtung von Krankenstuben geschaffen worden. Im Armenhause ist für männliche und weibliche Insassen je eine Krankenstube eingerichtet. Jedes Zimmer ist krankenhausmäßig ausgestattet und enthält zwei Betten. Außerdem ist für den Armenarzt ein Konsultationszimmer eingerichtet worden. Diese Einrichtung stieß anfangs auf starken Widerspruch, obwohl sie nicht nur zweckmäßig ist, sondern für die Gemeinde auch finanziell vorteilhaft sein wird. Der größte Teil der Bewohner des Armenhauses ist entweder krank oder alt und schwach. Bisher mußten diese Leute häufig auf Kosten der Gemeinde in einem Krankenhause untergebracht werden, während nun die Krankenhausüberführung nur in schweren Fällen notwendig sein wird.

Eine Nachtwächternot droht unserem Orte. Am Schluß dieses Jahres scheidet der Nachtwächter in Friedrichsfelde aus seinem Amte, aber kein Bewerber hat sich bisher für die ausgeschriebene Stellung gefunden. Niemand scheint das ehrgeizige Verlangen zu haben, Herrscher der Nacht in Friedrichsfelde zu werden, trotz der verlockenden Aussichten, die so ein Posten bietet. Der Bewerber muß im Alter zwischen 25 und 40 Jahren stehen, braucht nicht einmal Militäranwärter zu sein, erwirbt zwar keine Pensionsberechtigung, erhält aber auch ein Jahresgehalt von 400 M.! Die Gemeinde wird wohl oder übel etwas tiefer in den Säckel greifen müssen, um nicht eine nachtwächterlose Zeit heraufzubeschwören.

Halb erfroren wurde am ersten Feiertag im Walde bei Karlshorst ein Mädchen von hiesigen Einwohnern aufgefunden. Das 25 Jahre alte, aus Schlesien gebürtige Mädchen erzählte, nachdem sie sich in einer Wirtschaft gestärkt und aufgewärmt hatte, sie sei in Karlshorst bedienstet gewesen, habe es aber bei ihrer Dienstherrin nicht mehr aushalten können und deshalb beschlossen, sich das Leben zu nehmen. Planlos irrte sie im Walde umher, bis sie ermattet zusammenbrach. Der Wirt sorgte dafür, daß dem Mädchen von Polizei wegen ein vorläufiges Unterkommen verschafft wurde.

Köpenick.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung in Köpenick wurde in zweiter Lesung der Antrag, die Realschule zu einer Ober-Realschule auszubauen, angenommen. Unsere Genossen beantragten, bei Errichtung der Ober-Realschule die bestehenden drei gymnasialen Nebenklassen wegen zu geringer Schülerzahl eingehen zu lassen und stimmten nach Ablehnung ihres Antrages gegen die Errichtung der Ober-Realschule. Beim Antrag des Magistrats, 500 M. zum Hochzeitsgeschenk des Kronprinzen zu bewilligen, erklärten unsere Genossen: Wir können es mit unseren Pflichten als Stadtverordnete nicht vereinbaren, Gelder der Steuerzahler für Privatfestlichkeiten und Geschenke herzugeben. Außerdem befinden sich unter den städtischen Geldern auch die Steuern von ungefähr 70 Proz. aller Einwohner Köpenicks, welche einst als Elende bezeichnet wurden. Als Vertreter dieser „Elenden" lehnen wir es ab, zum Hochzeitsgeschenk für den Schloßherrn von Oels Gelder der Steuerzahler zu bewilligen. Statt der beantragten 500 M. wurden schließlich 300 M. bewilligt. — Im Voranschlag des Etats für 1905 sind die Kommunalsteuern auf 195 Proz. veranschlagt; die Betriebssteuer soll wie im Vorjahre in Höhe von 175 Proz., die Gewerbesteuer mit 250 Proz. für die 1. und 2. Klasse, mit 180 Proz. für die 3. und 4. Klasse erhoben werden; die Grundwertsteuer soll mit 3 M. pro Mille zur Erhebung kommen. Der Voranschlag wurde dem Etatsausschuß überwiesen.

Schöneberg.

Die städtische Lesehalle in Schöneberg wird, nachdem sie sechs Monate hindurch geschlossen war, am 2. Januar im ganzen Umfange wieder zur öffentlichen Benutzung gelangen. Die Kosten zur Beseitigung der im Sommer entdeckten Uebelstände in der Verwaltung der Bücherei dürften jedenfalls bald in Form einer Nach-

tragsforderung präsentiert werden. Jedenfalls aber hat der Magistrat die Verpflichtung, im diesjährigen Etat Mittel einzustellen, die eine geordnete Verwaltung eines solchen der weitesten Allgemeinheit dienenden Instituts garantieren.

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Grunewald beträgt nach den Ermittelungen des dortigen Meldeamtes 4123 und hat sich seit der letzten Volkszählung um 893 Personen vermehrt. Die Bevölkerung setzt sich zusammen aus 1146 männlichen und 2184 weiblichen Personen über 14 Jahren und 793 Kindern unter 14 Jahren.

Vermischtes.

Eine pestartige Seuche im Uralgebiet. Aus Petersburg wird amtlich gemeldet: In einem Kreise und zwei Stanizen des Uralgebietes trat Mitte November eine nach den Symptomen und der großen Sterblichkeit der Beulenpest ähnliche Krankheit auf. Die Herkunft der Seuche ist nicht festgestellt, nur ist ermittelt, daß die ersten Fälle eine Kirgisenfamilie betrafen. Die Krankheit verbreitete sich dann unter den Kirgisen und ging auch auf die Kosakenbevölkerung über. In der Zeit vom 24. November bis 26. Dezember starben in zwei Stanizen 190 Personen. Zur Feststellung der Art der Krankheit wurde ein Bakteriologe aus Astrachan entsandt, auch ist die erforderliche Anzahl Aerzte mit Heilserum von Petersburg abgegangen. Die Häuser und Ortschaften, auf die sich die Krankheit erstreckt, sind streng abgesperrt und die beiden Stanizen als pestverdächtig erklärt worden.

Unwetter in den Vereinigten Staaten. Wie aus New York gemeldet wird, sind alle dort im Laufe des gestrigen Tages eingelaufenen Dampfer durch Nebel und Hagelwetter aufgehalten worden. Nach verschiedenen Richtungen ist die telegraphische Verbindung durch Schneefälle und Regengüsse unterbrochen, besonders zwischen New York und Chicago. Von Chicago bewegt sich der Sturm nach Osten zu. Auf den Börsen waren die Mitteilungen von verschiedenen Märkten ausgeblieben. Alle Züge haben Verspätungen. Vor der Quarantäne-Insel laufen keine Dampfer ein, obgleich mehrere fällig sind. Man vermutet, daß die Schiffe vor Sandy Hook liegen und warten, daß sich der Nebel verziehe. In verschiedenen Staaten, darunter Missouri, Nebraska, Kansas, Iowa und Oklahoma tobten Schneestürme.

Luther als Schimpfmeister. In der Reichstagssitzung vom 10. Dezember hatte Bebel darauf hingewiesen, wie ausgezeichnet der Reformator Luther zu schimpfen verstanden hat. Er hat aber nicht nur in Wort und Schrift seine Gegner mit den ausgesuchtesten Schimpfworten bedacht, sondern mit seinen Freunden es auch sehr gut verstanden, sich der Karikatur zu bedienen zur wirksamen Förderung seiner Agitation. In großen Mengen wurden diese Blätter unter das Volk verbreitet, und sie erzielten hier die gewollte Wirkung. Die große Masse des Volkes konnte weder lesen noch schreiben; das gedruckte Flugblatt hatte also wenig Einfluß. Ganz anders die Spottbilder, die auch das Volk verstehen konnte.

Zwei der wirksamsten dieser Blätter sind, den Originalen treu nachgebildet, im ersten Bande des Rosenowschen Buches „Wider die Pfaffenherrschaft" auf Seite 364 und 365 enthalten. Es sind dies das „Mönchskalb" und der „Papstesel", deren Ursprung allerdings schon in die Zeit vor Luther fällt. Aber Luther und Melanchthon benutzten diese Karikaturen für ihre Agitation. Wir lesen darüber in dem Rosenowschen Buche: „Die Blödheit des Mönchskalbes sollte die blöde Unwissenheit der Mönche versinnbildlichen". Den Papstesel erläuterte Melanchthon: „Aufs erst bedeutet der Eselskopf den Papst, denn gleich wie sich ein Eselskopf auf einen Menschenleib reimet, so reimt sich auch der Papst zum Haupt über die Kirche". Die rechte Hand ist gleich einem Elefantenfuß, sie „bedeutet das geistliche Regiment des Papstes, womit er niedertritt alle schwachen Gewissen"; die linke Hand bedeutet des Papstes weltlich Regiment; der Ochsenfuß sind die Diener des Papstes, „die dem Papsttum im Unterdrücken der Seelen" helfen und beistehen. „Der weibisch Bauch und Brust, das sind Kardinäle, Bischöfe, Pfaffen, Mönche, Studenten und dergleichen . . . Der Kopf auf dem Hintersten aber zeige, daß das Papsttum an sein Ende kommen sei". Luther fügte dieser Deutung „noch ein recht kräftiges Amen" hinzu. Und wie der Papstesel den Sturz des Papsttums bedeute, sagt Luther, so bedeute das Mönchskalb den des Mönchstums: „genugsam sei an diesem Kalb gesagt, daß Gott der Möncherei Feind ist".

Ein Erzherzog als nützliches Mitglied der Gesellschaft. Leopold Wölfling, früher Erzherzog Leopold, der seit zwei Jahren zurückgezogen am Zuger See lebt, will, der „Voss. Ztg." zufolge, nun Schweizer Bürger werden und hat deshalb in Bern Unterhandlungen angeknüpft, die wahrscheinlich zum Ziele führen. Wölfling ist letzthin auch Mitglied der Stadtschützengesellschaft in Zürich geworden und besucht einige Vorlesungen am dortigen Polytechnikum.

Strandung eines deutschen Dampfers. Ein Lloyd-Telegramm aus Punta-Arenas meldet: Der auf der Fahrt von Seattle nach Hamburg befindliche deutsche Dampfer „Abydos" ist in der Osorno-Bucht gestrandet. Die Lage des Schiffes ist gefährlich, Hülfe ist abgesandt. Das Vorderteil und das Mittelschiff sitzen auf Felsen fest, das Heck schwimmt. Im Vorderschiff befindet sich Wasser.

Das Urteil über „Norges" Untergang.

Jetzt erst, am 24. Dezember, hat das Kopenhagener See- und Handelsgericht sein Urteil über die Anklagen gegen den Kapitän Gundel und „Det forenede Dampskibselskab" gesprochen. Die Verhandlung fand bekanntlich schon Mitte vorigen Monats statt und die lange Verzögerung des Urteilsspruches ließ den Verdacht aufkommen, als wolle man erst eine Beruhigung der öffentlichen Meinung abwarten. Das Gericht hat beide Angeklagten freigesprochen, dem Kapitän Gundel jedoch für seinen Teil die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Prinzessin Luise von Koburg. Aus Paris wird gemeldet: Die Professoren Magnau und Garnier haben gestern mit ihren Beobachtungen zum Zwecke der Untersuchung des Geisteszustandes der Prinzessin Luise von Koburg begonnen. Sie haben die Prinzessin im Hotel Westminster aufgesucht und mehrere Stunden im Gespräch mit ihr verbracht. Wie es heißt, soll die Untersuchung einige Monate dauern.

Der pestverdächtige Dampfer. Aus Stettin wird berichtet: Die am 22. d. Mts. über den englischen Dampfer „Daybreak" verhängte Quarantäne wurde von der Polizei aufgehoben, da die Untersuchung der toten Ratte keine Pestgefahr ergab.

Mord aus Eifersucht. Köln, 28. Dezember. Heute mittag 2 Uhr wurde in der Alteburgerstraße ein Mädchen von seinem Liebhaber aus Eifersucht durch einen Stich ins Herz getötet. Der Mörder ist verhaftet. Innerhalb weniger Tage ist dies die dritte Mordtat in Köln.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" zu Berlin. (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.) Bureau: SO. 26, Kottbuser Ufer 44, Hof rechts I. Geöffnet von 8—10 und 4½—7½ Uhr. Die Mitglieder der Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies" werden auf die heute abend 8 Uhr bei Fiebig, Große Frankfurterstraße 28, stattfindende außerordentliche Generalversammlung aufmerksam gemacht.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 13. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zwischen zwei Fronten. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 7. Die bürgerlichen Republikaner an der Arbeit. Von K. Kautsky. — Der Kampf um den Stillen Ozean. Von M. Beer. (Schluß.) — Ueber die Rechtsverhältnisse der Gärtner. Von Otto Albrecht, Geschäftsführer des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins. — Literarische Rundschau: Dr. Heinrich Feuerstein, Lohn und Haushalt der Uhrenfabrik-Arbeiter des badischen Schwarzwaldes. Von Ad. Gk. — Dr. Kurt Lampert, Die Völker der Erde. Von C. — Dr. Ludwig Spitzer, Wesen und Verhütung der Geschlechtskrankheiten. Von E. W.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der **„Gleichheit"**, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 27 des 14. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Aufmarsch zum Kampfe. — Gesetzentwurf betreffend die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes. Von A. St. — Agitation im 14. sächsischen Wahlkreise. Von Luise Zietz. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: „Feststimmung". Gedicht von Georg Davidsohn. — Frau Nächstenliebe. Von E. Preczang. (Schluß.) — Notizenteil: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Von den „Dokumenten des Sozialismus", herausgegeben von Ed. Bernstein (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 12. Heft des IV. Bandes erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: I. Kritische Bibliographie des Sozialismus. II. Aus der Geschichte des Sozialismus. Die technologische Utopie des Francis Bacon. Ein Stück aus der „Neuen Atlantis". Ein programmatischer Brief von Rodbertus an Rudolf Meyer. III. Urkunden des Sozialismus. Die Grundsatzerklärung der Schweizerischen Sozialdemokratie. — Prinzipienerklärung. IV. Der Sozialismus in den Zeitschriften.

Die „Dokumente des Sozialismus" erscheinen monatlich einmal und sind durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch ist bei der Post nur Quartal-Abonnement zulässig. Das einzelne Heft kostet 75 Pf.

Die **Neujahrsnummer** des **„Wahren Jacob"** ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die drei farbigen Bilder „Der Pfaffenschrecken", „Katholisch ist Trumpf" und „Das normal entwickelte Fürstengeschlecht" sowie die Illustrationen „Ein schöner russischer Zug", „Wenn zwei dasselbe tun —", „Der Störenfried", „Das militärische Dienstverhältnis", „Zarte Rücksicht" und „Im Winterpalast zu Petersburg". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Neujahrsnacht", „Spießers Neujahrswünsche" „Die lustige Sieben", „Gelsenkirchen", „Merkt's euch!" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen die größeren satirischen Feuilletons „Der Bankier Krawattenknüpfer u. Co. an den Fabrikbesitzer Goldschlot u. Sohn", „Entwurf eines Kontrakibruchgesetzes für Kleinbauern und ländliche Arbeiter" „Kühne Behauptungen", „Aus Münka" und „Plap-Ri-Plap-Ra" (illustriert). Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Vernunft und Wahrheit. Von J. Hugo Spausta. Leipzig, Druck und Verlag von Oswald Mutze, 1904.

Wasserstand am 27. Dezember. Elbe bei Aussig + 0,04 Meter, bei Dresden — 1,32 Meter, bei Magdeburg + 1,22 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 1,10 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,58 Meter, bei Breslau Ober-Pegel + 5,14 Meter, bei Breslau Unter-Pegel — 0,46 Meter, bei Frankfurt + 1,71 Meter. — Weichsel bei Brahemünde + —,— Meter. — Warthe bei Posen + —,— Meter. — Netze bei Usch + —,— Meter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 28. Dezember 1904.
Gelinder, ziemlich trübe mit geringen Niederschlägen und lebhaften westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Das erste fettgedruckte Wort 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstraße 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungsverkauf verfallener Pfänder, Garderoben, andere Waren zu Spottpreisen. Pfandleihhaus Weidenweg 19.

Winterpaletots, Taschenuhren, Wanduhren, Aussteuerwäsche, Inlette, Betten, Steppdecken, großer Posten Gardinen zu halben Preisen. Pfandleihhaus Weidenweg 19.

Pfandleihe Küstrinerplatz 7, verkauft spottbillig Betten, Bettwäsche, Teppiche, Tischdecken. *

Trauringe, Herrenuhren, Damenuhren, Ketten spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7. *

Winterpaletots, Joppen spottbillig Pfandleihe Küstrinerplatz 7. *

Teilzahlung. Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Tischdecken, Regulatoren, Freischwinger, Remontoiruhren, Uhrketten, Operngläser, Spiegel, Bilder, Möbel, Plüschgarnituren spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6.

Winterpaletots, Operngläser spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 59/17*

Remontoiruhren, Uhrketten, Ringe, Regulatoren, Freischwinger spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 59/17*

Teppiche, Betten, Gardinen, Steppdecken, Portieren, Stores, Tischdecken, Spiegel, Bilder, Möbel spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113 und Neanderstraße 6. 59/17*

Brillantringe, goldene Uhren, Uhrketten spottbillig. Leihhaus Grünerweg 113. 59/17*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Händler! Neujahrs-Postkarten 8 Stück 5 Pfennig, 8 Stück 10 Pfennig, goldgeprägte, Grenadierstraße 22. *

Gänse! billig! billig! a Pfund 50 Pfennig. Bettfedern-Verkauf. Paul Hoff, Eldenaerstraße, Ecke Samariterstraße 21. 61/11*

Große Sofa-Teppiche, 2 Meter lang, imitiert Brüssel 3,75, imitiert Perser 5,50, Tapetriebrüssel 6,50. Extrapreise. Teppichhaus Emil Lefèvre, Oranienstraße 158. 1013*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 142/12*

Gute Federbetten, großer Stand, rot-rosa gestreift, 25 Mark, 5 Zimmer Möbel Ausgabe halber billig Dresdenerstraße 38, vorn II links. 61/8*

Möbelverkauf in meiner Möbelfabrik Wallstraße 80—81, nahe Spittelmarkt. Infolge des großen Umzugs befinden sich am Lager viele zurückgesetzte und verliehene gewesene Möbel, die wie neu sind, Kleiderspind, Vertiko 27,00, Ausziehtisch 16, Muschelbettstelle mit Federmatratzen und Keilkissen 36, Taschensofa 50, Paneelsofa 70, Waschtoilette 20, Ruhebett 25, ganze Einrichtungen billigst. Transport frei. 61/9*

Möbeltischlerei liefert geschmackvolle Wohnungseinrichtungen sowie einzelne Möbel. Moderne Küchen. Große Auswahl. Kein Laden, nur Keller und Hinterräume. Teilzahlung. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 153R*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 161R*

Kinderwagen. Kinderbettstellen, gebrauchte, zurückgesetzte Puppenwagen, Kinderstuhl spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. *

Musikwerke, selbstspielende. Teilzahlungen. Invalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Frankfurterstraße 56, Skalitzerstraße 40. 76R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

1000 neue Nähmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiff, hocharmig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 188R*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, vergütе noch bis 10,00, wer Teilzahlung Nähmaschine kauft oder nachweist. Woche 1,00. Postkarte. Borchert, Zorndorferstraße 50. 129/4*

Kontormöbel, Geldschränke, Diplomaten, Rollpulte, Schränke, Tische, Kopierpressen, Gasöfen sowie alles Zubehör. Stetnicke, Oranienburgerstraße 2 (Hackescher Markt). 150/18*

Hocheleganter Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen.

Kleiderspind, Vertiko, Spiegel-Spiegelspind, Säulentrumeau, Paneelsofa, Bilder, ganze Wirtschaft, elegant, spottbillig. Gartenstraße 85, I links.

Kanarienroller 4,00, Vorschläger (Seiffertstamm) 6 bis 20,00, Schloßplatz 2. 60/13

Federbett 22,00, Teppich 8,50, zwei Steppdecken 10,50, reichgestickte Portieren 6,50, Stores, Tischdecke, Tüllbettdecke, Gastrone, Gardinen, Betthimmel billig. Hoffmann, Raumerstraße 52 I. 100Ab

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postkarte genügt. Köpnickerstraße 60/61. Große Frankfurterstraße 43. Prenzlauerstraße 59/60.

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Kohlengeschäft, gangbares, krankheitshalber billig verkäuflich Wienerstraße 39. 1000b

Kanarienvögel, Preisangabe, kauft „Billig", Briefpostamt. 61/12

Verschiedenes.

Zitherunterricht erteilt billigst, gründlich Frau Huber, Gneisenaustraße 115. *

Zitherunterricht schnellfördernd Brixerstraße 14, II. 949b

Stenographie, Buchführung, Schreibmaschine, Sprachen. Salomon, Karlstraße 26. 228*

Unfallsachen. Rechtsbureau Putzger Steglitzerstraße fünfundsechzig. [128*

Rechtsbureau. Strafsachen, Unfallsachen, Eingabengesuche, Ratterteilungen. Petsch, Brunnenstraße 97.

Rechtsbureau (Alexander-Platz), Kurzestraße achtzehn! Erfahrener Prozeßbeistand! Eheklagesachen, Interventionen, Strafsachen! Eingabengesuche! Ratterteilung. 129/3*

Rechtsbureau! Brunnenstraße vierzig. Langjähriger Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Ratterteilung. (Allerbilligst.) 983b*

Aufpolsterung! Sofa 5,00, Matratze 4,00, auch außerm Hause. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 162R*

Goldsachen, Silber, Zahngebisse, Platina, Staniolpapier kauft Schneider, Brunnenstraße 137, Eingang Bernauerstraße, Laden. 987b

Rechtsbureau (Andreasplatz) Grünerweg vierundneunzig. Langjähriges! Erfolgreichstes! 129/5*

Rechtsbureau! Bulkow, Skalitzerstraße 141 (Kottbuserтor). Eheklagesachen, Interventionen, Strafsachen, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Schankerlaubnis, Eingabengesuche, Zahlungsbefehle, Ratterteilungen. 1003b

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentsachen. 997b*

Vermietungen.

Wohnungen.

Wanzlickstraße 35, neben Ecke Hermannstraße, Rixdorf, Vorderhaus 2 Wohnungen: 2 Stuben, Küche, Korridor; Stube, Küche, Korridor April 1905 vermietbar. †73*

Warthestraße 1—10, Hermannstraße 91—94, nahe Bahnhof Hermannstraße Rixdorf, Wohnungen: 3 Stuben, Bad, Erker, Balkon; 2 Stuben, Erker, Balkon; 1 Stube, Balkon mit vielem Zubehör; ferner Läden mit Wohnung, für jedes Geschäft passend, sofort zu haben. Näheres Warthestraße 4, I, bei der Verwaltung. 446b*

Neu! Zwei große Stuben, Küche: 32½, Stube, Küche, Balkon 22½, Wühlischstraße 36 I (Boxhagen). 993b

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet Witwe Schult, Manteuffelstraße 52, vorn I. 1009b

Möbliertes Zimmer zu vermieten, 12 Mark, Admiralstraße 18a, Quergebäude III. 995b

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle sucht Jacobeh, Kolbergerstraße 26.

Möblierte Schlafstelle vermietet Salow, Bollinerstraße 58, III. [984b*

Schlafstelle einzelnen Herrn Admiralstraße 25, vorn III rechts. 996b

Schlafstelle für Herrn Frau Strempel, Bellealliancestraße 63, III.

Schlafstelle zu vermieten Manteuffelstraße 63, vorn 4 Treppen. Goerisch. †8

Möblierte Schlafstelle (Herrn) Oranienstraße 38, IV, Marsow. 1007b

Schlafstelle, möbliert, separat, sofort Wächter, Langestraße 73, IV.

Schlafstelle, Herrn, separat, Lieske, Barnimstraße 9, vorn III. 1005b

Schlafstelle, Herrn, vermietet Wolffe, Adalbertstraße 100, III. 991b

Schlafstelle zwei Herren Dresdenerstraße 18, IV links. 992b

Parteigenosse findet freundliche Schlafstelle Deilschläger, Voltastraße 6.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

„Schmeltzer", Gesangshumorist, Stettinerstraße 57. †103*

Volkssänger-Gesellschaft Hugo Rinke, Swinemünderstraße 122. †60*

Stellenangebote.

Einen Versilberer verlangt P. Klinke, Köpenickerstraße 21. †8

Neu gegründete Genossenschaft sucht noch tüchtige Tischler mit zirka 1000 M. Einlage. Gesucht auch tüchtiger Zeichner, der sich voll dieser Sache widmen möchte. Offerten R. M., Kuhlebs Annoncenbureau, Krautstraße 1. 998b

Kistenmacher! Teilnehmer zur Kistenfabrik gesucht. Offerten A. 3., Postamt 59. 1008b

Tischlerlehrling verlangen Bönisch u. Ko., Fruchtstraße 35. †37*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Bureaubeamter,

der mit dem Rechnungswesen und der Korrespondenz vollständig vertraut ist, wird **sofort** für eine größere Orts-Krankenkasse gesucht. Das Anfangsgehalt beträgt 125,00 Mk. pro Monat. Offerten mit ausführlichem Lebenslauf und Zeugnisabschriften unter **T. 5** niederzulegen in der Expedition dieser Zeitung. 1001b

Achtung, Holzarbeiter!

Der Zuzug nach der Firma J. C. Pfaff, Zeughofstr. 3, **ist streng fernzuhalten;** desgl. nach der Bautischlerei **Trazel,** Chausseestr. 23, und die Bauten: Charlottenburg, Suarezstraße (Klingenberg); Berlin, Alexandrinenstraße (Gormann u. Graul).

Tischlerei **Hermann,** Chausseestraße 52: Bau Schoffow, Charlottenburg, Giesebrechtstr. 7, Bau Herold, Friedenau, Hähnelstr. 19.

Bautischlerei **Lüdtke,** Gitschinerstraße 106: Bau Schöneberg, Feurigstraße 53. Kurfürstendamm 68. Ludwigkirchplatz (Aufsichtsamt). Bellnerstr. 19, Charlottenburg, Statistisches Amt, Lützow-Ufer.

Bautischlerei **Rachfall:** Kastanien-Allee 10 u. Bau Bötzowstr. 10/11; die Kirche, Schröderstraße; Cadinerstr. 18; Süd-Ufer, Ecke Torstraße. Gasanstalt in Tegel. Bautischlerei **Emmeluth,** Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 180; Bau Buchholzerstraße u. Pappel-Allee Ecke. Ferner Gesundheitsamt in Dahlem; Patentamt Gitschinerstraße; Büchsenstein, Wilhelmstraße 9.

Die Bauarbeit im Schloß von den Firmen **Prächtel, Lippert, Haberland.**

Bautischlerei **Hegelmann,** Hasenheide, Rixdorf, Kaiser Friedrichstr. 211; Bau Gutzeit, Berlin, Tetlowerstr. 24; Witting, Schöneberg, Eisenacherstr. 96; Heling, Berlin, Petri-Platz; Wilmersdorf, Kaiser-Allee Ecke Rosheritzerstr.; Welsch, Bau Heiligenstädt, Westend, Königin Elisabethstraße, Rixdorf, Mainzerstraße; Lehmann, Arnholdstraße 12, Hinterhaus, Bismarckstr. 15.

Bautischlerei **Virgens,** Rixdorf, Prinz Handjerystr. 23; Bau Ober-Schöneweide, Rathenauerstraße 54/55; Reinhardt, Rixdorf, Reuter- und Münchenerstraße-Ecke; Wilmersdorf, Holsteinischestr. 27, **Podorf.**

Bautischlerei **Otten,** Rixdorf, Richardstraße 105.

Bau Rummelsburg-Ost, Prinz Albertstraße und Puscherstraßen-Ecke. Berlin, Freiligrathstr. 4.

Ober-Schöneweide Bau Reinhardt.

Bautischlerei **Jastrau,** Rixdorf, Kirchhofstr. 42; Bau Bober- u. Nogatstr.-Ecke; Bau Happel, Edmund- und Reinholdstraßen-Ecke; Bau Zeimer.

Bautischlerei von **Sponar,** Rixdorf, Münchenerstr. 22; Bau Buchholz, Rixdorf, Hansastraße 13.

Bautischlerei von **Sawatzky,** Blücherstraße; Bau Isaak, Kurfürstendamm 80; Schuscheck, Wieland- u. Riehlstraßen-Ecke; Petsch, Schöneberg, Martin Lutherstraße Ecke Barbarossastraße; Thomson, Nieder-Schöneweide, Berlinerstraße.

Tischlerei **Metz,** Urbanstr. 102; Bau Hollmann, Wilmersdorf, Kaiser-Allee 16; Bau Bändel, Bennigsenstraße; Bau Stör und Bau Alexander, Babelsbergerstraße; Babelsbergerstr. 13 in Wilmersdorf; Bau Matting, Rixdorf, Herfurthstraße. **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter

und **Tischler sowie Arbeiter aller Branchen.** 93/14*

Folgende Betriebe sind gesperrt:
Barthol, Braun, Böger & Sohn, Donadoni & Pohl, Garn, Gast & Co., Giese & Reineke, Görs & Kallmann, Hansen, Hedke, Heindorf, Hepperle, Hillgärtner, Hooff & Co., Homuth & Hinke, Jaschinsky, Jannowsky, Knabe & Thal, Klingmann, Knöchel, Koch & Co., Krause, Langfritz, Lehmann, List, Manthey, Möbes, Neumeyer, Nöske, Paul, Quandt, Reckewitz, Riesner, Rößner, Steuer, Ulbrich, Werner, Klaviaturfabriken **Gallowsky, Reinke & Walter, Schwehs.**

Diese Liste wird jeden Donnerstag und Sonntag veröffentlicht.

Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter!

Wegen Differenzen sind die Firmen **M. & F. Berndt,** Warschauerstraße 78, und **Lühr & Wiese Nachfolger** Rüdersdorferstraße 26, früher **Richterscher** Betrieb, gesperrt. 76/16* **Der Vorstand.**

Weißensee!

Achtung! Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende **Billardqueus-Fabriken:** 93/2
Gebrüder Weiß, Gäblerstr. 52.
Emil Heine, König-Chaussee 75.
Max Fröhlich, Pistoriusstr. 11.
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Zahlstelle Weißensee.

Verantw. Redakteur: Paul Büttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.